

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 31. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neuwahlen in Oesterreich.

I. Der Zusammenbruch des „Volkshauses“.

Zwei Jahre vor Ablauf der Legislaturperiode ist das erste Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes dem Schicksale der Auflösung verfallen. Gemessen an den großen, ja überschwenglichen Hoffnungen, die an die Wahlreform und an das „Volkshaus“, wie man im Gegenjage zu dem Kurienhaus das demokratische Parlament wohlwollend nannte, geknüpft worden waren, und zwar geknüpft von allen Schichten des Volkes, erscheint jene Auflösung ohne Zweifel als ein Zusammenbruch. Denn das Parlament ist aufgelöst worden, ohne daß seine Zeit abgelaufen war und ohne daß es seine Aufgaben erfüllt hätte; insbesondere jene große Aufgabe ist unerfüllt geblieben, die die geschichtliche Verpflichtung des ersten Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes war: die Sozialversicherung. Was hat nun den Zusammenbruch verschuldet und wie ist es gekommen, daß dieses erste demokratische Parlament, das mit so großen Hoffnungen begrüßt ward und das ebenso dem Volke wie den Nationen als ein ernster Besitz erschien, so betrüblich geendet hat? Denn es ist wohl ein unerfreuliches Ende, daß das Abgeordnetenhaus just in dem Augenblicke auseinandergejagt werden konnte, nachdem in der Delegation die Riesenforderungen des Militarismus bewilligt worden waren und bevor es die Sozialversicherung, die im Ausschusse bereits fertiggestellt war, erledigt hatte; es war ein trauriges Ende des Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes, daß es aufgelöst werden durfte, um dem offenen Verfassungsbruche, dem Regieren mit dem § 14 Platz zu machen. Wie ist dieses böse Ende zu begreifen, das nach der Wahlreform ohne Zweifel eine Niederlage der Demokratie bedeutet?

Natürlich hatte dieses österreichische Parlament vorweg mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, denn es ist eben ein österreichisches Parlament, was praktisch bedeutet, daß es mit all den Mängeln behaftet sein mußte, die dem österreichischen Staate anhaften und ihn zu einem weltgeschichtlichen Kuriosum machen; daß sich die Unnatur des Staates in seinem Wesen getreulich reproduzieren mußte. An sich war schon dieses funkelneulandische Haus, dem alle Tradition und Entwicklung fehlte, ein Unikum; weit über die Hälfte aus parlamentarischen Neulingen bestehend und gänzlich aus einem völlig neuen Wahlrecht gewählt, das auch die Ideologie der alten Parlamentarier von Grund aus veränderte, mußte es schon dadurch einer Unruhe, einer Viel- und Nichtgeschäftigkeit anheimfallen, die für die Abwicklung der parlamentarischen Arbeit natürlich alles andere denn fördernd war. Und schon deshalb stellt sich die outrierte Auflösung als eine höchst verunwürdigte Maßregel dar: weil sie den Prozeß der parlamentarischen Assimilierung, der darin besteht, daß der Gang der parlamentarischen Arbeit mit den Demagogiebedürfnissen der einzelnen Abgeordneten und Parteien nicht ungebührlich beschwert und von ihnen nicht hindernd aufgehalten werde, daß dieser Prozeß der Anpassung, der begonnen hatte und der für die Gesundung des österreichischen Parlamentarismus schlechthin unentbehrlich ist, gewalttätig unterbrochen ward und das zweite Haus nun mit demselben Stadium der Entwicklung und Nichtentwicklung begonnen werden wird wie das erste, mit den gleichen technischen Schwierigkeiten heimgejagt sein wird, mit denen das aufgelöste Haus zu kämpfen hatte und die es nicht überwinden konnte, weil die Auflösung den Gesundungsprozeß total unterbrach. Ein solches funkelneulandische Haus hätte überall mannigfachen Hinderlichkeiten zu überstehen gehabt; daß sie sich in einem Parlamente, in dessen Innern so schwere nationale Gegensätze toben und gegeneinander wüten, bis zu jenem Punkte steigern konnten, wo die Arbeitsfähigkeit des Hauses selbst in die Brüche ging, ist nicht überraschend. So einfach, wie man sich es vorgestellt hatte und wie es die Staatslenker vielleicht erwartet haben, daß die Demokratie die nationalen Gegensätze überwinden werde, daß das demokratische Parlament durch seine bloße Existenz die nationalen Streitigkeiten bannen und die nationalen Fragen zum Schweigen bringen werde, so wunderbar einfach sind nationale Fragen natürlich nicht zu lösen und so einfach ist es auch in dem „Volks Hause“ nicht gekommen. Mehr als die größere Möglichkeit zur Lösung der nationalen Streitfragen konnte die Demokratisierung des Parlamentes nicht herbeiführen; die Lösung selbst hängt von dem Reifegrad der in der Demokratie wirkenden Kräfte, also vor allem natürlich des Bürgertumes ab. Daran hat es gefehlt, und so mußten die Wogen des nationalen Kampfes über dem Parlament zusammenbrechen, das das Schicksal aller Dinge in Oesterreich teilt: Mit halben Mitteln und zu halber Tat stets zauderhaft zu streben!

Aber das Urteil würde doch entschieden fehlgehen, das in jenem Zusammenbruche des ersten Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes eine Art Verhängnis, also nur die unentrinnbare Wirkung der ungelösten nationalen Streitfragen erblicken wollte. Ob es möglich gewesen wäre, das Parlament allmählich so zu stärken, zu verfestigen, zu erziehen, daß es zu der schrittweisen Lösung der nationalen Wirren — auf eine andere als auf eine schrittweise zu hoffen, erscheint dem durch die Erfahrung skeptisch gewordenen Urteil nachgerade als Utopie — fähig geworden wäre, mag zweifelhaft sein, denn darüber könnte ausreichend Aufschluß nur die Erfahrung geben. Sicher ist jedoch, daß es an dieser

führenden und auf die Konsolidierung des Parlamentes planmäßig hinarbeitenden Kraft nicht nur vollständig gemangelt hat, daß ganz im Gegenteil an der Ruinierung und Strompromittierung des Parlamentes systematisch gearbeitet wurde — wozu auch kein diabolisches Genie nötig war, weil die Verhältnisse im Parlamente geradezu naturgemäß immer solche sein mußten und solche waren, daß man ihnen nur ruhig gewähren zu lassen brauchte, um zu dem gewünschten Ergebnis, der Selbstzerstörung des Parlamentes, zu gelangen. Die Schwächung des demokratischen Parlamentes war nämlich ein unentbehrliches Erfordernis, wenn der imperialistische Aufschwung, der mit der Annexion begonnen wurde und mit den wahnwitzigen Militärrüstungen zu Wasser und zu Lande fortgesetzt wird, gelingen sollte. Ein starkes Parlament, also ein Parlament, das sich in dem Gegenjage zum Absolutismus einig fühlt, hätte weder das Annerionsabenteuer geduldet, noch die nachfolgenden militärischen Rüstungen, die auf einen Krieg hinführen, mitgemacht. All das war nur möglich, wenn das Parlament schwach gemacht, wenn ihm die Einheit seines parlamentarischen Bewußtseins ausgetrieben wird; ein seiner Kraft und seiner Stellung bewußtes Parlament hätte natürlich nicht geschwiegen, als man, halb aus Torheit, halb aus Großmannsucht, für die abgeschmackte Annexion ein paar hundert Millionen verpulverte und, ohne das Parlament zu fragen, den Militarismus von Grund aus „reorganisierte“; wenn ein solches Parlament dagewesen wäre, so hätte man weder die Tragikomödie der Annexion gewagt und hätte noch weniger die Kriegsrüstungen ohne parlamentarische Befragung durchzuführen sich getraut. Zu dem, was schon geschah und vielleicht noch mehr zu dem, was sich ankündigt und was man am besten die Ferdinandische Zeit benennt, war ein geschwächtes, zerrissenes, jeder Selbstbehauptung unfähiges Parlament die unerläßliche Bedingung; also entstand das System, dessen Vorlag, dessen Zweck und dessen Wirkung die Schwächung des demokratischen Parlamentes ist, eine Schwächung, die den durch die Wahlreform entthronten und zurückgedrängten Mächten auch sonst ein willkommenes Resultat österreichischen Regierens dünkt. Das System Wienerth hat sich als „trefflicher Minister“ bewährt und daß unter dem Weisfallgeschrei der deutschbürgerlichen Welt das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes auseinandergeprengt werden durfte, nachdem sich dieses an den Wollschabewilligungen verblutet hatte, zeigt den Triumph einer Staatskunst, deren Devise die alte ist und bleibt: Teile und herrsche!

Jenes vielberufene System Wienerth ist also in Wahrheit der wohlverordnete Plan, die nationalen Streitigkeiten so zu verschärfen, daß unter ihnen die Kraft des Parlamentes zusammenbricht. Stark gegenüber der Krone oder gegen die Regierung ist natürlich nur jenes Parlament, in welchem das Gefühl seiner Einheit, das Gefühl der Parlamentsolidarität, des Zusammenhaltens aller Glieder gegenüber den Anforderungen seiner Macht, die die Krone plant, nicht erloschen ist und es ist im Grunde so stark, als dieses Gefühl lebhaft ist. Deshalb erscheinen Privilegienparlamente, die von den Massengegensätzen noch nicht zerfetzt sind, oft stärker gegenüber der Krone als Parlamente des allgemeinen Wahlrechtes. Auf den Massengegensatz konnte in Oesterreich nun nicht spekuliert werden; selbst mit den größten Konzessionen wäre in Oesterreich keine Partei zu erzeugen, die die Wahrung der Interessen von Staat und Thron zu ihrer Spezialität machte; dazu ist dieser Staat doch ein zu unnatürlich gewachsener. Wenn es aber nun unmöglich ist, durch Aufzucht einer Patriotenpartei die Einheit des Parlamentes als Vertretung des Volkes zu schwächen, so ist es um so möglicher, diese Einheit durch die Erhebung einer Nation zur berufenen Staats- und Dynastiepartei zu brechen, diese Einheit durch Verstärkung der nationalen Gegensätze restlos aufzuheben. Dieses Avancement zu einer Patriotenpartei haben nun, wie satzfam bekannt, unter Wienerth die guten Deutschen gemacht; sie sind heute, um einen österreichisch-kaufmännischen Titel zu bemühen, die k. k. Landesbefugte Staats- und Hofpartei, auf die sich Hof und Regierung verlassen dürfen und verlassen. Und um sie zu gewinnen, bedurfte es nicht viel. Es reichte aus, daß man ihnen versicherte, man wolle fortan nur auf sie schauen, nur mit ihnen regieren, man werde also die bösen Tischenen kaltstellen und ihnen die geringste Konzession versagen; das genügt, um die braven Deutschen für den imperialistischen Schwindeln einzufangen und aus ihnen die unentwegteste Regierungspartei zu machen, die nun alles toleriert, was die dynastische Expansionspolitik nur immer begehrt und wagt. Nachdem nun die Deutschbürgerlichen zu k. k. Staatsstühlen affiniert worden waren, war der Effekt sicher: daß die Zerwürfnisse zwischen Deutschen und Tischenen sich verschärfen mußten und daß diese Steigerung der nationalen Wirren die Schwächung und Lähmung des Parlamentes hervorgerufen mußte, daß also das Parlament die Kraft der Gegenwehr gegen die vordringenden militaristischen, absolutistischen, imperialistischen Tendenzen einbüßte. Daß sich nun dieses System der bewußten Verschärfung der nationalen Wirren, der Verheerung der Nationen, der planmäßigen Schwächung des Parlamentes das System der „unbefangenen Verwaltung“ getauft hat und auch von guten Leuten, die schlechte Politiker sind, als ein deutsches Regieren klassifiziert wird, ist eben wieder ganz österreichisch. Die braven deutschen Musterpatrioten werden es schon einmal erfahren, was sie für ihre Nation gewirkt haben, als sie einem Unternehmen hilfreiche Dienste

geleistet haben, dessen eigentliches Ziel kein anderes ist, als dem großen demokratischen Fortschritt, der mit der Wahlreform gemacht wurde, um den Ertrag zu betrügen: wenn Franz Ferdinand kommt, wird der Spul des deutschen Regierens verfliegen, die Tatsache der Wehrung der absolutistischen Macht wird aber bleiben!

Nun hat Wienerth das Parlament aufgelöst und in dem Wahlkampfe zeigt sich die Tendenz, die zu der Auflösung geführt, noch deutlicher.

Die Versicherungsordnung angenommen.

Am Dienstag ist im Reichstage zwar die Reichsversicherungsordnung zur Annahme gelangt, aber sonst ist der Plan der Mehrheit, mit den gesamten weitwichtigen Geschäften, die auf der Tagesordnung standen, zu Ende zu kommen, abermals mißglückt, und wieder hat es die Mehrheit ihrer rücksichtslosen Durchsetzungsstucht zu danken, daß sie sich selbst in die Tinte geritten hat.

In Fortsetzung der dritten Lesung des Gesetzes wurden wieder alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt, dagegen eine Anzahl Verschlechterungsanträge des Entrechtungsblocks angenommen. Der polnische Antrag, der angenommen wurde, ging darauf hinaus, daß außer den Unfallversicherungsvorschriften auch noch die diese erregenden bergpolizeilichen Vorschriften unter Umständen in einer nichtdeutschen Sprache mitberücksichtigt werden müssen, um so die Unfallverhütungen wirksamer vorzubereiten.

Zu einigen lebhaften Zusammenstößen kam es bei dem Mehrheitsantrage, einen in zweiter Lesung angenommenen sozialdemokratischen Verbesserungsantrag wieder zu bejehigen. Es handelt sich um eine Bestimmung des § 898, die bei fahrlässigem Verschulden des Unternehmers bei einem Unglücksfall jedem Verletzten den Schadenersatz sichert. Der Antrag Schulz will das wieder derart einschränken, daß ein Verletzter, der keinen Anspruch auf Versicherungsrente hat, völlig leer ausgehen kann, weil dem Unternehmer nicht die vorläufige Schädigung nachgewiesen werden kann.

Als Genosse Stadthagen mit entrüsteten Worten diesen neuen Verschlechterungsantrag gebührend kennzeichnete, begann die Rechte zu toben, aber die Begründung des Antrages erparte sie sich. Der Ministerialdirektor Caspar, wahrscheinlich der Vater auch dieses reaktionären Antrages, unternahm das für die Mehrheit, und trotzdem mehrere unserer Genossen wie ein freisinniger Redner für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung eintraten, wurde der Antrag Schulz in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 97 Stimmen angenommen.

Bei Beratung des 4. Buches (Zubalidenversicherung) kam es zu einigen Zusammenstößen mit der Zentrumspartei, als der sozialdemokratische Antrag auf sofortige Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre wieder zur Verhandlung stand. Genosse Busold geißelte die Wankelmütigkeit des Zentrums in dieser Frage, besonders nahm er sich den Abgeordneten Becker-Arnberg aufs Korn, dem er Doppelzüngigkeit vorwarf. Als er diesen „Hrislichen“ Arbeitervertreter einen Streikbrecher-Hinge nannte, entstand im Zentrum tobender Unwille und der Präsident Spahn erteilte Busold einen Ordnungsruf. Nachdem der Staatssekretär Deibrück den Antrag sowie einen gleichartigen freisinnigen für unannehmbar erklärt hatte, wurden beide Anträge abgelehnt. Um 5 Uhr kam es dann zur Gesamtabstimmung über die Reichsversicherungsordnung, die gegen 88 Stimmen (Sozialdemokraten und einige Freisinnige) und 15 Enthaltungen (Polen) mit 202 Stimmen angenommen wurde.

Nunmehr sollte schnell auch noch das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung in zweiter und dritter Lesung erledigt werden. Da wurde das Haus durch einen Änderungsantrag der Mehrheitspartei abgelenkt, der bezweckt, mehrere Paragraphen so zu gestalten, daß, trotzdem die Reichsversicherungsordnung erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten soll, die neuen Anstellungsbedingungen für die Kassenbeamten sofort in Kraft treten lassen will.

So viel ergab schon die sofortige Prüfung, daß der Antrag auf eine Schädigung der Angestellten hinauskommen würde. Sozialdemokraten wie Freisinnige protestierten energisch gegen diesen Ueberumpelungsversuch. Genosse Weber erklärte, daß die Sozialdemokratie alle geschäftsordnungsgemäßen Mittel anwenden würden, um die Durchpeitschung der Vorlage zu hindern, wenn der neue „Antrag Schulz“ angenommen würde. Hierdurch einigermaßen müde gemacht, bewilligte die Mehrheit eine Stunde Pause zur Prüfung des Antrags in den Fraktionen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Weber die Erklärung ab, daß unsere Partei sich auf eine Förderung der Frage nicht einlassen würde. Es wurde ein freisinniger Antrag angenommen, die betreffenden Paragraphen an die Kommission zurückzuberweisen. Die anderen Paragraphen wurden angenommen und dann um 8 1/2 Uhr das Haus verlag.

Somit geht es zunächst morgen weiter.

Der schweigsame Kultusminister.

Herr Trost zu Solz, der dem preussischen Abgeordneten-hause das Märchen aufstiftete, der Krankenwärter, der Dubrowski auf seinem Krankenlager behandelte, habe erklärt, daß ihm von Dubrowski ausdrücklich versichert worden sei, daß seine Tat nicht in Verbindung stehe mit der abge-wiesenen Immatrikulation, hüllt sich noch immer in Schweigen. Seit mehreren Tagen liegt die Erklärung des Kranken-wärters vor, daß er keinerlei derartige Angaben gemacht

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-nelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Anzei-gen und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt diejenige Wort 30 Pfg. (zählige Wort 20 Pfg. Einzeiler und -Zeilenstellen-Anzei-gen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-staben zählen für zwei Worte. Präzise für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

hat, daß er im Gegenteil bezeugen könne, daß Dubrowski tatsächlich seinen Selbstmord wegen seiner Abweisung verübt habe — und der preussische Kultusminister hat noch immer kein Wort der Erklärung oder Entschuldigung gefunden! Glaubt Herr Trost zu Solz etwa, daß es das Ansehen preussischer Minister zu heben vermag, wenn ihre Angaben in der Öffentlichkeit als unwahr gebrandmarkt werden können, ohne daß der der Unwahrheit bezichtigte Minister auch nur den geringsten Versuch einer Erklärung seines Verhaltens macht? Oder glaubt er, daß es genüge, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ allerhand schwächliche Versuche unternimmt, den angeschuldigten Minister herauszuhalten? Denn was das Ministerorgan neuerdings zur Beschönigung der unwahren Darstellung des Herrn Trost zu Solz vorbringt, ist ebenso unzulänglich, als seine frühere kampflose Anrede. Das Viertelblatt behauptet nämlich, daß die unrichtige Information des Kultusministers nicht von der Polizeibehörde stamme, sondern sich auf einen vom Rektor der Universität erstatteten Bericht stütze, der wiederum seine Information vom Universitätsrichter erhalten habe. Diefem letzteren soll dann das Märchen von dem Petersburger Studenten aufgebunden sein, der mit der Ueberführung der Leiche Dubrowskis nach Petersburg betraut gewesen sei.

Selbst wenn diese Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ stimmt, beweist sie höchstens, daß die Universitätsbehörde sich nicht geringerer Fahrlässigkeit schuldig gemacht hat, als der Kultusminister selbst, der ein ganz unzuverlässiges Gerücht zur Unterlage seiner Darstellung nahm. Denn wenn er schon wirklich etwas feststellen wollte, so hätte der Kultusminister selbst eine Vernehmung des Krankenzärtlers anordnen müssen. Er hat das nicht getan, sondern ein unkontrollierbares Gerücht aus dritter Hand einfach unbeforscht übernommen. Der Fall beweise dann, wie wenig gewissenhaft die Regierung bei der Einziehung ihrer Erkundigungen zu verfahren pflegt!

Aber selbst in diesem Falle würde die Polizei als gleichwertige Informationsquelle keineswegs ausscheiden. Denn sie hatte ja dem Kultusminister das noch unglücklichere Geschichtchen erzählt, daß Dubrowski sich ausgerechnet bei einem Polizeibeamten danach erkundigt habe, ob in Berlin eine revolutionäre Studentenvereinigung existiere, der er sich anschließen beabsichtige. Und solches Zeug hätte dann Herr Trost zu Solz dem Abgeordnetenhaus vorzutragen gewagt!

Nach alledem wird es Zeit, daß endlich auch der Kultusminister selbst sich zu einer unumwundenen Erklärung entschließt. Sogar die „Köln. Jtg.“ fordert das kategorisch!

Die Vorbereitung der elsass-lothringischen Landtagswahlen

Ist von unseren dortigen Genossen, wie uns aus dem Elsaß geschrieben wird, sofort in die Hand genommen worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meinte am Tage nach der Endabstimmung des Reichstages über die Vorlage: „Sache der Elsaß-Lothringer wird es nun sein, die gegebene Form mit Leben auszufüllen.“ Die reichsständische Sozialdemokratie ist dieser Ermahnung prompt gefolgt, und so wenig sie in der Lage ist, dem Gesichte einer Ersten Kammer und der Institution des kaiserlichen Vetos Begünstigung entgegenzubringen, so vollkommen versteht sie es, daß die Reichstagsfraktion die Sicherung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die neue elsass-lothringische Volkstammer über alles stelle und in diesem Sinne einen Machtzuwachs für das Proletariat vom neuen politischen Zustand in Elsaß-Lothringen erwarte. Es soll in Elsaß-Lothringen dafür gesorgt werden, daß die neue Volkstammer mit dem rüstigen Leben erfüllt wird und daß daneben die sogenannte Erste Kammer, der im Lande alle und jede historische Berechtigung fehlt, wie sie sich auch durch das kaiserliche Ernennungsrecht als von auswärts importierte Pflanze darstellt, ganz und gar in den Hintergrund tritt. In keinem anderen deutschen Bundesstaate, ja in keinem anderen Staate der Welt wird man ein Oberhaus besitzen, das so einmütig vom ganzen Lande abgelehnt wird, wie diese Erste Elsaß-Lothringische Kammer, und darum muß es ein gar lustiges Treiben werden, wenn dieses Haus von kaiserlichen Pairs und Ständevertretern es einmal wagt, den Beschlüssen der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen demokratischen Kammer entgegenzutreten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darf ruhig sein: Man wird es in Elsaß-Lothringen nicht daran fehlen lassen, die gegebene Form mit Leben auszufüllen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens hat die diesjährige Landesgeneralversammlung, die nach einem Beschlusse der vorjährigen Landesversammlung in Mülhausen stattfindet, auf den 23. Juli einberufen. Auf der provisorischen Tagesordnung steht u. a. ein Referat über die Landtagswahlen — voraussichtlich können auf der Versammlung auch bereits die in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten mitgeteilt und bestätigt werden. In den nächsten Wochen bereits soll im ganzen Lande ein Flugblatt zur Verfassungsfrage verbreitet werden, worin die Stellung der Partei im einzelnen dargelegt wird. Die Landtagswahlen müssen in Elsaß-Lothringen vor den Reichstagswahlen kommen, da der Landesauschuss nach den bekannten Austritten mitten in der Gesetzgebungsarbeit, die er wie ein verärgertes, unartiges Kind nur noch widerwillig tat, nach Hause geschickt wurde und dringende Fragen — wir nennen nur die Steuerreform — der Erledigung harren. Der Landesvorstand nennt in seinem Aufruf als voraussichtlichen Zeitpunkt der Wahlen den August oder September, — wir nehmen an, daß sie im Hinblick auf die Beamten- und Lehrerferien etwas später, spätestens jedoch im Oktober stattfinden werden. Mit guter Aussicht auf Erfolg kämpft die Sozialdemokratie, mag die Wahlkreisabgrenzung ausfallen, wie sie will, in einem starken Duzend von Wahlkreisen. Nach Lage der ganzen Verhältnisse, in Würdigung aller Begleitumstände darf jetzt schon ohne Ueberhebung gesagt werden, daß diese Wahlen in Elsaß-Lothringen, die ersten reichsständischen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, ein gutes Vorspiel für die Reichstagswahlen sein werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai 1911.

Landtagsferien.

Das Abgeordnetenhaus ist am Dienstag, nachdem es eine Reihe von Petitionen ohne allgemeines Interesse erledigt und die

Sekundärbahnvorlage in zweiter und dritter Lesung verabschiedet hatte, in die Pfingstferien gegangen. In der Debatte über die Sekundärbahnvorlage verlangte Genosse Hoffmann unter Hinweis auf die Katastrophe von Baumshulenkweg, die Montag vom Berliner Landgericht selbst auf Mängel an den Sicherheitsvorrichtungen zurückgeführt wurde, die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadt- und Ringbahn. Der Eisenbahnminister v. Treitelbach mußte unserem Redner zustimmen und erfuhr nur, doch auch auf die Verzinsung der aufzuwendenden Kosten bedacht zu sein.

Wenn das Abgeordnetenhaus nach den Ferien wieder zusammentritt, hängt davon ab, wie die Kommissionen, in denen noch der Gesetzentwurf über den Pflichtfortbildungsschulunterricht, das Ausführungsgesetz zum Vertriebssteuergesetz, die rheinische Landgemeinordnung und das Ausführungsgesetz zum Viehwirtschaftsgesetz, ihre Arbeiten fördern. Präsident v. Köcker hat um die Erlaubnis, die nächste Sitzung selbst anderaumen zu dürfen, und diese Erlaubnis wurde ihm auch erteilt, nachdem Abg. v. Pappenheim sich einen alternen Ausfall gegen das Herrenhaus geleistet hatte, das die Zweckerbändergründe gründlich durchzuarbeiten beabsichtigt und dadurch die Session etwas in die Länge zieht.

Deutschland und der amerikanische Schiedsvertrag.

Offiziell wird mitgeteilt: Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten der deutschen Regierung zu erkennen gegeben hatte, daß sie gewillt sei, ebenso wie mit England so auch mit anderen Mächten einen Schiedsvertrag auf dreierlei Grundlage abzuschließen, hat die kaiserliche Regierung den Wunsch ausgesprochen, den von der amerikanischen Regierung ausgearbeiteten Entwurf kennen zu lernen, und ihre Bereitwilligkeit erklärt, in eine Prüfung des Entwurfs einzutreten. Herr Knag hat dem Grafen Verusorff daraufhin den Entwurf mitgeteilt, dessen Entziffen in kurzer Zeit zu erwarten ist.

Wie die „Associated Press“ aus Washington meldet, wird Deutschlands Haltung in der Schiedsgerichtsfrage von der amerikanischen Regierung mit der größten Genugtuung begrüßt. Die Washingtoner Beamtenkreise glauben nun, da vier Großmächte an den Unterhandlungen über den internationalen Frieden teilnehmen, sei eine große diplomatische Errungenschaft in Sicht.

Uns scheint im Gegenteil, daß die Geschichte einem amerikanischen Humbug immer ähnlicher zu werden droht.

Ein Attentatsplan des Fürsten Bälou gegen die Verfassung.

Von Zeit zu Zeit taucht in reaktionären Kreisen, die so wahrheitsfeindlich sie sind, doch sich an das gleiche Wahlrecht nicht offen herantrauen, der Plan auf, dem Reichstage ein Oberhaus an die Seite zu setzen. Sehr ernst brauchen solche Absichten kaum genommen zu werden, und eine Regierung, die sich darauf einließ, würde sehr bald fortgesetzt sein. Immerhin ist nicht uninteressant, was die „Grenzboten“ darüber zu erzählen wissen. Das konservative gerichtete Blatt schreibt:

„Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Politik des Fürsten Bälou anfänglich unbewußt, je mehr sie ihrem Ende entgegengeht, immer bewußter und absichtlicher den Uebergang zum parlamentarischen System vorbereitete. Fürst Bälou erkannte durchaus klar, daß die Entwicklung der Nation, ihre Wirtschaft und die starke Entfaltung aller geistigen und sittlichen Werte zu diesem politischen Ziel hinstrebten, und daß keine Macht der Erde befähigt sein würde, diesem Zuge Halt zu gebieten... Bälou wurde als Umstürzler verdammt und — beseitigt. Und doch hatte dieser „Umstürzler“ schon seit dem Jahre 1905 sehr weitgehende Vorarbeiten für die Einrichtung eines Reichsoberhauses getroffen, das Bildung und Besitz vor den konserverbater Seite befristeten Schädigungen des Parlamentarismus bewahren sollte. Es besteht sogar ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der im geeigneten Augenblick hervorgeholt werden sollte... Es ist anders gekommen. Der Parlamentarismus gewinnt Schritt für Schritt an Boden, doch nicht vorfristig eingeführt von einer kräftigen Regierung, sondern geschoben und vorangestoben von den demokratischen Parteien. Die Regierung des Herrn v. Bethmann hat zu dieser Entwicklung ihren Segen gegeben durch die Art des Zustandekommens der elsass-lothringischen Verfassungsfrage.“

Dieses Planeschildern gegen den Reichstag ist für die deutschen Regierungen von Bismarck bis Bälou sehr charakteristisch, und von Bethmann Hollweg weiß man ja aus früheren Reden, wie abgeneigt er im Grunde seines Herzens dem gleichen Wahlrecht ist.

Eine konservative Bestechungsaffäre.

In dem Stralunder Prozeß, in dem der freisinnige Gutbesitzer Becker-Varimannshagen wegen Verleumdung des Landrates v. Ralhan zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, kam u. a. auch ein Bestechungsversuch zur Sprache, der vor den letzten Reichstagswahlen von der Stralunder Konservativen beim dortigen sozialdemokratischen Kandidaten Genzen gemacht wurde, um dessen Wahlhilfe indirekt für die Rechte zu gewinnen. Der Stettiner „Volksbote“ veröffentlicht jetzt eine Darstellung des Falles durch den Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins Stralund-Rügen, in der die sauberen Wahlpraktiken der Konservativen folgendermaßen geschildert werden:

„Als die stattgefundenen Reichstagswahlen Stichwahl zwischen Stengel und Niepenhausen ergab, erschien einige Tage darauf im Gewerkschaftshaus der jetzt verstorbene Gastwirt Seyle und ersuchte unseren damaligen Kandidaten Genzen, sich ihm auf einige Augenblicke zur Besprechung einer wichtigen Angelegenheit zur Verfügung zu stellen. Nachdem S. sein Anliegen vorgetragen, sagte Genzen, S. möge am anderen Tage vormittags 11 Uhr wiederkommen, da er mit einigen Vorstandsmitgliedern die Angelegenheit besprechen wolle. Genosse Genzen tat dies, weil er wußte, daß das Gespräch von konservativer Seite, wie Herr Seyle es jetzt ja bereits verurteilt, später einfach bestritten würde, wenn es öffentlich bekannt gegeben würde. Es wurde dann unter Genzen und den Vorstandsmitgliedern abgemacht, daß am anderen Tage in einem Nebenzimmer einige vertrauliche Personen das Gespräch aufnehmen und mit anhören sollten. Die Tür zu dem Nebenzimmer wurde, um besser hören zu können, etwas geöffnet. Am anderen Tage kam dann auch Seyle, und alles verlief, wie es geplant war, allerdings nicht in einer schmeichelehaften Weise für v. Niepenhausen und die konservative Partei. Der Sinn des Seyle'schen Angebots war ungefähr folgender: Herr Genzen, ich komme im Auftrage eines konservativen Herrn, der es gerne sehen möchte, daß Herr v. Niepenhausen gewählt würde, und bitte Ihnen 2000 Mark für den Fall, daß Sie eine Erklärung unterschreiben, nach welcher Sie Ihre Wähler auffordern, in der Stichwahl sich der Stimme zu enthalten.“ Wer nun der konservative Herr war, der sich so für die Wahl Niepenhausens interessierte, daß er 2000 M. dafür springen lassen wollte, wollen wir heute nicht mehr untersuchen, da derselbe, der hierüber Auskunft geben könnte, tot ist und nicht mehr vernommen werden kann. Eins steht aber fest, daß Herr v. Niepenhausen bei Lebzeiten Seyle's keine Klage wegen Verleumdung erhob,

und auch Seyle, der oft von uns zur Klage aufgefordert ist, dies bleiben ließ. Weiter steht fest, daß Herr Seyle, der gar kein politisches Verständnis hatte, persönlich, auch wenn er so demügend gewesen wäre, nicht aus seiner Tasche die 2000 M. genommen hätte.“

Den konservativen Herrschaften, die unter der Devise „Mit Gott, für König und Vaterland“ saßen, ist jedes Mittel recht, und sei es noch so korrupt, wenn sie nur ihre Macht behaupten können. Und da sie von sich auf andere schließen, glaubten sie im Fall Stralund, daß bei den „Umstürzern“ für Geld alles zu haben sei. Sie werden auch kaum begreifen, daß Proletariat von politischer Ehre andere Begriffe haben als sie selbst.

Nationalliberale Charakterisierung eines konservativen Parteiführers.

In seiner für den Vorkursenverlauf des Reichstages gehaltenen Reichstagsrede gegen die angeblende Mißwirtschaft „sozialdemokratischer Krankenkassenangehöriger“ forderte Graf Westarp mit Emphase „Reinlichkeit und Sauberkeit“ im öffentlichen Leben. Unsere Genossen Eichhorn, Schmidt, Heine und Fischer haben dem Grafen schon ein Spitzbild agartkonservativer „Reinlichkeit und Sauberkeit“ vorgehalten. Es wird aber nichts schaden, auch mitzuteilen, wie ein Vertreter der nationalliberalen Partei, deren Redner, Herr Abg. Heinze-Dresden, in der Krankenkassenrede getreu den Westarpschen Spuren folgte, über die politische Moral eines der Nächsten um Westarp urteilt. Gemeint ist der Spirituszentraldirektor Kreth.

Dieser Herr hat in einer konservativen Wahlversammlung in Silberweischen am 19. April mit Bezug auf den nationalliberalen Abgeordneten Schwabach die Bemerkung gemacht, man könne von diesem „eine Menge bedenklicher Geschichten vorbringen.“ Auf den Ruf des nationalliberalen Parteisekretärs Pipirs-Goldap: „Ich bitte sehr darum!“ reagierte der noble Herr Kreth nicht. Dagegen entrüstete er sich in seinem Schlusswort über Pipirs, weil dieser Herrn Kreth seine Stellung als Spirituszentraldirektor vorgehalten hatte.

Auf dies Schlusswort hat Pipirs mit einem „offenen Brief“ an Kreth geantwortet. Der „Deutsche Bauernbund“, Organ der von dem nationalliberalen Abg. Bachhoff de Wente geleiteten Landwirteorganisation, druckt den Brief an leitender Stelle ab. Uns interessieren aus dem Briefe folgende Stellen:

„In Silberweischen haben Sie am 19. April d. J. in einer konservativen Wahlversammlung das Schlusswort dazu benutzt, um gegen mich scharfe persönliche Angriffe zu richten. Sie haben es als eine unvornehme Kompensationsmaßnahme bezeichnet, daß ich in der politischen Agitation die Tatsache vorbringe, daß Sie Direktor der Spirituszentrale sind und als solcher ein Jahreseinkommen von 50 000 M. beziehen.“

Darauf muß ich Ihnen, Herr Abgeordneter, folgendes erwidern: Ueber Ihre Tätigkeit in der Spirituszentrale habe ich in der politischen Agitation aus nachstehenden Gründen nicht Schweigen zu dürfen geglaubt:

1. Die Spirituszentrale ist nach ihrer Vorgängerin keine vorbildliche Institution, da sie mehrfach wegen unläuterer Wettbewerbsverhältnisse verurteilt ist, und da noch am 11. Mai 1909 — also in jüngster Zeit — das Kammergericht, d. i. das höchste preussische Gericht, in einer Urteilsbegründung ausgeführt hat, daß die Spirituszentrale durch die Art, wie sie den eingekauften Fabriken und Händlern die Spirituslieferungen zu entziehen verstanden hat, gegen die guten Sitten verstoßen hat.“

2. Die Spirituszentrale beschützt einseitig die Interessen der Großbrennereien des Ostens, hat es in der Hand, den Kleinere und mittleren Betrieben Schwierigkeiten zu bereiten und kann den Verkaufspreis für Branntwein nach Belieben regulieren.“

3. Das Privatalmonopol der Spirituszentrale macht das Entstehen neuer Brennereien fast unmöglich, weil diese — wenigstens in den ersten Jahren — mit Verlust arbeiten müßten. Dies bedeutet aber eine schwere Schädigung der Landwirtschaft, da die Errichtung von Brennereien da, wo leichter Boden vorhanden ist, oft der letzte Rettungsanker des Grundbesitzers ist.“

Auf Grund dieser der Landwirtschaft schädigenden Wirksamkeit der Spirituszentrale habe ich mir allerdings die Freiheit genommen, zu behaupten, daß Sie, Herr Abgeordneter, als Direktor dieser höchst unpopulären Spirituszentrale gut daran täten, nicht mehr in einem Wahlkreis von überwiegend ländlicher Bevölkerung zu kandidieren.“

Darauf haben Sie, Herr Abgeordneter, in Silberweischen erwidert, daß Sie als Direktor der Spirituszentrale nichts mit der Geschäftsführung dieser Zentrale zu tun hätten, sondern nur gewissermaßen „Lagerverwalter“ wären, und auch bei dieser bescheidenen Tätigkeit keinerlei besondere Initiative zu entfalten brauchen, weil Ihnen natürlich bei einem so großen Betriebe technisch geschulte Beamte in erforderlicher Anzahl zur Verfügung ständen.“

Diese so sehr beschriebene Tätigkeit, die Sie, Herr Abgeordneter, nach Ihren eigenen Worten, bei der Direktion der Spirituszentrale ausüben, läßt die Vermutung nicht ohne weiteres von der Hand weisen, daß Ihre politischen Gegner recht haben, wenn sie behaupten: Die Spirituszentrale habe Sie lediglich deshalb zum Direktor der Zentrale mit einem immerhin recht leiblichen Gehalte gemacht, weil Sie einer der rücksichtslosesten und energiegelichsten Führer des Bundes der Landwirte sind, und weil die Spirituszentrale sich von dieser Ihrer Führerschaft im W. d. L. eine sehr wirksame Förderung und Unterstützung ihrer (die Interessen des kleinen und mittleren Grundbesitzes schädigenden!) Wirksamkeit verspricht.“

Herr Kreth hat danach zugegeben, daß er seine 50 000 Mark Jahreseinnahme von der Spirituszentrale für eine „Tätigkeit“ bezieht, die in gar kein Verhältnis zu der Vergütung steht. Der eine Herr Kreth erhält für eine sozusagen bloß repräsentative, beschreibende Funktion 50 000 M. jährlich. Zwanzig „sozialdemokratische“ Kassenangestellte, die eine schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit zu entfalten haben, bekommen zusammen nicht soviel Gehalt als Herr Kreth allein. Die Spirituszentrale könnte ihre von dem nationalliberalen Parteisekretär hinreichend gekennzeichnete Stellung nicht behaupten ohne das Branntweinsteuergesetz. An diesem für die Spirituszentrale inkraftigen Gesetz hat aber Herr Kreth als Reichstagsmitglied eifrig mitgearbeitet, auf sein und seiner konservativ-kerischen Freunde Vordringen hin ist das für die Spirituszentrale günstige Gesetz entsprechend ausgearbeitet worden. Nachdem dies geschehen, wurde der konservative Reichs- und Landtagsabgeordnete Kreth Direktor der Spirituszentrale mit einem Jahresgehalt von 50 000 M.! Sehen Sie, das nennt man reinliche und saubere gesetzgeberische Tätigkeit.

Zur selben Zeit, wo der Deutsche Bauernbund diese „saubere und reinliche“ Geschichte der Öffentlichkeit unterbreitet, helfen die Nationalliberalen den Westarp-Kreth das Attentat auf die Rechte der Krankenkassenmitglieder vollenden.“

Das Zentrum auf Scharfmacherwegen.

Der „Vorwärts“ hat vor einiger Zeit die Schrift eines hahener Fabrikanten und Zentrumsmannes, Albert Kern, besprochen, der die Frage untersuchte, ob die deutsche Industrie durch die soziale Gesetzgebung zu hoch belastet und infolgedessen der Gefahr ausgesetzt sei, an ihrer Wettbewerbs- und Exportfähigkeit

Schaden zu leiden. Die Frage wurde bejahend beantwortet und deshalb rief der vorerwähnte Zentrumsmann zur Vorsicht in weiteren Ausbau der Sozialreform und er erwartete von dem Zentrum, das sich bisher vorwiegend der wirtschaftlich Schwächeren angenommen habe, daß es nunmehr den Interessen der Industrie erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Da das die Anschauungen und Argumente unserer Scharfmacher sind, und der Verfasser zur Stütze seiner Ausführungen fast ausschließlich Material gab, das von scharfmacherischen Handlungen eigens zu befragtem Zweck zurechtgestutzt war, so nannten wir die Schrift des Herrn Kern eine Scharfmacherleistung. Und da uns nicht bekannt war, daß die Ausführungen des Nachener Zentrumsmannes von seiner Partei abgelehnt worden waren, dehnten wir diesen Vorwurf auch auf seine Partei, das Zentrum, aus. Das hat nun den Herrn des Windthorstbundesblattes erregt und es bedient uns in seiner neuesten Nummer mit folgenden Liebenswürdigkeiten:

Zu einer außerordentlich scharfen Ablehnung kam die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse; sie kann sich nicht genug tun in der Verurteilung des „Scharfmachers“ und stellt, ganz ohne logischen Schluß, aus der Broschüre fest, daß Unternehmerrückhalt statt Arbeiterfürsorge der Leistung der Zentrumspolitik sein solle. Das alle! Die schnellfertige Begeißelung ist bequemer und auf den Masseninstinkt wirksamer als die zielbewusste Arbeit und objektives Wirken. Man könnte diese spezifisch sozialdemokratische Erscheinung zu den Akten legen, wenn sie nicht auf eine neue auf eine Gefahr hinweisen würde, welche unser politisches Leben zu vergiften droht. Jede Reueerscheinung wird durch die tribunale Parteiliebe betrachtet; sachliche, vorurteilsfreie Prüfung und Würdigung ist fremd geworden.

Wir können uns denken, daß dem Organ der Windthorst-Bündler unsere Kritik an dem Opus des Nachener Zentrumsmannes nicht angenehm ist. Aber durch Schimpfen fühlen wir uns nicht widerlegt. Die kernische Schrift ist und bleibt eine Scharfmacherleistung, die von der nationalliberalen und Unternehmerpresse mit gebührender Wärme aufgenommen worden ist. Und wir hielten uns für berechtigt, das Zentrum an der Verantwortung mit teilzunehmen zu lassen, weil wir erstens die Zentrumskritiker gut genug kennen, um zu wissen, daß Herr Kern ihnen aus der Seele gesprochen hat. Weil wir zweitens der Meinung sind, daß die Firma J. P. Bachem keine Schrift verlegt, die von einem Zentrumsmann verfaßt und an die Zentrumspartei gerichtet, sich allzuweit von den Parteigleichen entfernt. Und weil drittens uns kein Zentrumskritiker zu Gesicht gekommen war, das den kernischen Ausführungen entgegentrat.

Die meisten Blätter — so schreibt das Windthorstbundesblatt — beschränkten sich auf eine referierende Wiederholung, welche eine Kritik mit ängstlicher Rücksichtnahme zu meiden schien. Bedauerlich, daß zu dieser Kategorie fast ausnahmslos die Zentrumspresse gehört, welche der Broschüre gegenüber überhaupt sehr zurückhaltend war.

Na also! Und warum schimpft denn das Blatt der Jung-Keritaten, wenn wir das Zentrum für die Scharfmacherleistung mitverantwortlich machen?

Ein Vergesetz für Hamburg.

Mit dem Erlaß eines Vergesetzes beschäftigte sich am Montagabend die Hamburger Bürgerschaft. Es handelt sich um ein Vergesetz, das dem Staate das Recht der Schürfung auf mineralische Bodenschätze einräumt. Beschleunigt wurde dieses gesetzgeberische Vorgehen durch den im Herbst 1910 erfolgten Gasausbruch bei Neuenhamp. Außerdem werden bei Cuxhaven (Hamburger Gebiet) Bohrungen vorgenommen, doch steht noch nicht fest, ob der dortige Abbau sich lohnen wird. Begründend führte Senator Dr. Schäfer aus, daß allein dem Staate das Recht der Verwertung des Erdgases zustehe. Der Senat wolle sich aber nur auf solche Bestimmungen beschränken, die diese Ausnutzung gewährleisten, ohne ein weitergreifendes Vergesetz zu schaffen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, zu gleicher Zeit die Rechtsverhältnisse der Arbeiter zu regeln. Nachdem der Senator eine zufriedenstellende Erklärung abgegeben hatte, zog unsere Fraktion den Antrag zurück.

In der Gesamtabstimmung wurde der Torso — wie der Senator den Entwurf nannte — angenommen.

Ein Anschlag auf das gleiche und direkte Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein.

Seitdem der Vater aller Wahlrechtsänderungen in Schleswig-Holstein, der Oberbürgermeister Dr. Fuhs-Kiel, öffentlich erklärt hat, daß er zum zweiten Male keine Erhöhung des Wahlzensus mehr das Wort reden werde, wegen der ungeheuren Erbitterung, die diese Maßregel hervorgerufen habe und seitdem unumstößlich feststeht, daß die Zensusserhöhung auf die Dauer die Sozialdemokraten nicht aus den Stadtverordnetenversammlungen fern halten wird — der Zensus darf nämlich nach der Städteordnung für Schleswig-Holstein nicht über die Einkommensgrenze von 1500 M. erhöht werden — zerbrechen sich die bürgerlichen Kommunalpolitiker die Köpfe, um ein geeignetes Mittel zur Abwehr der roten Flut zu finden. Der vom Kieler Magistrat an die Stadtkollegen in Kiel gerichtete Antrag, bei der Staatsregierung die Einführung der Dreiklassenwahl für Kiel zu beantragen, wurde abgelehnt, weil sich unter dem Druck der wichtigen Agitation der Kieler Sozialdemokratie noch so viele bürgerliche Stadtverordnete fanden, daß eine schwache Mehrheit gegen den Antrag zustande kam. Dann nahmen der Kieler Bürgerausschuß — die Spitze der bürgerlichen Kommunalvereine Kiels — und der Provinzialverband der Bürgervereine Schleswig-Holsteins die Frage der Wahlrechtsänderung auf. Eine geraume Zeit lebten die Körperschaften in dem Wahn, die Einführung der gehehnten Abstammung würde einen genügenden Schutz gegen den Ansturm der Sozialdemokratie geben. Sie gründeten ihre Ansicht darauf, daß bei der öffentlichen Wahl viele Kleinbürgerliche Wähler durch den Terrorismus der Sozialdemokratie gezwungen würden, sozialdemokratisch zu wählen oder sich der Wahl zu enthalten. Jetzt das Unsinns ist, haben die Wähler dieser Körperschaften jetzt eingesehen, und so kommen auch sie allmählich zur Forderung der Dreiklassenwahl. Einer der Haupttrüger für die Wahlentziehung der Arbeiterschaft, Oberbürgermeister Koer in Neumünster, hat dieser Tage in einer Bürgerversammlung in Neumünster erklärt, daß dem nächsten Verbandstage der Bürgervereine Schleswig-Holsteins ein Antrag vorgelegt werde, bei der Staatsregierung die Einführung des Dreiklassenwahlrechts für ganz Schleswig-Holstein zu beantragen. Es besteht die Gefahr, daß die Sozialdemokratie schon in wenigen Jahren in den Stadtverordnetenkollegien und darauf auch in den Magistraten die Mehrheit erhalte. Ganz besonders gefährdet seien Altona und Kiel. Es ist schon wieder eine

neue Aktion zur Verschlechterung des Kommunalwahlrechts in Schleswig-Holstein im Gange. Nur sollen die Herren sich nicht täuschen. Gelingt ihr Anschlag wirklich, so wird er eine noch größere Erbitterung auslösen als zurzeit die Zensusserhöhungen, so daß er, statt der Sozialdemokratie zu schaden, ihr nur nützen wird.

Keine zwangsweise Verfassung für Mecklenburg? Die „Mecklenburgische Zeitung“ bringt ein ziemlich lindenlaimes Dementi der Nachricht, daß die mecklenburgischen Großherzöge im Oktober eine Verfassung akzeptieren wollten. Sollte es vielleicht erst im November sein?

Der Austritt der elsässischen Zentrumsmitglieder ist noch nicht definitiv erfolgt. Am Sonntag fand in Straßburg ein Delegiertentag der elsäss-lothringischen Zentrumspartei statt. Die Haltung des Reichstags-Zentrums in der Verfassungsfrage wurde scharf kritisiert. Weitere Schritte behielt sich der Delegiertentag für eine am 11. Juni stattfindende Versammlung vor. Offiziell gehörten dem Zentrum vier Elsässer an, die Abgeordneten Benderscher, Goen, Will und Haus, die Abgeordneten Weileris und Delfor waren nicht Mitglieder des Reichstags-Zentrums.

Die Niederlage der zarischen Diplomatie.

Zur Erklärung des blamablen Ausgangs der russischen Aktion in Konstantinopel wird auf den Vortritt im Ministerium des Auswärtigen, auf die sich kreuzenden Einflüsse und Intrigen der Bureaukraten und vor allem auf die Einmischung der Hofeliquen (genannt wird der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, das Haupt der Kriegspartei am Hofe) hingewiesen. Das alles ist richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß wir es hier mit keiner Zufallserscheinung zu tun haben. Schon das Vorgehen der russischen Regierung gegen China war charakteristisch für die neuen Wege, die sie in der auswärtigen Politik eingeschlagen hat. Die Zarenregierung sucht ihren Vortritt in der inneren Politik durch „äußere Erfolge“ zu kompensieren und unternimmt bald im fernen Osten, bald am Balkan einen Vorstoß, um ihr „Ansehen“ zu festigen. Der Vorstoß im fernen Osten gelang, da China sich vorläufig auf keinen Krieg einlassen kann, und die Annäherung an Deutschland die aggressiven Tendenzen der Zarenregierung verstärken. Im nahen Osten ist aber der Schutz zu früh losgegangen. Schon seit Monaten wurde in den russischen Regierungskreisen gegen die Türkei gehetzt, um die von Admiral Skrydloff geforderte Verhärterung der Schwarzmeerflotte durchzuführen. Zu gleicher Zeit verfolgte man in Petersburg die albanischen Vorgänge mit gespannter Aufmerksamkeit und setzte den königlichen Räuberhauptmann Nikita in Stand, während des ganzen Winters an der albanischen Grenze seine Banden unter Gewehr zu halten. Bei der jetzt so plötzlich eingeleiteten Aktion scheint die russische Diplomatie erwartet zu haben, daß die Potsdamer Abmachungen ihr auch hier — wie vor einigen Monaten gegenüber China — als Rückendeckung dienen würden. Wenigstens weisen die Radomontaden der „Nowoje Wremja“, die an die Versprechungen des Reichskanzlers im deutschen Reichstage erinnert, auf diese Spekulation hin. Aber angesichts der Zurückhaltung der „interessierten“ Mächte, denen die Aufrollung der Balkanfrage jetzt nicht zeitgemäß erscheint, mußte die selbständige russische Initiative allmählich zusammenbrechen.

Frankreich.

Die Kundgebung für die Kommune.

Paris, 28. Mai. (Sig. Ver.) Die heutige Manifestation auf dem Père Lachaise hat neuerlich gezeigt, daß das Gedenken der Märtyrer von 1871 im proletarischen Paris unzerstörbar fortlebt. Die Menge, die sich in dem von der sozialistischen Seime-Föderation organisierten, von Ordnen begleiteten Zuge vereinigt hatte, kam auf 30 000 Personen veranschlagt werden. Sehr zahlreich waren die Frauen, und die starke Teilnahme der Jugend zeigte, daß dort, wo die direkte Anschauung nicht mehr wirkt, die Begeisterung für das Ideal, die Fiedel für die Kommunalenkämpfer lebendig erhält. Die Bezirkssektionen und viele andere Organisationen, besonders auch die der Ausländer, waren mit ihren Fahnen gekommen, und so bot der Zug mit den gleichfalls in seiner Mitte auftauchenden roten Kränzen ein ungemein malerisches Bild. Unter Abklingung aller und neuer Kampflieder zogen die Massen zur Mauer der Föderierten. Hier wiederholte sich die traditionelle Szene, nur daß es diesmal nicht Herr Vopine selbst, sondern ein minderer Polizeioffizier war, der Gen. Pailiant hinderte, seine begonnene Rede fortzusetzen. Es fehlte auch sonst nicht an polizeilichen Schikanen und ebenso wenig an dem hergebrachten, ungeheuerlichen Aufgebot von Polizei und Militär, das indes die Manifestanten nicht zu provozieren vermochte.

Belgien.

Differenzen in der Weberei des Center „Vooruit“.

Man meldet uns aus Brüssel: Die bürgerliche Presse wußte dieser Tage von einem „Ausstand“ in der Genossenschaftsweberei des Center „Vooruit“ zu berichten. Es war nur ein Streit von einigen Stunden, aber es ist selbsterklärend, daß ein Teil der Kapitalistenpresse darüber ausführlicher schrieb, als sonst über monatelange Ausperrungen und Streiks, die sich um Differenzen in rein kapitalistischen Unternehmungen drehen. Es handelte sich kurz um folgendes: In den Center Fabriken ist es üblich, daß an den Montagen, die auf eine Woche mit einem Feiertag folgen, statt bis 4, bis 7 und 9½ Uhr abends gearbeitet wird. Die Arbeiter der Weberei des „Vooruit“ wünschten nun die Abschaffung dieses sogenannten „langen Montags“. Der Direktor erklärte der Arbeiterdelegation, daß er für seine Person diese Forderung nicht gutheißt, aber nichts entscheiden könne und sie am 29. der aus Vertretern von Arbeitern und der Direktion bestehenden Versammlung vorlegen werde, womit die Delegation einverstanden war. Wie der „Vooruit“, das Center sozialistische Blatt, mittelt, hätten nur einige Arbeiter (denen dann die übrigen folgten), die über den Ausgang nicht informiert waren, um 4 Uhr die Werkstätten verlassen. Am nächsten Tage erschienen die Arbeiter jedoch wieder vollständig am Plage. Wie es heißt, soll auch der Sekretär des Webereibundrats das Vorgehen der Arbeiter mißbilligt haben, auch der Vorstand des Syndikats hat die Haltung der Arbeiter — gegen die zwei Stimmen der Delegierten — bedauert. Auch der „Vooruit“, das Center sozialistische Blatt, tadelt mit dem Hinweis auf die für die genossenschaftlichen Betriebe notwendige Disziplin das Weglaufen der Arbeiter. Der „Vooruit“ tritt auch den von bürgerlichen Blättern gebrachten Mitteilungen, daß es sich noch um verschiedene andere Forderungen handelt, mit einem formalen Dementi entgegen, ohne sich über die in Frage stehende Forderung selbst auszusprechen. Der Vorfall mit den entsprechenden Ausmachungen war in der bürgerlichen Presse früher als in der sozialistischen zu lesen, was der „Vooruit“ damit erklärt, daß ihm von der zuständigen Seite bedauerlicherweise keine Mitteilung zugegangen ist und er über den Konflikt erst aus der genossenschaftlichen Presse erfahren habe.

England.

Versicherungsgesetz und Setobill.

London, 20. Mai. Das Unterhaus hat die zweite Lesung der nationalen Versicherungsbill einstimmig angenommen. Die Regierung hofft, die Bill noch in dieser Session verabschieden zu können. Ferner wurde die Bill angenommen, in der das Ueberfließen gewisser Gebiete mit Flugzeugen mit Strafe belegt wird.

Zu Verlaufe der Debatte des Oberhauses über die zweite Lesung der Parlamentbill erklärte Kriegsminister Dalbane, die Regierung handle im Geiste der Verfassung, wenn sie sich bemühe, sie in Einklang mit der modernen Fortschritt zu bringen. Lord Lansdowne unterzog das Gesetz einer scharfen Kritik und erklärte, daß es den Lords weder bedeutsame noch überhaupt wirkliche Nachbessergewinne belfasse. Lord Lansdowne erklärte weiter: Dagegen wir zugeben, daß nach den beiden Wahlen die Regierung das Recht hat, diese Frage zu regeln, ist es doch wünschenswert, daß wir die Bestimmungen des Gesetzes im einzelnen erörtern und solche Zusätze vorschlagen, die uns etwa notwendig erscheinen. Ich verlaue darauf, daß diese Anträge in der gewissenhaftesten Weise von der Regierung geprüft und erörtert werden. Wir werden darauf hinweisen, daß es während der eine Neuzusammensetzung des Oberhauses erwartet, notwendig ist, einige Sicherheitsmaßregeln ausfindig zu machen zum Schutze des Landes gegen gefährliche, unüberlegte Neuerungen und vor allem Sicherheitsmaßnahmen, um unsere heiligsten Einrichtungen und die Grundlagen der Regierung des Vereinigten Königreichs gegen unerwartlichen Schaden zu schützen. Viscount Morley erklärte, die Regierung werde es nicht ablehnen, über irgendwelche Zusätze, die nicht dem Prinzip des Gesetzes widersprechen, zu beraten.

Auswärtige Fragen.

London, 20. Mai. Dillon stellte heute im Unterhause die Anfrage, ob die französische Regierung der englischen eine Mitteilung darüber gemacht habe, wie lange sie die Verlegung von Fesseln aufrecht zu erhalten beabsichtige. Staatssekretär Grey erwiderte, die erklärte Absicht der französischen Regierung sei, das Leben der Europäer in Fesseln zu stellen, die Souveränität des Sultans und die Integrität seines Reiches aufrecht zu erhalten und die Freiheit des Handels zu sichern, die von der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit abhängen. Die Instruktionen an den französischen Oberbevollmächtigten gingen dahin, daß er nicht länger als unbedingt notwendig in Fesseln bleiben solle.

In Beantwortung einer Anfrage betreffend den Entwurf des amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages erklärte Grey weiter, daß der Wortlaut des Entwurfs eben erst eingegangen sei. Er betraute den Entwurf als einen Präzedenzfall, der zum Gegenstand der Erörterung zwischen den beiden Regierungen gemacht werden soll. Nachdem die englische Regierung ihn erwidert habe, werde sie den Vereinigten Staaten ihre eigenen Vorschläge unterbreiten, worauf die Erörterungen zwischen den beiden Regierungen ihren Fortgang nehmen würden. Erst wenn die Erörterungen zum Abschluß gebracht seien, sei seiner Meinung nach der richtige Zeitpunkt gekommen, die Stellung der englischen Regierung bekannt zu geben und darüber zu beraten.

Rußland.

Wilde Richter.

Moskau, 20. Mai. In dem Korruptionsprozeß gegen den früheren Stadthauptmann Reindot hat das Senatsgericht Reindot und seinen Geislen Korotki zu einem Jahr Korrekzionstrafe und Verlust aller Rechte verurteilt, gleichmäßig aber beschloß, beim Kaiser eine Wilderung des Urteils (!) nachzusuchen.

Petersburg, 20. Mai. Der Antrag lautet dahin, die gegen Reindot und Korotki verhängten Gefängnisstrafen im Wege der Gnade durch Amnestie freigesprochen zu werden. In dem Urteil wird neben der Freiheitsstrafe auch auf eine Geldstrafe zur Entschädigung des Moskauer Semstwo erkannt, die für Reindot auf 27 500 und für Korotki auf 7000 Rubel festgesetzt ist.

Neue Enthüllungen von Barkow.

Aus Stockholm wird berichtet, daß Barkow in einer Broschüre, die mit einem Vorwort des Redakteurs J. Veantini in schwedischer Sprache erschienen ist, die Tätigkeit der russischen Spionagenten in Schweden aufgedeckt hat. Eine hervorstechende Rolle in dieser Spionorganisation spielte der frühere Fiskal von Stockholm, Stendi, der mit der Berliner Kodspiegel-Organisation Harting-Landesen in freundschaftlichen Beziehungen stand. Als die schwedische Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung den verhafteten Revolutionär Tschernjak in Freiheit setzte, benachrichtigte der Fiskal Stendi seinen Freund Harting, daß Tschernjak auf einem Schiff nach Antwerpen gereist sei, und daß er ihn nicht aus den Augen verlieren solle. (Bekanntlich kam Tschernjak auf dem Schiff auf rätselhafteste Weise ums Leben, wie jetzt feststeht, infolge Vergiftung durch die russischen Spione.) Wie aus der veröffentlichten Schrift hervorgeht, stand die Stockholmer Polizei in beständiger Verbindung mit Harting und ähnlichen Cheurännern und arbeitete — wie das ja auch in Berlin der Fall war — in trauter Gemeinschaft mit den russischen Spionen. Der Fiskal Stendi besichtigte persönlich jedes Schiff, das aus Finnland eintraf, wobei er über jede „verdächtige“ Person von Rußland aus in Kenntnis gesetzt war.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Spionorganisation, deren Existenz außer in Schweden während der Harting-Affäre auch in Deutschland, Oesterreich, Belgien, Frankreich nachgewiesen wurde, unter anderer Leitung auch jetzt fort besteht.

Marokko.

Die nächsten Operationen.

Paris, 20. Mai. Die Agence Havas meldet aus Fez vom 24. Mai: General Koinier hatte mit dem Sultan eine Unterredung über die Bedingungen, die den Stämmen für den Fall ihrer Unterwerfung gestellt werden sollen. Diese Bedingungen sind: Ablieferung der Hälfte ihrer Waffen, Zahlung einer Kriegsentwädigung, Gesamtverantwortlichkeit der Stämme für Ueberfälle.

Der Operationsplan gegen die Aufständler wird Meppsalien gegen die Scherarda und Beni Mtiq zur Grundlage haben, denen eine Frist zur Unterwerfung bis zum 30. Mai gewährt wird.

Wie weiter gemeldet wird, ist ein deutscher Postbote raubt worden.

Feldentaten.

Fez, 20. Mai. General Dalbiez ist am 25. d. Mts. aufgebrochen, um die Quarz zu züchtigen, welche seinerzeit die Nachhut der Kolonne Gouraud angegriffen, einen Soldaten getötet und sechzehn Mann verwundet hatten. Gouraud und Dalbiez waren dem Feind, dem sie große Verluste zufügten, in die Berge zurück und beschossen die Quarz.

Der Berliner Bäckerstreik. — Sieg fällt auf der ganzen Linie!

Die Erfolge des Kampfes mehren sich unausgesetzt. Im Laufe des gestrigen Tages haben wieder 190 Betriebe mit 221 Bäckern, 11 Konditoren und 37 Lehrlingen die Forderungen bewilligt. Außerdem sind in Bäckereien, die bewilligt haben, 64 Bäder neu eingestellt. Im ganzen zählte die Lohnkommission bis gestern nachmittags 3 Uhr 2056 geregelte Betriebe mit 4043 Bäckern, 288 Konditoren und 529 Lehrlingen. Außer den letzteren sind also nunmehr 4331 Bäcker- und Konditorgehilfen zu den geforderten Bedingungen beschäftigt. — Von den 1122 Streikenden, die gestern gezählt wurden, sind 837 in geregelten Betrieben in Arbeit getreten, so daß noch 285 Streikende vorhanden sind. — 235 Händler ließen sich gestern Plakate und Legitimationskarten geben. Es sind jetzt 985 Händler im Besitz derselben.

Im Inseratenteil des „Vorwärts“ sind etwa 250 Betriebe mit geregelten Arbeitsverhältnissen mehr angegeben als in der vorstehenden Zusammenstellung. Das kommt daher, daß in dem Inserat die einzelnen Filialen der Großbetriebe aufgeführt werden. In den vorstehenden Angaben ist jeder Großbetrieb natürlich nur einmal gezählt.

Von irgendwelchen Gegenmaßnahmen der Innungen ist nichts zu merken. Die führenden Elemente sind allem Anschein nach von dem Erfolge der Arbeiter so überrascht, daß sie jeden Widerstand als nutzlos aufgeben. Was sollten die Herren auch tun, da sie ja keine Gefolgschaft haben. Hier und da suchen sich die Meister, die trotz alledem noch auf dem ablenkenden Standpunkt ausharren, zu helfen so gut oder so schlecht es gehen will. So wird uns gewissermaßen als Kuriosum mitgeteilt, daß der Hausbesitzer Wed in Rixdorf, Münchenerstraße 54, drei Tage lang seinem Mieter, dem Bäckermeister M a c h w i s, als Arbeitswilliger ausgedient hat und dann noch die Dreistigkeit besaß, für seinen Meister ein Bewilligungsplakat holen zu wollen. Natürlich ist diesem Muster eines Arbeitswilligen sein Versuch nicht geglückt.

In 34 Volksversammlungen, welche die Berliner Parteileitung gestern abend einberufen hatte, nahm die Bevölkerung des Streikgebietes Stellung zu dem Kampfe der Bäckerarbeiter, oder richtiger: die Bevölkerung bekräftigte durch ausdrücklichen Beschluß die Stellung, die schon von Anfang an zu dem Streik der Bäckerarbeiter betätigt wurde, indem sie ihren Bedarf an Backwaren nur in den Geschäften deckt, wo die Forderungen der Bäcker anerkannt sind. Zur tatkräftigen Unterstützung des Kampfes brauchte also die Arbeiterklasse nicht erst aufgerufen werden. Es galt vielmehr, den Konsumenten, die den Bäckerstreik so nachdrücklich durch Boykott unterstützen, die Situation zu schildern und sich ihrer Unterstützung im Kampfe auch für die Zukunft zu sichern.

Die Versammlungen waren durchweg gut, die meisten sehr stark besucht. Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten, auf deren Mitwirkung ja die Durchführung des Boykotts in erster Linie beruht. In verschiedenen Versammlungen traten auch Frauen als Rednerinnen auf und in fast allen Versammlungen waren Frauen an der Leitung beteiligt. — Die Referenten waren Genossen und Genossinnen, die in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung tätig sind. Da sie dem Bäckerberuf nicht angehören, so sind sie nicht un-

mittelbar an dem Streik interessiert. Aber doch trafen sie mit Sachkenntnis und großer Wärme für das Kampfesziel der Bäckerarbeiter ein, denn schließlich macht ja jeder Klassenbewußte Arbeiter die Sache seiner kämpfenden Klassen-genossen, welchem Beruf sie auch angehören mögen, zu seiner eigenen Sache. Beseelt von der Solidarität mit den um gerechte Forderungen kämpfenden Bäckerarbeitern zeigten die Referenten, wie die Arbeiter im Bäckergewerbe seit einer Reihe von Jahren mit zäher Energie für die Beseitigung eines veralteten, der Neuzeit nicht mehr entsprechenden Arbeitsverhältnisses wirken, wie es ihnen nach und nach gelungen ist, Stück für Stück des klauenähnlichen Verhältnisses, unter dem die Bäckergesellen zu leiden hatten, in hartem Kampfe gegen ein ungewöhnlich rückständiges Arbeitgeber-tum zu beseitigen und bessere Verhältnisse an deren Stelle zu setzen. Jetzt gilt es nun, eine der schwersten Fesseln des Bäckergesellen, den Kost- und Logiszwang, endlich völlig zu beseitigen und dem von den meisten Arbeitern anderer Berufe längst erreichten Ziele möglichst nahe zu kommen: Jede Woche ein Ruhegeld für die Bäckerarbeiter.

Die Versammlungsbesucher zeigten volles Verständnis für diese berechtigten Forderungen, und ihre Haltung ließ keinen Zweifel darüber, daß die Bevölkerung von Groß-Berlin fest entschlossen ist, sich in der bisherigen Weise an dem Kampfe der Bäcker zu beteiligen und nicht eher nachzulassen, als bis der Kampf mit einem vollen Siege beendet ist. Hat doch die konsumierende Bevölkerung, wie allgemein anerkannt wurde, ein lebhaftes Interesse daran, daß die Arbeiter, welche das tägliche Brot herstellen, nicht unter menschenunwürdigen Verhältnissen beschäftigt werden, denn nur von solchen Arbeitern, die sich infolge ausreichender Entlohnung auf eine höhere Kulturstufe schwingen können als die ist, auf der die Bäckerarbeiter zum Teil heute noch stehen, kann erwartet werden, daß sie Lebensmittel in hygienisch einwandfreier Weise herstellen.

Der Verlauf der Versammlungen war überall ein guter. Selbst in Stadtteilen, wo die Arbeiterbevölkerung nicht vorherrscht, waren die Versammlungen stark besucht. Man darf also annehmen, daß die Sympathie für den Bäckerstreik bis in die Reihen des Bürgertums reicht, wenn sie auch in der Hauptsache natürlich von der Arbeiterklasse befundet wird.

Einmütig wurde in allen Versammlungen die nachstehende Resolution angenommen:

Die heutige Volksversammlung verurteilt auf das schärfste das arbeitserfeindliche Verhalten der Bäckereinnungen, die in offener Scharfsmacherei und verwerflicher Doppeltzüngigkeit eine vernünftige Regelung der verkommenen Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien hintertreiben haben.

In letzter Linie ist das rückständige und zähe Festhalten an den alten, kulturwidrigen Zuständen im Bäckergewerbe seitens der Bäckermeister eine schwere Schädigung der allgemeinen Volksgesundheit sowie der konsumierenden Bevölkerung.

Die Ablehnung des vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällten Schiedsspruches, welcher diesen Zuständen etwas abhelfen sollte, ist daher eine Provokation der Konsumenten.

Die Versammelten sprechen den streikenden Bäckerarbeitern ihre vollste Sympathie aus und verpflichten sich, die Streikenden in ihrem Kampfe um erträgliche, gesundheitsvolle Arbeitsverhältnisse tatkräftig zu unterstützen und nur dort den Bedarf an Brot und Backwaren zu decken, wo die Forderungen der Bäckerarbeiter bewilligt werden.

sich diese Streikarbeit nicht gefallen, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Uebrigens ist die Lage des Kampfes unverändert und durchaus günstig für die Streikenden, die in unverbrüchlicher Einmütigkeit ausharren. Das bewies auch von neuem die Streikerversammlung, die gestern vormittag in den Andreas-Festjahren stattfand. Den Bericht gab der Verbandsvertreter Dietrich. Es wurde noch bemerkt, daß die Bauarbeiterschaft hier und da dem Streik nicht die erforderliche Beachtung schenkt. Der Streik erstreckt sich auf sämtliche Vauklempnereien Berlins und der Vororte mit Ausnahme von nur drei Firmen, die im ganzen 15 Mann beschäftigen, welche einen besonderen Ausweis von ihrer Organisation erhalten haben. Diese drei Firmen stehen in einem Tarifvertragsverhältnis und haben den Vertrag innegehalten, so daß bei ihnen kein Grund zur ArbeitsEinstellung vorlag. Bei allen übrigen Firmen wird also gestreikt, und demgemäß sind, von jenen vereinzelten Ausnahmen abgesehen, alle etwa hier oder da tätigen Vauklempner als Streikbrecher anzusehen. Es wird von der übrigen Bauarbeiterschaft erwartet, daß sie es in keinem Fall an der nötigen Solidarität fehlen läßt. Um eine bessere Kontrolle durchzuführen, ist das ganze Streikgebiet in Bezirke eingeteilt worden. Die Kleinmeister, die sich durch das Streikbrecherbureau der Unternehmer verleiten lassen, den Streikenden in den Rücken zu fallen, wird man sich wohl zu merken wissen. Aus den Reihen der Streikenden ist nicht ein einziger abtrünnig geworden, und die Hoffnung der Unternehmer auf eine ihnen günstige Wirkung des Monatsendes und des Pfingstfestes wird ohne Zweifel ins Wasser fallen.

Die Firma „Gräfin-Licht“, Alexandrinenstr. 105/106, ist für die Instandhaltung gesperrt. Die Firma hat versucht, die minimalen Löhne ihrer Arbeiter zu reduzieren und nach erfolgter Weigerung die Arbeiter einfach entlassen. Wir ersuchen alle Interessenten, bis zur Erledigung der Differenz die von der Firma kommenden Arbeiter nach der Legitimationskarte zu fragen. Wer nicht im Besitz einer Karte ist, gilt als Arbeitswilliger. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Kraftdroschkenfürer Groß-Berlins gegen das 24 Stundenfahren!

Eine Vertrauensmännerversammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Kraftdroschkenfürer Berlins und Umgegend, in der gegen 100 Wagen, darunter die namhaftesten, durch Delegierte vertreten waren, nahm gestern abend im Gewerkschaftshause zu dem Vierundzwanzigstundensfahren Stellung. Der Bevollmächtigte Weder führte aus, daß dieses Unwesen bisher trotz aller Verwarnungen und trotz der dadurch hervorgerufenen vielen Unfälle noch in 20 Wagen gang und gäbe sei. Es wurde beschlossen, unannäherlich gegen solche Wagenbesitzer vorzugehen, die dieses gefahrvolle Treiben nicht einstellen. Zunächst sollen deren Namen sowie die Nummern der Kraftdroschken Anfang nächsten Monats veröffentlicht werden, damit das Publikum sich selbst schützen könne gegen unheimliche Katastrophen, die durch ein so übermäßig ausgebeutetes Fahren durch einen übermüdeten Chauffeur herbeigeführt werden.

Die Buchdruckergehilfen der Druckorte Potsdam, Rowawes und Neubabelsberg, die bis jetzt dem Tarifkreis XI (Stein) angehören, sohten in einer am Sonnabend im Schmiedischen Saale in Rowawes stattgefundenen Versammlung den einstimmigen Beschluß, beim Tarifamt sowohl wie bei den Kreisämtern Berlin und Steintin die Angliederung an den Kreis VIII, dem sie bereits früher angehörten, zu beantragen. Durch den geforderten Anschluß hoffen sie bei der bevorstehenden Tarifrevision eine gerechtere Würdigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu erreichen als bisher.

Der Streik in den Vereinigten Berliner Metallwerken zu Niederlehme dauert fort. Täglich verlassen die lieben Arbeiter, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

beizuhaltenden die göstliche Stätte, und ist auch der beste Wachen nicht in der Lage, die Flucht aufzuhalten. Um wenigstens einen Teil zu erhalten, hat man den Lohn von 18 M. auf 21 M. pro Woche erhöht, bei freier Verpflegung. Der Kantinenwirt erhält jetzt 1,75 M. für die Verpflegung pro Mann und Tag. Will ein Arbeitswilliger das Eldorado verlassen, so wird von den Agenten eine Jagd veranstaltet, um ihn wieder einzufangen. Die zahlreich anwesenden Genarmen sind eifrig bestrebt, soweit irgend möglich, der Firma Arbeitswillige zuzuführen. In der Kalksteinfabrik vermutete man den Schiffern zu, Streitarbeit zu verrichten. Die Vorkleute lehnten dies ab und legten die Arbeit nieder. Jetzt sucht man in allen Gegenden, besonders in Schlesien, im Erzgebirge und im Brandenburgischen, durch die Provinzpresse Streikbrecher. Obgleich die Arbeitswilligen kaum 10 Pf. die Stunde bei Bezahlung in Afford verdienen würden, läßt man es sich pro Mann 5,25 M. pro Tag kosten, nur um nicht leistungsfähigen, eingeebneten Arbeitern 38 Pf. die Stunde zu zahlen. Doppelte Pflicht ist es jetzt, den Zugang fernzuhalten. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Steinseher ist plötzlich in Kassel ausgebrochen. Schon seit Wochen wurde zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern verhandelt wegen Abkühlung eines Tarifvertrages, der u. a. eine stoffweise Erhöhung des Stundenlohnes, bis zu 75 Pf. vorsieht. Die Unternehmer wollten zwar einen Tarif abschließen, nicht aber höhere Löhne bewilligen, und jetzt, da die Arbeiter auf ihrer berechtigten Forderung bestanden, drohten sie mit Aussperrung und Kürzung der Löhne! So blieb den also Bräskierten nichts weiter übrig, als ihr Recht mit Hilfe des Streiks durchzusetzen. Zugang ist fernzuhalten!

Der Streik der Steinseher in Gelsenkirchen ist nach fünfwochentlicher Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Erreicht wurde für die Steinseher eine Stundenlohnserhöhung von 8 Pf., für Marmorarbeiter und Schleifer eine solche von 5 Pf. Der Mindeststundenlohn beträgt für Steinseher jetzt 65 Pf., für Marmorarbeiter 61 Pf. und für Schleifer 57 Pf. Der abgeschlossene Tarif gilt bis 1. April 1913.

Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma A. Schreiber in Meer (Dittfriesland) stellten die Arbeit ein. Schon seit langer Zeit bemühten sie sich, eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Das Verlangen der Arbeiter aber scheiterte an dem Herrenstandpunkt des Inhabers der Firma; auch Verhandlungen waren ergebnislos. Beteiligt am Streik sind 107 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen. Zugang von Schlossern, Formern und sonstigen Metallarbeitern ist fernzuhalten.

Streik in den Leipziger Metallgießereien.

Etwa 400 Metallformer, Kernmacher und sonstige Gießereiarbeiter haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, um den eingereichten Tarif durchzudrücken. Von 88 in Betracht kommenden Firmen haben sechs bereits bewilligt; der Stand der Bewegung ist also günstig. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Ausstand in den Igl. Hofpianosortefabriken von Julius Blüthner in Leipzig hat infolge mit einem Erfolg geendet, als nach der Wiederaufnahme der Arbeit der entlassene Vorsitzende des Arbeiterausschusses wieder eingestellt worden ist. Die Holzarbeiter hatten die Arbeit niedergelegt, weil der Aufsichtsvorsitzende plötzlich und ohne Angabe von Gründen entlassen worden war.

Ausland.

Der Maurerstreik in Madrid.

Aus Madrid wird uns vom 23. d. Mts. geschrieben: Wie alle Streiks, ist auch der Maurerstreik in Madrid eine Frage der Ausdauer. Die Unternehmer warten darauf, daß die Fonds des Maurersyndikats sich erschöpfen, um alsdann die Aussperrung zu beenden.

Die Arbeiterorganisationen haben ihre finanzielle Lage regelmäßig veröffentlicht. Im Anfang dachte man, daß die 6500 streikenden Maurer mit dem zur Verfügung stehenden Fonds nur zwei Wochen aushalten könnten und daß durch die Opfer der anderen Arbeiterorganisationen diese Frist vielleicht auf drei, höchstens vier Wochen ausgedehnt werden dürfte. Diese Voraussetzung war jedoch nicht zutreffend. Erstens, weil es in der ersten Woche nicht nötig war, den Maurern finanzielle Hilfe zu geben, und zweitens, weil die spanischen Arbeiter sich der Wichtigkeit dieses Kampfes bewußt waren und sich aus diesem Grunde in ihren Unterstügungen sehr freigiebig zeigten.

Aus den vier Wochen, die man ursprünglich als Maximaldauer angenommen hatte, werden höchst wahrscheinlich sieben Wochen werden. Bis jetzt hat man die besonderen Reservesfonds noch nicht berührt. Die Unternehmer haben alles Mögliche getan, um die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter zu erhöhen. Die wenigen Unternehmer, welche die Organisationsbedingungen angenommen haben, können kein Baumaterial erhalten und sind so genötigt, ihren Arbeitern zu kündigen.

Die Ausdauer und die Opferwilligkeit der Streikenden hat die Unternehmer überrascht; denn sie dachten nicht, daß eine solche Ausdauer möglich wäre. Wenn man bedenkt, daß die Vergarbeiter in Bilbao im vorigen Jahre mit 20 Pf. täglicher Unterstützung über zwei Monate gegen die Unternehmer im Kampfe ausgehalten haben, kann man hoffen, daß eine gute Arbeiterorganisation wie die der Madrider Maurer siegreich sein wird.

Letzte Nachrichten.

Mexiko nach dem Friedensschluß.

New York, 30. Mai. (B. Z. W.) In Cholula ist, wie aus Puebla in Mexiko gemeldet wird, in der vergangenen Nacht ein Aufruhr ausgebrochen. Vierzig Personen wurden getötet, mehrere Kaufhäuser, Regierungsgebäude und Privathäuser geplündert. Der Pöbel hat die Herrschaft an sich gerissen. Die Stadt ist in Gefahr völlig zerstört zu werden, da die Aufständischen sie in Brand gesteckt haben.

Erdbeben.

Wachen, 30. Mai. (B. Z. W.) Heute abend zwischen 8 1/2 und 9 1/2 Uhr sind hier mehrere heftige Erdstöße verspürt worden, infolgedessen Gegenstände in den Wohnungen ins Schwanken gerieten. In der nahegelegenen Waldschänke fielen bei einem der Erdstöße Gegenstände von den Wänden.

Tragischer Zwischenfall bei der Beistkonferenz.

Brüssel, 30. Mai. Die „Agence d'extrême Orient“ meldet aus Peking: Jetzt erfährt man, daß sich während der Beistkonferenz in Peking ein tragischer Zwischenfall zugetragen hat. Ein deutscher Arzt, der an der Konferenz teilnahm, wurde plötzlich wahnsinnig und nahm Gift. Der Vorfall wurde bis jetzt streng geheim gehalten.

Vierzehn Arbeiter durch Mißschlag verletzt.

Brüssel, 30. Mai. (B. Z. W.) Zu Darmignies schlug der Blitz heute nachmittag in die Kirche, in mehrere Häuser und in eine Hütte ein, in der vierzehn Arbeiter Schuß gesucht hatten. Sämtliche Arbeiter wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Großer Brand.

Umea (Schweden), 30. Mai. (B. Z. W.) In einer Möbelfabrik zu Raesland brach heute nachmittag 2 1/2 Uhr Feuer aus, das schnell um sich griff und bald die ganze Stadt bedrohte. Bis 6 Uhr waren außer der Möbelfabrik mit Möbeln und Holzlagern sechs Gebäude eingestürzt. Um 7 Uhr war die Feuerwehre des Ortes Herr geworden. Außer der Möbelfabrik sind noch elf Wohngebäude den Flammen zum Opfer gefallen.

Gewerkschaftliches.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1910.

In einem 216 Seiten starken, mit Tabellen und graphischen Darstellungen reich ausgestatteten Jahrbuche berichtet der Deutsche Textilarbeiterverband über seine bisherige Entwicklung und Tätigkeit, im besonderen über die im letzten Jahre. Nach dem Kassensbericht ist das Vermögen der Hauptkasse in dem Geschäftsjahre von 500 544 M. auf 910 694 M. gestiegen. Der Kassenbestand der Ortsverwaltungen sank von 197 345 M. auf 188 383 M.

An Streikunterstützung zahlte die Hauptkasse 285 582 M., die Lokalkassen 34 763 M., zusammen 320 345 M. Davon entfielen auf Streikunterstützung für eigene Streiks 244 238 M., 30 000 M. auf die anderer Berufe, 3000 M. auf das Ausland und 8344 M. als Beitrag an den internationalen Streikfonds. Für Krankenunterstützung wurden aus der Hauptkasse 274 038 M., aus den Lokalkassen 1891 M. gezahlt, an Arbeitslohnunterstützung wurden von der Hauptkasse 100 390 M., von den Lokalkassen 1549 M. ausgegeben. Am Jahreschluß waren 337 Verwaltungsstellen mit 117 254 Mitgliedern vorhanden, wovon 76 552 männliche und 40 702 weibliche gezählt wurden. Neu gegründet wurden 29 Filialen, 8 gingen ein, 10 wurden mit anderen vereinigt.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen fanden im Jahre 1910 insgesamt 210 statt, die sich auf 128 Orte mit 2151 Betrieben und 90 173 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. Von den Arbeitern wurden Forderungen an die Unternehmer gestellt: in 158 Fällen, in 88 Orten, in 1800 Betrieben mit 84 727 Beschäftigten. Von den Unternehmern wurden Forderungen an die Arbeiter gestellt: in 52 Fällen, in 40 Orten, in 261 Betrieben mit 25 452 Beschäftigten. Die Bewegungen insgesamt verteilten sich auf:

82 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 82 625 Beteiligten; 31 Lohnbewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen mit 1124 Beteiligten; 26 Angriffstreiks mit 4752 Beteiligten; 20 Abwehrstreiks mit 1649 Beteiligten; 11 Aussperrungen mit 3426 Beteiligten. Die Bewegungen endeten: in 136 Fällen mit 25 591 Beteiligten erfolgreich, in 56 Fällen mit 14 892 Beteiligten mit teilweisem Erfolg, in 18 Fällen mit 3303 Beteiligten erfolglos. Bei den Bewegungen wurde erreicht: für 14 227 Personen 32 506 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, für 25 316 Personen 30 444 M. Lohnserhöhung pro Woche, für 18 003 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. Es wurde abgewehrt für 361 Personen 1049 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche, für 910 Personen 1553 M. Lohnreduktion pro Woche, für 1807 Personen sonstige Verschlechterungen.

Bei diesen 210 Bewegungen wurden insgesamt 156 Tarife für 6094 Personen abgeschlossen.

Berlin und Umgegend.

Der allgemeine Streik der Bauklempner Groß-Berlins

wird mit unverminderter Kraft und Einmütigkeit fortgesetzt. Die Zahl der Streikenden hat sich in den letzten Tagen noch vermehrt und wird jedenfalls noch weiter steigen, da die Arbeit auch bei allen den Kleinmeistern niedergelegt wird, die sonst keine Bauarbeit machen, jetzt aber für ihre großen Kollegen von der Baubranche Streikarbeit leisten. Die Bauklempnermeister suchen auf diese Weise ihre eiligen Arbeiten fertigzustellen und zahlen den arbeitswilligen Kleinmeistern 1,25 M. die Stunde, während sie vor dem Einigungsamt nur mit Mühe und Not für einen Stundenlohn von 76 Pf. zu haben waren. Selbstverständlich lassen die Streikenden

Reichstag.

187. Sitzung vom Dienstag, den 30. Mai, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim dritten Buch:

Unfallversicherung.

Abg. Fintel (natl.) begründet zu § 560 einen Antrag, der eine besondere Berufsgenossenschaft für den Detailhandel wünscht.

Abg. Dr. Fothhoff (Sp.) unterstützt den Antrag und weist auf die Notwendigkeit hin, das Gastwirts-gewerbe in die Unfallversicherung einzubeziehen.

Abg. Hosh (Soz.)

begründet den Antrag, zuzufügen „oder später unterhalten müßte“.

Ministerialdirektor Caspar bittet, den Antrag abzulehnen. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Stadthagen (Soz.)

„Sich gewöhnlich im Inland aufhalten“ heißt doch, mindestens dreimal im Inland sein. Sie verlangen also, daß ein Ausländer, der seinen Ernährer durch einen Unfall verliert, zur Zeit dieses Todes mindestens dreimal im Inlande ist.

Abg. Wassermann (natl.) wünscht den § 640 zu streichen, wonach für Schiffsbetriebe des Staates oder Reiches dieses der Versicherungsträger ist.

Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen den Antrag. Abg. Trimborn (Z.) erklärt sich für den Antrag.

Abg. Wollensbühr (Soz.)

Der Transport wird immer mehr zum Großbetrieb und daher befinden sich die Kleinschiffer in Not. So sehr die Zentralisierung der Schleppliffahrt im Zuge der Entwicklung liegt, so ist doch nicht einzusehen, warum der staatliche Betrieb aus der allgemeinen Versicherung herausgenommen werden soll.

Abg. Göttsch (Sp.) empfiehlt ihn. Der Antrag auf Streichung des § 640 wird abgelehnt, der auf Einführung des § 640a wird angenommen.

Im § 847 heißt es: „Unfallverhütungsvorschriften können auch für einzelne Bezirke, Gewerbezweige und Betriebsarten erlassen werden“.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) hinter „Unfallverhütungsvorschriften“ einzuschließen: „und alle sonstigen zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften der betreffenden Betriebe“.

Abg. Sacke (Soz.)

Unfallverhütungsvorschriften gibt es im Bergbau nicht; soll für den Bergbau nicht ein Ausnahmegesetz geschaffen werden, so muß auch für die Bergarbeiter bestimmt werden, daß Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassen werden.

Es läuft ein Antrag Korfanty (Vole) ein, hinter „Unfallverhütungsvorschriften“ einzuschließen: „und die diese ersetzenden bergbaupolizeilichen Verordnungen“.

Ministerialdirektor Caspar (im Zusammenhang unverständlich) wendet sich gegen die Anträge.

Abg. Göttsch (Sp.): Ich habe in der zweiten Lesung angenommen, daß die bergbaupolizeilichen Verordnungen ohne weiteres von dieser Bestimmung mitgetroffen werden.

Abg. Korfanty (Vole) schlägt sich dem Vordrucker an. Staatssekretär Delbrück: Bei einer gesetzgeberischen Bestimmung über Unfallverhütung dürfen nicht allgemeine Vorschriften erlassen werden, die in das Recht der Bundesregierungen auf dem Gebiete der Polizeigehebel in dieser Weise eingreifen.

Abg. Hosh (Soz.)

Solche Eingriffe haben wir ja auch bei der Gewerbeordnung, warum nicht auch hier. Uebrigens ist ja auch schon in diesem Gesetz bestimmt, daß zum Beispiel die Innungskrankenkassen, wenn sie mit 6 Prozent Beiträgen die Regelleistungen nicht leisten, Zuschüsse von den Innungen zu erhalten haben.

Abg. Göttsch (Sp.): Auch ich muß dem Staatssekretär entschieden widersprechen, daß solche Bestimmung nicht zulässig wäre.

Abg. Sacke (Soz.)

Das Reichsversicherungsamt berichtet, es hätte mehrfach von Anknüpfungsberechtigungen die Einführung von Unfallverhütungsvorschriften verlangt, aber vergeblich, die Anknüpfungsberechtigungen hätten sich darauf berufen, daß sie die genügende bergpolizeiliche Vorschriften hätten, welche die Unfallverhütungsvorschriften ersetzen.

Staatssekretär Delbrück: Die Beziehung auf die Gewerbeordnung ist unzutreffend, denn das Bergpolizeirecht unterliegt der Kompetenz des Reiches, das Bergpolizeirecht dagegen der Kompetenz der Bundesstaaten.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Der Antrag Korfanty wird angenommen.

Zu § 806 war in der zweiten Lesung eine vom Abg. Frank-Rammheim (Soz.) beantragte Fassung angenommen, durch welche verhindert werden soll, daß Angehörigen von verheirateten Verletzten der zivilrechtlichen Anspruch gegen den sachlässigen Unternehmer abgesprochen wird, wie die Kommissionsvorlage tat.

Es liegt ein Kompromißantrag Schulz vor, die Kommissionsfassung wieder herzustellen.

Abg. Stadthagen (Soz.)

Bei der Annahme des Antrages Frank in der zweiten Lesung hat die Mehrheit selbst erklärt, daß die Kommissionsfassung eine schamlose Vergewaltigung

der Angehörigen von Arbeitern ist. (Unruhe bei der Mehrheit.) Wenn durch einen Unfall bei einem Bau, der durch Fahrlässigkeit des Unternehmers hervorgerufen ist, zwei Leute zu Tode kommen, ein Passant und ein Arbeiter, so soll der Vater des Passanten auch weiter vollen Schadenersatz bean-

spruchen dürfen, der Vater und die Mutter des Arbeiters dagegen sollen solchen zivilrechtlichen Anspruch nicht haben, selbst dann nicht, wenn der Unternehmer wegen fahrlässiger Tötung zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar (im Zusammenhang unverständlich) tritt für den Antrag Schulz ein.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

Es handelt sich hier nicht um eine Erbschaftspflicht der Berufsgenossenschaften, sondern der Unternehmer. Im wesentlichen kommen hier die Ausländer in Betracht. Die Angehörigen eines Ausländers bekommen keine Rente, und nun sollen sie auch noch keinen zivilrechtlichen Anspruch haben, wenn ihr Ernährer durch einen Betriebsunfall zu Schaden kommt.

Abg. Stadthagen (Soz.)

Der Regierungsvertreter vertritt ganz, daß es sich um solche Fälle handelt, in denen keine Entschädigung und keine Rente bezahlt wird. Der Ministerialdirektor fährt aus, es sei ein später eintretendes Ereignis, wenn ein durch Unfall getöteter Mann später einmal die Eltern hätte ernähren müssen und hierfür könne der Unternehmer nicht haftbar gemacht werden.

Ministerialdirektor Caspar: Der Unternehmer, der regelmäßig seine Beiträge zur Unfallversicherung zahlt, soll gegen alle Schadenersatzansprüche geschützt werden, soweit er nicht vorläufig den Unfall herbeigeführt hat.

Abg. Dove (Sp.) bittet dringend, den Beschluß zweiter Lesung aufrecht zu erhalten.

Abg. Wollensbühr (Soz.)

Es wäre ein großes Unrecht, wenn man nach Absicht des Kompromißantrages die Schadenersatzpflicht des Unternehmers einschränken würde. Die große Sorge um die Leistungsfähigkeit der Unternehmer scheint den Antragstellern wichtiger zu sein, als das Wohl und Wehe der Familien, die durch grobe Fahrlässigkeit von Unternehmern ihrer Ernährer beraubt werden.

Abg. Dr. Fothhoff (Sp.) tritt ebenfalls für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung ein. Er wird von der Mehrheit mit 148 gegen 100 Stimmen angenommen.

Die Theaterfaison.

Statt besonderer Anzeige... Weilsbesuche dankend verbleiben! ... Sie ist tot — und wir können ihr eine Rede halten, ohne uns aufzuregen.

Was sie brachte, war vorherzusagen, als sie geboren wurde. Sie hat keine Versprechen gebrochen, weil sie nichts zu versprechen hatte. Sie hat nicht „enttäuscht“, weil man von einer Schwerekranken keine kräftigen, einschneidenden Taten erwartet.

Sie ist tot, und auch die nächste Saison wird genau so kraftlos und wertlos verlaufen. ... Damit könnte ich aufhören. Als Ragit der Rechnung hat die heutige Bühne für einen denkenden Sozialdemokraten nur ein nebensächliches Interesse.

Sie ist tot, und auch die nächste Saison wird genau so kraftlos und wertlos verlaufen. ... Damit könnte ich aufhören. Als Ragit der Rechnung hat die heutige Bühne für einen denkenden Sozialdemokraten nur ein nebensächliches Interesse.

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

zähmer, verlebter, leidenschaftloser. Nach den Erscheinungen der Bühne zu urteilen, der Bühne, die ein Spiegel der Gesellschaft heißt, befinden wir uns im Schlaraffenland der Wohlzuredenheit, geistigen Ruhe, gesellschaftlichen Gleichgewichts, wollen wir uns ausschließlich „amüsieren“ und über Aberrationen zu soundsoviel Marx pro Plaz (Garderober extra) lachen.

So sehr sind die Theater und die durch Gott gesegneten Dichter der Gesellschaft, deren Wünschen, Bestrebungen und Wirklichkeit entfremdet, daß die Kunst solch einer Saison dem Spiel eines Bezierspiegels des Lunaparks gleicht.

Der Versuch man in „geschlossenen Kreisen“, außerhalb des Machtbezirks des Polizeigenossens, Kunst zu verabschieden, erscheint der eine oder andere literarische Verein auf der Bildfläche (man denke an „Pan“), dann bleibt es das alte Liebespiel, Aepfel von demselben Baum. Frucht, die sich nur durch stärkere Deladen, stärkere Maniertheit, tödlichere Auswüchse von den anderen Früchten unterscheidet. Den Kunstmännern von heute, den Dichtern mit Namen, den Snobs und Sensationsliebenden ist alle proletarische Kunst mehr denn gleichgültig.

Ihr Klasseninteresse bedingt das. Vom Bourgeoisstandpunkt aus betrachtet, ist kaum etwas dagegen einzunehmen, daß der Zensur einen Teil der edlen, schönen Kunst auf den Brettern zu verbieten trachtet, wofür die Bourgeoisvereine sich „revolutionär“ einsetzen!

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

chied zwischen bürgerlicher und proletarischer Kunst angedeutet. Man hat dem modernen Proletariat (selbstverständlich nicht zu verwechseln mit dem Mann „mit der schwierigen Faust“) seinen Unterricht „von oben herab“ zu geben, sein Klasseninstinkt betrügt es selten — es wäre denn, daß der Klassenstandpunkt eine Phrasen sei... Der „sozialistischen“ Auffassung dieses Autors stelle ich die Meinung einer vortrefflichen Genossin gegenüber, einer der Wenigen, die über Fragen proletarischer Kunst mit tiefer Einsicht nachgedonnen haben.

„Es gibt ein bekanntes Wort, das sagt, daß Dichter nichts von der Politik verstehen; in sie eingegriffen, gerichte ihnen nur zum Unglück, und sie selbst richteten in ihr nur Schaden an. Das mag schon stimmen — für bürgerliche Politik, wie für bürgerliche Dichter. Denn es ist vollkommen wahr, daß die idealen Bestrebungen des Dichters in der Sphäre der bürgerlichen Politik notwendig in Konflikt kommen mit dem Charakter der rückwärtselosen Selbstsucht, der kalten Grausamkeit, der niederträchtigen Heuchelei, die dieser Politik eigen sind.“

Die bürgerliche Politik ist hundsstößliche Gemeinheit, unter den fadenscheinigen Decke „ewiger Wahrheiten“ dürstig versteckt. Der Dichter, der sich in diese Politik begibt, hat keine andere Wahl, wie die, ein unklarer Ideologe oder ein unaufrichtiger Phrasenredner zu sein, sich selbst oder andere zu betrügen. Er geht daran unter. Anders dort, wo der Dichter sich zum proletarischen Klassenbewußtsein, zur proletarischen Politik erhebt. Hier sind Prinzip und Leben im Einklang, stimmen Ideen und Taten überein. Hier ist keine Heuchelei des „allgemeinen Wohles“, womit die tatsächliche Klassenelbstsucht überdeckt wird, hier ist das erhebende Bewußtsein, daß der Kampf für die Klasseninteressen gleichzeitig den Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt, für ein allgemein höheres menschliches Sein bedeutet.“

Auf scharfsinnige Weise trennt diese Genossin die Begriffe bürgerlicher und proletarischer „Politik“, im Zusammenhang mit bürgerlichen und proletarischen Dichtern. Ganz richtig sagt sie bei der Besprechung Gorkis als proletarischen Literaturkritikers: „Gorki weiß, daß ihn alle beschränkten Ideologen zweifellos mißverstehen und anklagen werden, er weiß, wie die Kleinbürger zur Literatur wie zu etwas Heiligem, Hebermenschlichem, über der Gesellschaft Stehendem aufblicken, auf das man die gemeinen Kategorien des politischen Lebens nicht anwenden soll. Er weiß aber auch, wie fürchtbare Feinde des Lebens, der revolutionären Tatkraft die Kleinbürgerlichen Anschauungen sind.“

Stehet ich nach diesem Bistat allein mit meiner Ansicht, daß mir ohne Scheu, ohne Anbetung über die bürgerliche Kunst urteilen müssen? Und ist es nicht tief befallend, daß Genossen einander in den Haaren liegen über Dinge, die die Basis unseres ästhetischen Denkens sein sollten?

Wäge in der nächsten Theaterfaison die „bürgerliche“ Kunst aus unseren Reihen heraus etwas weniger beweishäufiger werden! Dann wird für mich und andere weniger Grund zum Besimmsud vorhanden sein.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

„Etwas anderes aber ist es mit dem Kritiker,“ sagte der Schreiber des Artikels: „der vom Standpunkte eines angenommenen Massenbewußtseins aus alle bisherige Kunst als „bürgerlich“ verurteilt.“

Die Saison ist tot — und für uns auch darum jämmerlich tot, weil noch die Vereine, die auf unserem Standpunkt stehen, deren Mehrheit sozialdemokratisch denkt und fühlt, auf dem Wege der bürgerlichen Theater ruhig einherschreiten.

Der Kompromissantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 97 Stimmen angenommen. Die Kommissionsfassung ist also wiederhergestellt.

Zu den §§ 94 u. ff. hat Abg. Doerksen (Sp.) mit Unterstützung einiger Reichsparteier, Antikemiten, Zentrumsmänner und Nationalliberalen sowie der Polen und Freiwillichen seinen in zweiter Lesung abgelehnten Antrag wieder eingebracht, die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften nicht nach dem Grundsteuerreinertrag, sondern nach den Arbeitslöhnen zu bemessen.

Württemberg. Bundesratsbevollmächtigter Frhr. v. Boden bittet namens der württembergischen Regierung um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Heim (B.) schließt sich dieser Bitte an. In Preußen mag das Unfallgesetz, wie der Antrag Doerksen es vorschlägt, sich empfehlen; bei uns in Bayern nicht.

Abg. Doerksen (Sp.) [von der Rechten mit Lärm empfangen] tritt für seinen Antrag ein.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Doerksen mit 170 gegen 126 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Bei § 967 ist in zweiter Lesung auf Kommissionsantrag beschlossen worden, daß das Reichsversicherungsamt bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, deren Wahlen nicht zustande kommen, nicht berechtigt sein soll, an Stelle der Genossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen.

Abg. Hedrich (Sp.) begründet einen Antrag Ablass auf Streichung dieser Bestimmung. Wenn die Genossenschaftsorgane gewerblicher Berufsgenossenschaften fehlen, so übernimmt das Reichsversicherungsamt ihre Funktion. Aber bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften soll dies nicht der Fall sein. Die Räte des Reichsversicherungsamts, mit dem Präsidenten an der Spitze, hätten noch in letzter Stunde erscheinen und gegen diese ungeheure Bestimmung protestieren sollen. Ein sozialdemokratischer Redner hat mit Recht an das Kaiserwort von 1890 über die Notwendigkeit von Unfallverhütungsvorschriften erinnert. Herr v. Oldenburg sprach neulich von der Kaiserstandarte. Will die Rechte sich nicht hier um die Kaiserstandarte kümmern? (Bravo! und Sehr gut! links.)

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird vom Abg. Hedrich zurückgezogen. (Bravo! rechts.) Der Antrag Ablass wird gegen Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale und Polen abgelehnt.

Der Rest des dritten Buches wird debattelos erledigt.

Die ersten Paragraphen des vierten Buches, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, regeln die Versicherungspflicht.

Abg. Dr. Potthoff (Sp.) beklagt, daß auch hier die Interessen der Privatbeamten geschädigt worden sind.

Abg. Weisberg (B.) beklagt die Nichtinbeziehung der Heimarbeit. Hoffentlich werde bald das Versäumnis nachgeholt.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Welch ein tief bedauerlicher Mangel. Aber wer ist Schuld daran? Niemand anders als das Zentrum.

Wir hatten ausdrücklich die Einbeziehung der Heimarbeiter beantragt. Das Zentrum hat gegen diesen Antrag gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Heraushebung der Einkommensgrenze bei der Krankenversicherung hätte logischerweise auch eine Heraushebung der Einkommensgrenze bei der Invalidenversicherung zur Folge haben sollen. Man hat so viel von einer Vereinheitlichung der Versicherungsgesetze gesprochen und man hat nicht einmal in diesem Punkte eine Einheitlichkeit zu erzielen gewußt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Die Heraushebung der Einkommensgrenze für die Invalidenversicherung ist zurzeit nicht angängig. — Die Einbeziehung der Heimarbeiter in diese Versicherung, obwohl an sich wünschenswert, scheiterte an verfahrenstechnischen Schwierigkeiten. Die Regelung dieser Frage wird im Hausarbeitsgesetz verknüpft werden, das im Herbst den Reichstag beschäftigen wird.

Abg. Weder-Arnberg (B.): Auch das Zentrum hat in der Kommission einen Antrag auf Einbeziehung der Heimarbeiter gestellt, hat aber keine Mehrheit dafür gefunden.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

In der Kommission hat das Zentrum einen solchen Antrag eingebracht; aber im Plenum hat es gegen unseren Antrag gestimmt. (Hört! hört!) Die Schwierigkeiten werden immer vorgeführt, wenn es gilt, die Vergrößerung einer Reform zu rechtfertigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Die betreffenden Paragraphen werden unverändert angenommen.

Bei § 1240, der die Definition des Begriffs „invalid“ enthält, begründet

Abg. Wollenbuhr (Soz.)

einen Antrag auf eine anderweitige Fassung und weist darauf hin, daß die in zweiter Lesung aufrechterhaltene Kommissionsfassung, abgesehen von Ungenauigkeiten und Unstimmigkeiten, eine gewisse Rücksicht der Gerechtigkeit verrät.

Der Antrag wird abgelehnt.

Bei § 1242 liegt ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre vor.

Abg. Busold (Soz.):

Die Herren von der Rechten haben sich inzwischen dem Gewicht unserer Gründe gefügt. Die stellte sich doch bei der zweiten Lesung der Abgeordnete Weder, der wackerer Arbeitervertreter hin und hielt eine Rede, die den wohlwollenden Beifall des Herrn v. Camp fand. Manchem christlichen Arbeiter werden die Augen übergegangen sein, als er diese Rede las und das begeisterte Lob, das Herr v. Camp ihr spendete. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Dem „christlichen“ Arbeitervertreter gefiel die Weisheit Caspar bei und führte finanzielle Gründe ins Feld, deren Bedenklichkeit von meinem Freunde Wollenbuhr und anderen überzeugend nachgewiesen wurde. Man hat so viel von dem Sturm auf die Invalidenrente gesprochen und man hat, damit nur ja niemand zu Unrecht eine Invalidenrente bekommt, das berücksichtigte

System der Rentenquetschen

eingeführt. Das allerbeste Mittel aber, um den Andrang zu den Invalidenrenten zu vermindern, ist die Herabsetzung der Altersgrenze. Mancher 63- oder 64jährige wird auf seine Invalidenrente verzichtet, wenn er mit dem 65. Jahre seine Altersrente erhält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es bekommt ja auch nach unserem Antrag keineswegs jeder 65jährige die Altersrente, sondern nur der, der genügend Marken gesammelt hat.

— Die Herren Stresemann und Brünn, die bei der zweiten Lesung für die Herabsetzung eintraten, meinten, der Arbeiter solle ebensogut pensioniert werden, wie der Beamte. Ich, von einer „Pensionierung“ und einem „sorgenlosen Lebensabend“ kann angesichts dieser großen Werte wirklich nur ein Optimist sprechen. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich möchte der Bezug der Altersrente noch viel früher eintreten, aber wir wollen keine Anträge stellen, die man als unausführbar bezeichnen könnte. Die Herabsetzung der Altersrente auf 65 Jahre haben früher alle Parteien für dringend notwendig erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Weder aber erklärt, andere Forderungen seien viel dringender, z. B. ein Ausbau des Heilverfahrens. Ja, das hätte einen Sinn, wenn nur das Zentrum wenigstens für diese anderen von ihm als dringend erklärten Forderungen eingetreten wäre. Aber gerade Herr Weder hat in der Kommission gesagt: viel wichtiger als das Heilverfahren ist die Herabsetzung der Altersrente. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der zweiten Lesung hat Herr Delbrück erklärt, diese Herabsetzung könne in diesem Stadium nicht gewährt werden, weil sonst weitere unerfüllbare Forderungen kommen würden. Nun jetzt sind wir am Schluß der Beratung, jetzt können keine unerfüllbare Forderungen mehr gestellt werden, daher fällt dieser einzige Grund des Staatssekretärs fort. Man kommt uns nicht mit den Kosten. Die 9 Millionen, die hier vielleicht in Betracht kommen, müssen aufzubringen sein. Beweisen Sie hier auch nur den zehnten Teil der Opferwilligkeit, die Sie mit der Bewilligung von hundert Millionen bei der letzten Heeresvorlage gezeigt haben. (Beifalls Bravo!)

Abg. Dr. Potthoff (Sp.): Auch meine Freunde werden wie in zweiter Lesung für die sofortige Herabsetzung der Altersgrenze eintreten. Für den Fall, daß dieser Antrag, was wir nicht hoffen, abgelehnt werden sollte, beantragen wir, diese Herabsetzung vom 1. Januar 1917 an zu beschließen, weil das der Zeitpunkt ist, wo bei Zustandekommen der Privatbeamtenversicherung die ersten Altersrenten im 65. Jahre an Privatbeamte gezahlt werden. Der Kompromissantrag der Mehrheit, beim Einführungsgezet einen Artikel anzunehmen, wonach der Bundesrat im Jahre 1916 dem Reichstag, die Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat, ist ganz wertlos und soll nur das Volk darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit auch für die wichtigsten Verbesserungen nicht zu haben ist. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Spahn ruft nachträglich den Abg. Busold zur Ordnung, weil er den Abg. Weder mit einem Streifbretter Dinge verglichen habe.

Abg. Schürmer (B.) erklärt, daß seine Freunde die Anträge auf Herabsetzung der Altersgrenze ablehnen würden, protestiert gegen den Ton, den Abg. Busold gegen den Abg. Weder angeschlagen habe, und wirft den Sozialdemokraten politische Brunnenvergiftung vor. Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe im Namen der verbündeten Regierungen zu erklären, daß sowohl der sozialdemokratische wie der freisinnige Antrag für die Regierung unannehmbar ist. Wir können eine neue Belastung des Reiches, ohne daß wir wissen, wie die Deckung geschaffen werden soll, nicht zulassen. Würde also einer dieser Anträge angenommen, so wäre die Reichsversicherungsordnung gescheitert. (Hört! hört! links.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Ich erwarte, daß die Regierung diese bündige Erklärung, daß sie keine Verbesserungen der Arbeiterversicherung zulasse, wenn nicht die Deckung für die Ausgaben gesichert sei, auch bei der nächsten Militärvorlage wiederholen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bezeichnend war, daß das Zentrum schon umfiel, bevor die Regierung ihr Unannehmbar erklärt hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.):

Herr Schürmer sollte, statt sich hier über unseren Ton zu beklagen, lieber dafür sorgen, daß sein Fraktionsgenosse Weder nicht Arbeiterforderungen mit unwahrscheinlichen Argumenten bekämpft. Seine widerspruchsvolle Stellungnahme in der Kommission und im Plenum, wie sie mein Kollege Busold gekennzeichnet hat, beweist eine geradezu unerhörte Doppeltungelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten; Lurche im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Spahn ruft den Abg. Hoch zur Ordnung und erklärt eine Bemerkung des Abg. Schürmer über die politische Brunnenvergiftung der Sozialdemokratie für unzulässig.

Die Abstimmungen über die Anträge Albrecht (Soz.) und Dr. Potthoff (Sp.) sind namentlich. Sie werden abgelehnt, der erste mit 170 gegen 119 Stimmen bei 9 Enthaltungen, der zweite mit 166 gegen 120 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

Bei § 1243 begründet

Abg. Stadthagen (Soz.)

einen Antrag, die Witwenrente nicht nur „dauernd invaliden“ Witwen, sondern allen Witwen zu gewähren. Der Beschluß der Mehrheit bedeutet einen Hohn auf eine Witwenversicherung, denn die dauernd invaliden Witwen machen nur vielleicht 3-7 Proz. aller Witwen aus. Es liegt hier der Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens vor, eine Verzehrung der Kräfte der Armen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 1277 und folgende bestimmen die Höhe der Hinterbliebenenrenten.

Abg. Cuno (Sp.): Diese karglichen Renten soll erst nach langen Jahren in Kraft treten. Das hat ursprünglich niemand annehmen können; es handelte sich also um eine Entfremdung des deutschen Volkes. Erst durch das Einführungsgezet wird diese Tragweite des § 1277 klar; wir werden deshalb beantragen, die Abstimmung über die Reichsversicherungsordnung im ganzen erst nach der zweiten Lesung des Einführungsgezetes vorzunehmen.

Ministerialdirektor Caspar: Es ist verfahrenstechnisch selbstverständlich, daß die Renten erst nach einer gewissen Wartezeit bezahlt werden. Demgegenüber stellen die Bestimmungen des Einführungsgezetes sogar ein weitgehendes Entgegenkommen dar.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Niemand konnte annehmen, daß die Renten an die Hinterbliebenen in voller Höhe erst nach Ablauf einer längeren Reihe von Jahren gezahlt werden sollen. Selbst als das Einführungsgezet uns zuzuging, konnte dies niemand annehmen, auch da waren keine Daten eingeklagt, erst in der Kommission ist bestimmt worden, daß nur die Beiträge für die Witwen- und Waisenaussteuer anzurechnen sind, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet sind. Heute hat jede Witwe, nicht nur die invaliden, einen Anspruch auf Rückgewähr eines Teiles der Beiträge ihres Mannes. Diese Beitragserstattung betrug im Durchschnitt 110 M.

Diese 110 M. werden jeder Witwe genommen und dafür werden ihr nach vielen Jahren ein paar Pfennige gegeben. Das ist keine Wohltat und kein Geschenk für die Witwen, sondern ein gutes Geschäft für die Versicherungsanstalt. (Beifalls Zustimmung links.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Nach dem Wortlaut des § 1277 möchte man annehmen, daß die Hinterbliebenenrente sofort in Kraft treten. Versicherungstechnisch sind unsere Versicherungsgesetze überhaupt nicht aufgebaut worden, speziell nicht bei der Einführung. § 1277, zu dem eine Abänderung nicht beantragt ist, wird angenommen.

Bei § 1341 bemerkt

Abg. Weder (B.), er sei in der Kommission nicht gegen, sondern für eine Ausdehnung des Heilverfahrens eingetreten.

Abg. Busold (Soz.): Ich habe von meinen Ausführungen gegenüber Herrn Weder nichts zurück zu nehmen. Für die Ausdehnung des Heilverfahrens ist es erst nach unseren Angriffen auf seine vorher entgegengesetzte Stellung eingetreten.

Der Rest der Reichsversicherungsordnung wird debattelos angenommen. Die Gesamtbestimmung ist eine namentliche. Sie ergibt die

Konkurrenz des Gesetzes mit 232 gegen 58 Stimmen bei 15 Enthaltungen.

Von den Freisinnigen stimmen u. a. dagegen die Abgg. Dohren, Hoffmeister, Potthoff, Hegler, Wotheim, Schrader, Stengel, Kommissen. Die Polen enthalten sich der Abstimmung.

Das Resultat der Abstimmung wird von der Rechten mit lebhaftem Beifall begrüßt, daß die Sozialdemokraten mit Zischen erwidern.

Es folgt die

zweite Beratung des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung.

Kritik 30 unterliegt in der Kommissionsfassung der Dienstordnung auch die schon bei ihrem Erlass vorhandenen Anstalten, soweit sie nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind. Die mit diesen Anstalten vor dem 1. Juli 1910

vereinbarten Vertragbestimmungen über Kündigung und Entlassung bleiben aufrechterhalten, soweit sie nicht dem Antrag 30a bis 30b über Kündigung, Entlassung und die Höhe des Besoldungsplans entgegenstehen. Der Dienstordnung unterliegen nicht die Postenangehörigen, die bis zu ihrem Inkrafttreten den Dienstvertrag kündigen. Im Falle einer Kündigung erbtigt das Dienstverhältnis mit Ablauf von 6 Monaten resp. zu einem früheren Termin, wenn solcher vereinbart ist.

Abg. Graf Westarp (L.) begründet, im Zusammenhang völlig unverständlich, einen äußerst komplizierten, eben erst eingebrachten Antrag der Kompromissparteien, dessen augenscheinliche Absicht auf die Annullierung der nach 1. Januar 1908 abgeschlossenen Verträge hinausläuft.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) (zur Geschäftsordnung) beantragt Vertagung auf 1-2 Stunden, damit die Mitglieder des Hauses sich über die schwierige Materie einigermaßen unterrichten können.

Vizepräsident Dr. Spahn widerspricht dem Antrage.

Abg. Trimborn (B.) schlägt Unterbrechung der Sitzung auf eine Stunde vor.

Vizepräsident Dr. Schuly erklärt, daß wegen Ueberarbeitung der Kommissionsmitglieder der Kompromissantrag nicht früher habe eingebracht werden können. (Lust bei den Sozialdemokraten: Das kommt von der Heiarbeit!)

Abg. Webel (Soz.):

Nach Beschluß des Seniorenkongresses wollten wir bis zum 2. Juni sitzen. Es liegt gar keine Veranlassung vor, in dieser Art und Weise zu arbeiten. (Beifalls Zustimmung links.) Ich beantrage Vertagung auf morgen.

Der Antrag Webel — Vertagung auf morgen — wird gegen Sozialdemokraten und Freisinnige abgelehnt.

Der Antrag Trimborn — Unterbrechung der Sitzung auf eine Stunde — wird darauf fast einstimmig angenommen.

2. Sitzung, nachmittags 6 Uhr.

Die Beratung des Einführungsgezetes wird fortgesetzt beim § 30 mit den dazu vorliegenden Anträgen des Grafen Westarp.

Abg. Dove (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde haben den Antrag eingehend geprüft. Wir erkennen an, daß er die Tendenz hat, etwaigen Beiträgen entgegenzutreten, die die Absicht haben, die Bestimmungen der in Aussicht stehenden Reichsversicherungsordnung zu umgehen. Daß man in dieser Frage event. etwas tun muß, geben wir zu, aber ob das nötig ist, läßt sich nur prüfen, wenn das tatsächliche Material, das dem Antrag Westarp zugrunde liegt, uns bekannt ist. Da bis jetzt über diese Frage in der Kommission garnicht verhandelt worden ist, beantragen wir Zurückverweisung des Einführungsgezetes an die Kommission. (Bravo! links.)

Abg. Webel (Soz.):

Auch meine Freunde haben sich mit dem Antrag beschäftigt und wir sind zu dem Resultat gekommen, daß er eine

wesentliche Verschlechterung der Vorlage bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden ihm selbstverständlich nicht zustimmen. Um aber seine ganze Bedeutung würdigen zu können, ist es allerdings nötig, daß das Haus länger Zeit hat, ihn zu prüfen und deshalb sind wir bereit, den Antrag der Freisinnigen zu unterstützen. Ich will aber noch weiter erklären, daß die Art, wie dieser Antrag in letzter Stunde in das Haus hineingeschneit ist,

einer Ueberrumpelung des Hauses vergewissert ähnlich sieht.

Die Herren haben ja ein ganzes Jahr Zeit gehabt, um sich zu überlegen, wie sie die Vorlage möglichst verschlechtern könnten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen in dieser Art der Behandlung eine nicht räthliche Ausnutzung der Majorität gegenüber der Minorität. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden also in erster Linie für den Antrag Dove stimmen. Sollten Sie aber darauf bestehen, diese Anträge jetzt zur Beratung zu bringen, so werden wir von der Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch machen, wonach eine zweiseitige Pause zwischen der zweiten und dritten Beratung stattfinden muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bassermann (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Zurückverweisung an die Kommission.

Abg. Schuly (Sp.): Eine Ueberrumpelung liegt nicht in unserer Absicht. (Lautes Lachen links.) Hätten wir sie beabsichtigt, dann hätten wir den Antrag nicht in zweiter Lesung eingebracht. Mit dem Antrag auf Zurückverweisung sind wir einverstanden.

Abg. Graf Westarp (L.) bittet die zweite Lesung des Einführungsgezetes fortzusetzen und nur den Artikel 30 zurückzuberufen. (Widerpruch links.)

Abg. Cuno (Sp.): Die Beratung des Einführungsgezetes ist in der Kommission überhaupt überflüssig worden. Wenn wir mal zurückverweisen, dann ist es zweckmäßig, den ganzen Rest des Gesetzes zurückzuberufen.

Präsident Graf Schwerin-Köwig: Ich nehme an, daß die Kommission heute abend oder morgen zeitig zusammentritt und morgen mittag fertig ist. Ich glaube es besteht alleseitig der Wunsch, wenn möglich, morgen die Beratungen zu Ende zu führen.

Abg. Webel (Soz.):

Ich begreife so, daß die Herren alle den Wunsch haben, so bald als möglich nach Hause zu kommen, aber ich möchte doch bemerken, daß, nachdem nun einmal die ganze Vorlage so überhastet durchberaten worden ist, wir nicht auch noch die Kommission drücken sollten, so schnell wie möglich fertig zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Das ganze Gesetz zurückzuberufen geht nicht an, denn die ersten Paragraphen sind bereits erledigt.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Es ist in jedem Stadium der Beratungen möglich, das ganze Gesetz an die Kommission zu verweisen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Auch andere Artikel des Einführungsgezetes sind in der Kommission nicht gründlich beraten worden. So hat der Artikel 30 in der Unterkommission seine endgültige Fassung erhalten, in der Sozialdemokraten und Freisinnige gar nicht vertreten waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Sp.) beantragt, den Rest des Gesetzes zurückzuberufen.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Der Antrag, den Artikel 30 zurückzuberufen, wird angenommen.

Art. 38, der die bestehenden Vertragsverhältnisse zwischen Kassen und Vereinen auf fünf Jahre ausdehnt, ist von der Kommission gestrichen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.)

verweist darauf, daß angesichts der Ausdehnung der Krankenversicherung nach oben an sich der Anspruch der Ärzte auf höhere Honorare nicht unberechtigt sei. Aber die Mehrheit hat die Voraussetzung für höhere Vergütungshonorare, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen, nicht zugelassen.

Der Streichungsantrag der Kommission wird angenommen.

Kritik 30 bestimmt, daß für die Hinterbliebenenrenten, das Wittwengeld und die Waisenaussteuer nur die Beiträge anzurechnen sind, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wir beantragen Streichung dieser Bestimmung, die geradezu eine

Verhöhnung der Witwen und Waisen

bedeutet. Man braucht durch einen Federstrich die Kräfte der Armen wohlgeordnete Ansprüche. Wenn man Witwen gegen das

Verzicht auf die Rückforderung der Beiträge im günstigsten Falle ganze 6 M. pro Monat als angebliche Rente — eine schöne Rente! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) zuweist, so gibt es seinen Ausdruck, der sehr genug ist, eine solche Verfahren zu kennzeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar sucht die Ausführungen des Vorredners zu entkräften.

Abg. Gans (Sp.) spricht sich ebenfalls im Prinzip für die Streichung des Art. 59 aus.

Ministerialdirektor Caspar bittet um Aufrechterhaltung des Art. 59.

Abg. Rostenbuhr (Soz.):

Alle Bemängelung hilft nichts. Man nimmt einem Teil der Witwen wohlverdiente Rechte, um anderen Witwen ein paar arbeitslose Almosen zuzuwenden! Das ist (zu der Mehrheit) Ihre Sozialpolitik! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Vothhoff (Sp.) wird von der Rechten mit Lärm empfangen: Ich glaube schon, daß Sie die Stimme der Kritik nicht hören wollen. Aber schlechte, ungenügend vorbereitete Geirge zu machen, dazu reicht es bei Ihnen aus! (Lebhafte Zustimmung links). Was man den Witwen nimmt, ist in den ersten Jahren mehr, als was man ihnen durch diesen Paragraphen gibt. (Hört! hört! links.)

In der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung des Art. 59 abgelehnt und in namentlicher Abstimmung mit 225 gegen 61 Stimmen der Kompromißantrag angenommen, wonach bis 1930 auf die Wartzeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge auch die nach dem Invalidenversicherungsgesetz geleisteten Beiträge anzurechnen werden sollen.

Nach Art. 61 sollen die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 31. Dezember 1911 bereits verstorben waren, keine Renten erhalten.

Abg. Rostenbuhr (Soz.):

befürwortet einen Antrag, statt 1911 zu setzen 1909. Wir wollen das Versprechen, das den Witwen und Waisen beim Zolltarif gegeben worden ist, einhalten. Auch Herr Krimborn hat noch bei der ersten Lesung dieses Gesetzes anerkannt, daß die Hinterbliebenen einen Anspruch darauf haben, die Renten vom 1. Januar 1910 ab zu erhalten. Nachdem Sie jetzt so jämmerlich geringe Renten beschlossen haben, sollten Sie um so eher unseren Antrag annehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar: Weber die Versicherungsanstalten noch das Reich haben die Mittel, um die Witwen- und Waisentenden vom 1. Januar 1910 ab zu zahlen.

Der Antrag Abrecht wird abgelehnt.

Als Art. 71b will ein Kompromißantrag einfließen: Der Bundesrat hat im Jahre 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Regierung erhebt keinen Widerspruch gegen die Aufnahme dieses Artikels. Sie würde bei keiner Annahme die Verpflichtung übernehmen zur erneuten Prüfung der Frage, deren Ergebnis entweder in einer Denkschrift oder in einem Bericht dem Reichstag vorzulegen sein wird. Eine weitergehende Bindung ist unmöglich. (Hört! hört! links.) Vor allem werden dann die Kosten zu prüfen sein, die eine Überschreitung der Altersgrenze für die Versicherungsträger und das Reich mit sich bringt und die Regierung wird daran festhalten, daß keine neuen Lasten auf das Reich übernommen werden, ehe die Deckung gesichert ist. Ohne gesunde Finanzen ist auch eine gesunde Sozialpolitik nicht möglich. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Vothhoff (Sp.): Die Erklärung besagt noch weniger als der Kompromißantrag, denn nach ihr haben wir ja nicht einmal eine Vorlage, sondern nur eine Denkschrift zu erwarten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Kommt die Regierung zu dem Ergebnis, daß eine Herabsetzung vor 1915 nicht tunlich ist, so würde sie eine Denkschrift vorlegen, und der Reichstag könnte dann seinerseits die Initiative zu einer solchen Vorlage ergreifen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wenn der Reichstag vor 1915 dazu kommen wollte, die Altersgrenze herabzusetzen, könnte die Regierung auf Grund dieses Artikels ein Eingehen darauf ablehnen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das trifft nicht zu. Eine Prüfung der Frage vor 1915 würde die Regierung unter Bezugnahme auf diesen Artikel nicht ablehnen.

Abg. Basserwanz (natl.): Ich fasse den Artikel so auf, daß und auf jeden Fall eine Vorlage gemacht werden muß, nicht eine Denkschrift; denn es ist von einer Beschlußfassung die Rede, während Denkschriften nur zur Kenntnis genommen werden. (Zustimmung links.)

Abg. Schulz (Sp.): So haben auch wir den Antrag gefaßt.

Der Artikel 71b wird hierauf einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Schwedischer Handelsvertrag, Fortsetzung des Einfuhrungsgesetzes.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Verichtigung. In der Wiedergabe der Rede des Genossen Richard Fischer zur Reichsversicherungsordnung ist ein Irrtum unterlaufen. Es heißt dort an einer Stelle: „Ich will nur auf das Beispiel von Kattowitz hinweisen, wo der Rentant der Ortskrankenkasse der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes ist, der die ganzen Aussparungen im Baugewerbe vorgenommen hat.“ Der Betreffende ist nicht Rentant der Ortskrankenkasse, sondern der Innungsrentenklasse der Freien Maurer- und Zimmererinnung zu Kattowitz.

Aus der Partei.

Internationale Ersttette.

Aus London wird uns geschrieben: Die Antifaschisten Macdonalds, des Führers der Arbeiterpartei, bei dem Offen, das der Kriegsminister dem in England weilenden Deutschen Kaiser gab, ist in sozialistischen Kreisen Englands scharf kritisiert worden. Die Ehre eines Mannes, der wohl der ausgeprochteste Feind der Sozialdemokratie ist, seitens des Führers einer Partei, die als Glied der sozialistischen Internationale gilt, ist allerdings ein Vorgang, der einen Stuß machen kann. Anfangs schien es, als handle es sich nur um eine persönliche Weisheitslosigkeit, an der man am besten mit einem Achselzucken vorbeigeht. Nach späteren Nachrichten scheinen die Dinge aber anders zu liegen. In dem „Labour Leader“ erscheint diese Woche folgende Resolution, die von der Mitgliederversammlung der J. L. P. in Ebeerney gefaßt worden ist: „Die Versammlung protestiert energisch dagegen, daß ein solcher verantwortlicher Führer wie Herr Romian Macdonald persönlich eine Einladung zu einem Gesellschaftessen mit dem Kaiser und dessen Freunden angenommen hat, da sie glaubt, daß es eine derartige Taktik ist, die das Vertrauen der Mitglieder zu der Richtigkeit der sozialistischen Bewegung untergräbt.“ Der „Labour Leader“ kommentiert die Resolution mit folgenden Worten: „In Bezug auf diese Angelegenheit sollte (ohne Vorzugnehmungen) erklärt werden, daß man uns zu verstehen gegeben hat, daß Herr Macdonald die Einladung auf einstimmigen Wunsch der Beamten der Arbeiterpartei angenommen hat. Während es nicht zu leugnen ist, daß der Kaiser die letzte Person in der Welt ist, mit der zu speisen den meisten Sozialisten auch nur im Traume einfallen würde, so ist es offenbar ebenfalls nicht zu leugnen, daß sich die Arbeiterpartei von der J. L. P. unterscheidet.“

Die Auffassung des Blattes scheint die zu sein, daß Macdonald als Führer der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei tun darf, was er als einer der Führer der sozialistischen J. L. P. nicht tun darf. Logischerweise sollte jetzt der Sozialist Macdonald dem Arbeiterpartei Macdonald in Tadelvolum ausstellen. Was immer

man über die persönliche Seite des Vorfalls denken mag, man wird sich nicht verschweigen können, daß es noch sehr viel Erziehungsarbeit bedarf, ehe die englischen Nachzügler in Reich und Glied mit der großen Armee des internationalen Sozialismus gebracht werden können.

Landtagsausflug ohne Sozialdemokraten.

Der heftigste Landtag hat sich am Mittwoch wieder mal, und zwar diesmal bis Ende Juni vertagt. Vorher wurde noch ein gemeinsamer Ausflug der Zweiten Kammer beschlossen. Auch die Sozialdemokraten wollten sich davon nicht ausschließen, unter der Voraussetzung, daß, wie früher, so auch jetzt wieder, von monarchischen bzw. byzantinischen Kundgebungen Abstand genommen würde. Diesmal aber vertändelte der Präsident, daß man von einem Hoch auf den geliebten Landesherren nicht absehen könne. Genosse Ulrich erklärte darauf prompt, daß es sich unter diesen Umständen nicht um einen Ausflug der parlamentarischen Vertretung Dessens, sondern um ein Privatvergnügen bürgerlicher Parteien handle, an dem die sozialdemokratischen Abgeordneten kein Interesse hätten.

Reichstagskandidatur. Eine am Sonntag, den 28. Mai, stattgefundene Generalversammlung des Kreises Rixdorf-Königsberg (Rennow) wählte den Parteisekretär Richard Schmidt-Berlin zum Kandidaten für die kommende Reichstagswahl.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine staatsgefährliche Theaterregie.

Ein Greßbeleidigungsprozeß, in dem der preußische Kriegsminister namens der Offiziere der deutschen Armee Strafantrag gestellt hatte, beschloß am Sonntag die Eilberfelder Strafkammer. Angeklagt war der frühere Journalist Kreyen und zwar wegen Beleidigung der Offiziere des deutschen Heeres. Der Angeklagte war früher jüngstes Redaktionsmitglied der „Verglichen Arbeiterstimme“ in Solingen und hatte die Pflicht, seine Arbeiten vor der Drucklegung dem verantwortlichen Redakteur Dittmann vorzulegen. Bei einer Regie über die Aufführung des Militärdramas „Gewehr ab“ unterließ es Kreyen, seiner Verpflichtung nachzukommen, weil es an der nötigen Zeit gebrach und er andererseits der Meinung war, daß verjüngliche Stellen in der Arbeit nicht enthalten seien.

Der preußische Kriegsminister stellte gegen den Genossen Dittmann Strafantrag, doch endete dieses Strafverfahren mit seiner Freisprechung, weil er nachweisen konnte, daß er weder der Verfasser war, noch von dem Erscheinen des Artikels Kenntnis gehabt hatte. Darauf wurde gegen Kreyen, der sich selbst als Verfasser bezeichnete, das Strafverfahren eröffnet. Kreyen führte zu seiner Verteidigung an, er habe das Offizierskorps keineswegs beleidigen wollen, nicht einmal eine eigene Meinung zum Ausdruck gebracht, sondern den Inhalt des Stückes wiedergegeben in einer Weise, wie sie betr. Scharfe hinter der Auffassung vieler bürgerlicher Blätter zurückliege. Die Figuren auf der Bühne seien typische, heiße doch, daß sich in ihnen das Gute oder Schlechte vieler Einzelwesen in einem bestimmten Milieu widerspiegelt; ohne derartige Typen sei ein Drama undenkbar. Ferner wurde angezweifelt, daß der Kriegsminister zu seinem Strafantrag, den er für die deutschen Offiziere in ihrer „Gesamtheit“ gestellt habe, berechtigt sei, da der Begriff einer deutschen Armee in der Luft schwebt; man könne ihn staatsrechtlich nicht. Daß er für die preußische Armee allein habe Strafantrag stellen wollen, gehe aus dem Antrag nicht hervor. Das Gericht war aber der Meinung, daß ein rechtzeitiger Strafantrag vorliege und daß auch die Sachsituation eine Beleidigung enthalte. Der Angeklagte habe eben die Offiziere treffen wollen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 100 M. beantragt.

Vor dem Schöffengericht Karlsruhe fand am Sonnabend die Privatklage des Genossen Sauer, Ortsbeamter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Karlsruhe, gegen Redakteur Wiesenthal des „Deutschen Metallarbeiters“ in Berlin und des ihm nachstehenden Eisenwerks Odenwald in Karlsruhe statt. Letzterer bekämpfte die Kandidatur des Genossen Sauer im 6. badischen Kreise durch Veröffentlichung einiger Artikel im Wiesenthal'schen Organ, worin die alten Vorwürfe gegen Sauer erhoben wurden, er habe als Ortsleiter der Gewerkschaft einen Beitrag unterschlagen. Das Gericht stellte nach langer Verhandlung nachts 12 Uhr fest, daß der Wahrheitsbeweis als nicht erbracht gelte und verurteilte Odenwald zu 150, Wiesenthal zu 50 M. und in die Kosten.

Jugendbewegung.

Die letzte Posaune.

In Nr. 10 des Blättchens der evangelischen „Jünglings“vereine wirft ein Jüngling die ungeheure wichtige Frage auf:

„Welche Posaunen meint der Apostel in 1. Kor. 15, 62, wenn er schreibt: „Zur Zeit der letzten Posaune?“

Die Redaktion gibt dem Vermerken nun nicht etwa den Rat, schnellst einen tüchtigen Spezialarzt aufzusuchen, sondern nimmt die Frage sehr ernst und antwortet tiefinnig:

„Wie bei der Erhebung Jericho (Josua 6) die Mauern noch nicht bei den sechs ersten Posaunenklängen, sondern erst beim letzten Posaunenstoß umfielen, so wird die Auferstehung der Toten erst geschehen, wenn alle Vorbereitungen dazu vollendet sind, erst am Schluß der Entwicklung des Reiches Gottes. Der Ausdruck „Posaune“ sagt wohl: es ist ein allen vernehmbarer Ruf, den wohl der Erzengel im Namen Gottes ergehen läßt. Vorbildlich auf diesen Posaunenklang war schon die alttestamentliche Einrichtung, daß durch Posaunen dem Volk Israel das Zeichen z. B. zum Ausbruch gegeben wurde. Es ist die „letzte“ Posaune, weil bei ihrem Klang das letzte Ereignis von der Vollendungzeit geschieht.“

Aus diesem unklaren Wust wird der Fragesteller wohl kaum das richtige Bild von den „letzten Posaunen“ gewinnen können. Wir hätten eine andere Antwort erwartet, denn wir vermuten stark, daß der Apostel Paulus bei der betreffenden Stelle an die Posaunenklänge der evangelischen Jünglingsvereine gedacht hat. Die bliesen so erdärmlich, daß auch die Toten im Grabe es nicht aushalten könnten.

Das niedliche Frage- und Antwortspiel zeigt aber, welche Sorgen die Jünglingsvereine bewegen. Der mystische Wust, der der Jugend von diesen gottseligen Herren eingebracht wird, kann ihr in unserem modernen Staats- und Gesellschaftleben gar nichts nützen. Klaren Bild und Verständnis für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge kann nur die proletarische, die sozialistische Erziehung geben. Weber die „letzte Posaune“ wird man sich in unseren Jugendorganisationen den Kopf nicht zerbrechen.

Die Strafe dient dem Verkehr!

Die Strafenordnung für den Stadtkreis Berlin bis zu den Ende Dezember 1910 in Kraft getretenen Polizeiverordnungen umfaßt nicht weniger als 44 Druckseiten. Für Autörer ist es ein kleines Kunststück, sich in diesem Wust von Reglementierungen zurechtzufinden und die Klippen des polizeilichen Strafmandats zu umfahren. Zur Information haben wir nur die wichtigsten Fußangeln hervor:

1. Der Weg im Lustgarten zwischen der Schloß- und der Eisernen Brücke darf nur von solchen Fuhrwerk benützt werden, welches Personen nach den königlichen Museen bringt oder von dort abholt.

2. Durch das Mittelportal des Brandenburger Tores dürfen nur königliche und prinzipale Equipagen fahren.

3. Die westliche, dem Tiergarten zunächst gelegene Hofstraße zwischen dem Brandenburger Tor und der Leinstraße darf von Fuhrwerk und Lastfuhrwerken, Beladungen und unbeladenen, nicht benützt werden.

4. Bei Vermengung der Hinnowitzer und der Seringdorfer Strafe darf der mit dieser Strafe in Verbindung stehende Vorplatz des Stettiner Bahnhofes nur von Personalfuhrwerken und auch nur von solchen berührt werden, welche Personen von oder nach dem Stettiner Bahnhof befördern.

5. Der Große Weg im Tiergarten und dessen Abzweigung nach der Hohenzollernstraße sowie das Tiergartenufer dürfen von Kraftwagen aller Art nicht befahren werden.

Für Last- und Arbeitsfuhrwerk sind gänzlich gesperrt:

1. die von dem Kemperplatz nach dem Siegesdenkmal auf dem Königsplatz führende Siegesallee,
 2. die Straße vor dem Krankenhaus Bethanien zwischen Waldemarstraße und Bethanienufer,
 3. der Vorplatz des Schlesienschen Bahnhofes zwischen Frucht- und Koppentstraße,
 4. die Oberwallstraße von dem Platz am Zeughaufe bis zur Werderischen Rosenstraße,
 5. der Spreewaldplatz.
- Fuhrwerke, deren Ladung die Länge von 5,5 Meter übersteigt, dürfen von 11 Uhr mittags bis 8 Uhr abends eine große Anzahl besonders verkehrsreicher Straßen nicht durchfahren, aber über dieselben im Zuge von schneidenden Querstraßen hinwegfahren.

In der Alexander-, Bräcken-, Burg-, Dresdener-, Neuen Friedrich-, Gertrauden-, Holzmarkt-, Alten Jakob-, Kommandanten-, Neuen König-, Landsberger-, Leipziger-, Post-, Potsdamer-, Pohl-, Spandauer-, Strolauer-, Wald- und Neuen Wilhelmstraße, auf dem Wühlendamm, Unter den Linden, in der Friedrichstraße von der Behrenstraße bis zur Weidendammer Brücke dürfen bespannte Fuhrwerke zu keiner Zeit ohne Aufsicht bleiben.

Nach § 39 der Straßenordnung ist das Stillstehen, Beladen und Entladen von Transportfuhrwerken, auch von Handwagen, Karren und Hundefuhrwerken von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends verboten.

- a) in der Alexanderstraße von Blumen- bis Magazinstraße und von Kaiser- bis Königsstraße,
- b) in der Königsstraße von Neuen Friedrich- bis Klosterstraße und von Poststraße bis Kurfürstenbrücke,
- c) in der Spandauer Straße von Mathaus- bis Parochialstraße,
- d) auf dem Wühlendamm vom Wolkenmarkt bis zum Köllnischen Fischmarkt,
- e) in der Gertraudenstraße vom Köllnischen Fischmarkt, jedoch mit Ausschluß des Petzplatzes, bis zur Gertraudenbrücke,
- f) in der Straße am Spittelmarkt von der Gertraudenbrücke bis Kurstraße,
- g) in der Friedrichstraße von Behren- bis Dorotheenstraße,
- h) in der Neuen Wilhelmstraße von Unter den Linden bis Dorotheenstraße,
- i) in der Rängstraße von der Kleinen Alexander- bis Grenadierstraße.

Für Last- und Arbeitsfuhrwerke, auch für Handwagen, Karren und Hundefuhrwerke, sind nach § 40 von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends im Durchgangsverkehr gesperrt:

- a) die Leipziger Straße von Jerusalemstraße bis Leipziger Platz,
- b) der Leipziger Platz,
- c) die Friedrichstraße von Behrenstraße bis Weidendammer Brücke.

Von diesen Verboten der §§ 39 und 40 sind nur ausgenommen königliche und prinzipale Wagen, Militärfuhrwerke, Fuhrwerke der Feuerwehrt und der Straßenreinigung, Postfuhrwerke, Leichenwagen, Umzugsfuhrwerke wegen des Umzugs.

Besondere Bestimmungen sind für das Halten von Marktfuhrwerken sowie für 20 ungewöhnlich enge Straßen oder Gassen, an deren Eingang ein öffentlicher Anschlag die Einfahrt verbietet, erlassen.

Das Einbiegen aus einer Strafe in die andere nach rechts muß in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen geschehen. Gerade wegen Uebertretens dieser Bestimmung werden schließlich viele Hunderte von Autos beschlagnahmt.

Die königlichen und prinzipale Equipagen haben in der langatmigen Straßenordnung auch noch dadurch eine Extrawurst gebraten erhalten, daß „vorfahrende (?) wie entgegenkommende Fuhrwerke“ ihnen überall vollständig Raum geben müssen.

Auf Hunde bezieht sich die Bestimmung, daß niemand Hunde auf den Blumen- und Schmuckanlagen der öffentlichen Plätze und Straßen umherlaufen lassen darf. Kopfgeißl verrotten die Bestimmungen in §§ 50 und 51, wonach das Bersten von Wägen und Scher, das Steigenlassen von Straßen und das Fortschaffen umverhüllter Spiegel auf öffentlichen Straßen verboten ist.

Die Bestimmung in § 101, welche das Stehen von Personen auf den Granitbahnen der Bürgersteige unterlag, wird zum Fallstrick für Streitpostenfahrer, auch wenn diese außerhalb der Granitbahnen stehen und den Verkehr in keiner Weise behindern. „Wo ihrer zwei beisammenstehn, da sollen sie auseinandergehn!“

Vorhinftürlich ist die Vorschrift, daß Personen, deren Kleidung beim Anstreifen abfährt oder abföhmt, also auch Wäder, Wechselsticker und Schornsteinfeger, den Bürgersteig nicht betreten dürfen. Ob auch „Mot“ abfährt?

Tausendfach wird verstoßen gegen § 100, wonach auf öffentlichen Straßen sowie an Türen, Fenstern und Balkonen, welche straßenwärts belegen sind, das Aufhängen von Wäsche sowie das Sonnen, Klopfen und Aufhängen von Betten und Matratzen, Fußbuden und dergleichen Gegenständen nicht gestattet ist.

Es ist nur gut, daß selbst die Berliner Polizei nicht alles so heiß ist, wie es gefaßt wird. Um genau die Befolgung dieser Vorschriften von Sanit Luverentrain zu kontrollieren, würden mindestens noch dreitausend Militärwärter angustellen sein. In manchen Punkten ist die Kontrolle übermäßig scharf, in anderen wird sie zu lässig betrieben.

Soziales.

Vom Arbeiterschutz.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Aufheben der Angestellten in offenen Verkaufsstellen (Handlungsgehilfen) sollte Fleischhackermeister Wolter in Berlin dadurch übertreten haben, daß er seinen sieben Fleischergesellen nicht immer eine ununterbrochene Ruhezeit von elf Stunden täglich gewährte. Das ist für offene Verkaufsstellen in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern vorgeschrieben, sofern zwei oder mehr Gehilfen in dem Geschäft tätig sind. Wolter bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Sein Betrieb sei kein kaufmännischer, sondern ein gewerblicher. Das Landgericht verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe, indem es ausführte: Die Tätigkeit der Gesellen in diesem Betriebe müsse vorwiegend, ja fast ausschließlich als solche von Handlungsgehilfen angesehen werden.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Es komme nicht darauf an, ob Angeklagter selber in der Hauptsache Kaufmann oder Handwerker sei. Auch wenn er Handwerker wäre, fielen seine Gesellen doch unter die fraglichen Schutzvorschriften für Handlungsgehilfen, wenn die Gesellen Handlungsgehilfen seien. Daß sie das aber waren und daß ihre handwerksmäßige Tätigkeit nur eine nebensächliche, dem Handelsbetrieb untergeordnete gewesen sei, das sei ohne Rechtsirrtum festgestellt. Mit Recht sei deshalb der Angeklagte verurteilt worden.

Das blödsinnige Frauenzimmer.

Aus Strelitz berichtet der „Kaufmännische Angestellte“: Eine Kontoristin suchte nach Urkunden und unterließ sich zu dem Zweck mit dem Prokuristen. Da die Türen der Arbeitsräume geöffnet

waren, hörte der Chef das Gespräch und fühlte sich bemüht, den Komiker dazu zu geben: "Das blödsinnige Frauenzimmer muß die Papiere haben." Selbstredend wurden diese Worte von der Komikerin gehört. Am nächsten Morgen verlangte sie denn auch die Zurücknahme der Beleidigung. Der Herr Bankier war aber der Ansicht, daß sich für ihn das nicht passe und stellte der jungen Dame anheim, wenn ihr diese Behandlung nicht zusage, nach Hause zu gehen. Auf welchem Niveau sich seine Umgangsformen im übrigen bewegten, geht zur Genüge daraus hervor, daß er während der ganzen Gerichtsverhandlungen von der Klägerin nicht anders als von "der Person" und "dem Mädel" sprach. Im übrigen, behauptete er, könne die Klägerin sich nicht beleidigt fühlen, da die Worte ja nicht an sie, sondern an den Profuratoren gerichtet waren. Das Gericht stellte sich auf den einzig vernünftigen Standpunkt, daß Äußerungen in dieser Form getan, ganz gewiß sich als Beleidigungen darstellen. Die Klägerin brauche sich nicht in ihrer Gegenwart "blödsinniges Frauenzimmer" nennen zu lassen. So wurde der Beklagte rechtskräftig zur Zahlung des geforderten restlichen Gehalts in Höhe von 175 M. verurteilt.

Entziehung des Prüfungszeugnisses einer Hebamme.

Bei einer Durchsicht des amtlichen Tagebuches der Hebamme Mai fand der Kreisarzt, daß für verschiedene Wöchnerinnen und verschiedene Wochenbettstage die Temperaturen ganz gleichmäßig angegeben waren. Und zwar als Morgentemperatur 36,5 Grad, als Abendtemperatur 37 Grad. In einem Verwaltungsstreitverfahren gegen die Hebamme, in dem ihr durch Urteil des Bezirksauschusses die Erlaubnis zur Ausübung des Hebammenberufs bezug der Prüfungsschein entzogen wurde, erstattete das Gericht jene Temperaturangaben für entscheidend. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil, nachdem es noch Sachverständige gehört hatte, und führte aus: Nach den Gutachten wäre es ganz ausgeschlossen, daß bei verschiedenen Wöchnerinnen die Temperaturen ganz gleich seien, sowie daß dieselben Wöchnerin an mehreren Tagen hintereinander die gleiche Morgen- und Abendtemperatur zeige. Es sei deshalb ferner nach den Gutachten auch ganz ausgeschlossen, daß die Angaben des Tagebuches der Wirklichkeit entsprächen. Entweder habe die Hebamme überhaupt nicht gemessen oder, wenn sie gemessen habe, habe sie die Eintragungen ganz willkürlich gemacht. Auf jeden Fall zeige ihr Verfahren in einer für die Hebammentätigkeit sehr wichtigen Angelegenheit eine solche Unzuverlässigkeit, daß ihr im öffentlichen Interesse der Prüfungsschein entzogen werden mußte.

Rechtspflicht.

Der Bergmann M. in Altenbodum klagte gegen die Hochum-Gelsenkirchener Straßenbahngesellschaft auf Ersatz des ihm durch den Tod seiner Ehefrau entstandenen Schadens und beantragte auch Erstattung der Ausgaben für eine Haushälterin. Er begründete seinen Anspruch damit, daß der Wagenführer nicht frühzeitig genug gebremst habe. Das Landgericht Bochum wies die Klage ab, weil ein Verschulden der Frau vorliege. Es wurde dem Kläger aber ein Teil der Kosten für Arzt und Apotheker zugesprochen. Das Oberlandesgericht Hamm sprach ihm jedoch die Hälfte des Anspruchs zu. In der Begründung wird ausgeführt, daß der betreffende Fahrer in den zehn Monaten vor dem Unfall in vier Fällen Zusammenstöße mit Fuhrwerken und dergleichen verschuldet habe. Hieraus gehe hervor, daß die Gesellschaft in der Auswahl des Personals nicht vorsichtig genug verfahren.

Einfluß der Wohnung auf die Entwicklung des Kindes.
Neben der Ernährung ist die Wohnung auf die Entwicklung des Kindes von einschneidender Bedeutung. Das bestätigen wieder die Untersuchungen, die Dr. Gindes in dem Kinderhospital zu Baku angestellt hat. Als Anzeichen für die Entwicklung des Kindes wurde die Zeit der ersten Zahnung und des Gehens angenommen. Als normal entwickelt wurde dabei das Kind betrachtet, das nicht später als im siebenten Monat die ersten Zähne bekam und nicht später als mit einem Jahr zu laufen begann. Bekanntlich wirken die verschiedenen Krankheiten, sowie ungünstige Lebensverhältnisse auf den Anfang des Gehens und der Zahnung zurück. Um die Wirkung der Ernährung auszuschalten, wurden nur natürlich ernährte Kinder berücksichtigt. Als Resultat ergab sich, daß bei den jetzigen Wohnungsverhältnissen sich nur 1/3 der Kinder normal entwickelten, 2/3 aber, trotzdem sie mit Frauenmilch ernährt wurden, in der Entwicklung zurückblieben. Aus den Tabellen ergibt sich, daß je mehr Menschen in einem Zimmer wohnen, um so schlechter sich die Kinder entwickeln, und wenn in einem Zimmer mehr als 7 Menschen wohnen, so wird die Entwicklung von 1/2 der Kinder verspätet. In den Fällen, wo auf jeden Menschen ein Zimmer kommt, gibt es keine Kinder, bei denen die Zahnung im ersten Jahr nicht stattgefunden hätte, weiter in den Fällen, wo zwei in einem Zimmer wohnen, nicht später als im zweiten Jahre, aber bei den Kindern, die zu neun und noch mehr in einem Zimmer zu leben gezwungen sind, haben fast die Hälfte im Alter von zwei Jahren noch keine Zähne. Es erwies sich, daß die Dichtigkeit der Bewohner auf die Zahnung und auf den Anfang des Gehens einen gleich nachteiligen Einfluß ausübt. Wenn man annimmt, daß die spätere Zahnung und das späte Gehen das Resultat einer sich noch entwickelnden englischen Krankheit sind, so zeigen die Zahlen, daß die Vermehrung der Einwohner eines Zimmers der Gesundheit der Kinder gefährlich ist, und es kann sie sogar die Ernährung mit Frauenmilch nicht retten.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Schandtat.

Ihre Schandtat, ihre Verbrechen wider das Volkswohl hat die Schmutzblutmehrheit des Reichstags mit den empörenden Beschlüssen in bezug auf den Mutter- und Säuglingsschutz gekrönt. Dazu gehört auch das Verlagen der Unentgeltlichkeit der Hebammendienste. Das schießt es die Junker, wenn das gebärende Weib ins Grab schaut, was schießt sie es, daß Ebenbilder Gottes vernichtet werden, für ihre Pferde, Dachsen, Esel und Schweine ist ja gesorgt. Und die Verolde der Religion der Nächstenliebe halten den Massenmord von Müttern und Kindern erhalten, sie schießen die um Hilfe schreienden armen Frauen von sich. Die Saiten, die Damen leiden ja nicht Not, wegen der Proletariatsmütter macht man sich keine Sorgen. Welche skandalösen Verhältnisse auf dem Gebiete des Hebammenwesens herrschen, davon wurden auf dem ostpreussischen Hebammentag grauenhafte Bilder entworfen. Geheimrat Professor Dr. Winter-Königsberg erklärte unter anderem:

Die Hebammenprüfungen blühe besonders in den masurenischen Kreisen. Sie sei überhaupt in Preußen am verbreitetsten, dann folge Schlesien und Polen. Nahezu die Hälfte aller Geburten werde in Preußen von solchen Püschlerinnen besorgt. Das sei ein Schandbild für die Provinz und bedeute eine schwere Gefahr für die ostpreussischen Wöchnerinnen. Je mehr die Ortschaften mit Hebammen besetzt würden, desto schneller gehe die Püscherei dort zurück. Sie habe in den letzten 30 Jahren bereits erheblich abgenommen. Neben der immer düsteren Besiedelung der Dörfer mit Hebammen, um den Leuten die Ausrede zu nehmen, daß sie keine Hebammen aufzuehen könnten, sei eine viel schärfere Bestrafung der Püschlerinnen zu fordern, die jetzt allzumilde von den Gerichten abgeurteilt würden.

Die Sozialdemokratie hat die Unentgeltlichkeit der Hebammendienste gefordert, die Mehrheit der Ritter und Heiligen hat sie abgelehnt!

Diese Gesellschaft ist dafür verantwortlich, daß die Hebammenprüfungen, das Muttermorden und Engelmachen weiter blüht und gedeiht. Töchter und Frauen des Volkes, erkennt eure schlimmsten Feinde!

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Die Ausbeutung beim Theater. Nach einem Referat der Frau Marie Rang auf der Generalversammlung österreichischer Frauenvereine spielen in Oesterreich etwa 1700 Schauspielereinen. Mehr als die Hälfte beziehen weniger als 130 Kronen monatlich, nur 16 Proz. beziehen Gagen über 300 Kronen monatlich. Nur an drei Theatern in ganz Oesterreich bedeutet Ostersonntag nicht das Brotloswerden für fast ein halbes Jahr. Rund 900 Schauspielereinen sind jetzt erwerbslos.

Heim für Mütter und Kinder. Das Mutter- und Kinderheim in der Alajenzstraße 7 (Schöneberg) bietet Müttern und Kindern Aufnahme. Während die Mütter zur Arbeit geht, findet das Kind in dem Heim Wartung. Die Mütter zahlen für vollständige Pflege und Kleidung des Kindes monatlich 20 M. und für ihre eigene Schlafstelle mit Wäsche und Heizung 5 M. Auch als Vermittlungsstelle für Haushilfen und Auswärtigen wird das Heim von Hausfrauen benutzt. Der Verein will Kinder, die von der bürgerlichen Gesellschaft ausgestoßen sind, davor bewahren, daß sie verkommen und verwaist in sogenannte Besserungsanstalten und Fürsorgeanstalten hineingeraten und nachher die Gefängnisfrequenz vermehren. Dem großen Elend gegenüber vermag der Verein nur wenig auszurichten. Auch kann er den Armen nichts nützen. Aufwartefrauen und Haushilfen haben nicht alle Tage Arbeit bzw. Verdienst. Ihre geistig-leibliche Lage wird im Durchschnitt mit 2,00-2,50 M. vergütet. Davon müssen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten, ihre Kleidung beschaffen usw. Bei ihnen unsicheren, schwankenden Einnahmen allmonatlich 20 M. für ein Kind abzugeben, dazu dürften die wenigsten in der Lage sein. Hinzu kommt, daß häufig mehr als ein Kind vorhanden ist. Will aber eine Frau ungehindert zur Arbeit gehen, ist es notwendig, daß sie die übrigen Kinder auch dem Heim übergibt. Sind es nur zwei Kinder, so hätte sie dafür monatlich schon 40 M. zu entrichten. Mit der Hilfe für sie ist es also im allgemeinen nicht. So gut auch die Sache gedacht ist, dem Massenelend wirkt das kleine Unternehmen wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die von dem Heim im Künstlerhaus veranstaltete Ausstellung „Das Kind im letzten Jahrhundert“ hat übrigens einen Ertrag von über 7000 M. erbracht. Dadurch war das Heim in der Lage, fünf Zimmer neu einzurichten. Mütter mit Kindern von sechs Monaten werden aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen

soll nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die „Tribüne“ am 5. April dieses Jahres begangen haben. Das genannte Blatt brachte einen Bericht über eine schändliche Mißhandlung eines sächsischen Soldaten. Derselbe war auf Befehl eines Vorgesetzten von zwei Kameraden bei strenger Winternacht in einem kalten Schuppen mit eiskaltem Wasser abgerieben und überworfen worden, so daß der Mißhandelte erkrankte und wochenlang im Lazarett zubringen mußte. Diejenigen, welche die schändliche Mißhandlung verübten, kamen mit einer gegen Arreststrafe davon. In diese Mitteilung knüpfte die „Tribüne“ eine Bemerkung des Inhalts: Wenn man so etwas liebt, dann schämt man sich und blüht mit Verwunderung zu den Albanesen empor, die jede Verletzung ihres Körpers mit dem Tode rächen. Die gefassten mir besser wie meine Volksgenossen, die ihre Kameraden mißhandeln, auf Befehl Mißhandlungen begehen oder solche als unausrottbar billigen und entschuldigen.

Der Hinweis auf die Albanesen bezieht sich auf den Fall, wo ein albanesischer Soldat seinen deutschen Instruktionsoffizier, Freiherrn v. Salting, der ihn mißhandelte, niederschlug. Die angeführte Bemerkung ist es, die den Tatbestand einer Aufforderung zu strafbaren Handlungen darstellen soll, und deswegen stand der Redakteur Dr. Lautenbach gestern vor dem 4. Strafammer des Landgerichts I unter der Anklage des Vergehens gegen § 111.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Affessor Dr. Friedeburg, verteidigte sich zu der Behauptung, die betreffende Bemerkung sei nichts anderes als eine Aufforderung zum Wehleid. Den deutschen Soldaten werde das Beispiel jenes Albanesen, der einen deutschen Offizier ermordete, vor Augen gehalten, und es werde an sie ziemlich deutlich die Aufforderung gerichtet, ihren Vorgesetzten zu ermorden, wenn sie glaubten, er habe ihnen Unrecht getan. Eine derartige Aufforderung sei der Ausfluß einer ehelosen Gesinnung, und deshalb müsse der Angeklagte mit einer Freiheitsstrafe belegt werden, und zwar mit sechs Monaten Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum, verwahrte den Angeklagten entschieden gegen den Vorwurf der ehelosen Gesinnung und sagte, es schied sich nicht, daß der Staatsanwalt die persönliche Ehrenhaftigkeit des Angeklagten angegriffen. Diese Bemerkung des Verteidigers bezeichnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Fritschen, als unstatthaft. Der Verteidiger aber hielt sie ausdrücklich aufrecht. Das gab dem Staatsanwalt später Gelegenheit, wegen Beleidigung seiner Person eine Angeklagtenstrafe von 50 M. gegen den Verteidiger zu beantragen.

Zum Beweise dafür, daß der Angeklagte nicht beabsichtigt haben könne, zu einer strafbaren Handlung aufzufordern, da er jede gewalttätige Revolution verabscheue, beantragte der Verteidiger die Verlesung mehrerer vom Angeklagten verfaßter Artikel, sowie die Vernehmung mehrerer Personen, darunter unsere Parteigenossen Legien, Sassenbach und Ströbel, sowie eines Redakteurs des „Localanzeiger“. — Zur Sache selbst vertrat der Verteidiger den Standpunkt, daß die unter Anklage stehende Bemerkung keine Aufforderung zu strafbaren Handlungen sei, sondern nichts als eine Kritik der Untertätigkeit und Kriecherei, die zur Verdung, beziehungsweise Entschuldigung der schändlichen Soldatenmißhandlungen führen.

Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts auf Angeklagtenstrafe gegen den Verteidiger ab und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 400 M. Der Angeklagte habe das Verhalten der Albanesen im Falle Salting nicht als rühmliches Beispiel hingestellt und daran in erkennbarer Weise die Aufforderung zur militärischen Subordination geknüpft, die bis zu den äußersten Konsequenzen, also bis zur Ermordung der Vorgesetzten, ausgeübt werden soll. Das könne aus dem Artikel herausgelassen werden. Eine ehelose Gesinnung habe der Angeklagte nicht befundet, das Gericht nehme an, daß er den Artikel geschrieben habe aus Entrüstung über die Soldatenmißhandlung.

Wir halten das Urteil für einen schweren Justizirrtum, der in letzter Linie zurückzuführen ist auf die blinde Verehrung, die dem Militarismus als Waffe gegen die freiheitlichen Bestrebungen des Proletariats in bürgerlichen Kreisen gesollt wird. Um wesentlichen hat doch der Angeklagte Dr. Lautenbach nichts gesagt als: Wer eine ihm widerfahrerne Mißhandlung auf der Stelle durch Totschlag rächt, der ist mir lieber als derjenige, welcher Mißhandlungen schweigend erduldet oder sie sogar billigt. — Diese Ansicht, durch deren Befolgung der Totschlag selbst noch lange nicht gebilligt wird, mag manchem nicht gefallen, jeder aufrechte Mann aber wird sie teilen. Gerade in den Kreisen, wo es als Ehrenpflicht gilt, jede Beleidigung mit der Pistole zu beantworten, sollte man logischerweise dem Standpunkt des Angeklagten nicht widersprechen.

Nötigung durch einen Schuhmann. Darf ein Schuhmann einem Geschädigten, der seinen Namen nicht nennen will, den Schädel spalten? Es sei gleich vorweg bemerkt, daß er es nicht darf, aber es war zweifelhaft, wie sich aus dem nachfolgenden ergeben wird. Das Landgericht I in München hat am 10. März den Schuhmann Otto Ringstetter wegen versuchter Nötigung im Amt (§ 330) zu einem Tage Gefängnis verurteilt, ferner wegen Widerstandes und Straßenpolizeübertretung den Richter Rees zu vier Wochen Gefängnis und 10 M. Geldstrafe. Rees hatte der Vorführung sein Fuhrwerk ohne Aussicht auf dem Areal der Delogthalle stehen lassen und war in eine Wirtschafft gegangen, um Bier zu trinken. Ringstetter fragte in der Wirtschafft, wem das Fuhrwerk gehöre, erhielt aber keine Antwort. Während er sich den Namen der Firma des Fuhrwerks abschrieb,

am Rees, sprang auf den Wagen und wollte fortfahren. R. verzögerte seinen Namen zu wissen, aber R. sagte ihm nicht, sondern schlug auf das Pferd ein, das R. festhielt. Schließlich sagte R. den R. und schloß dessen Hände mit der Schlichgange. R. sträubte sich und nannte seinen Namen nicht. Inzwischen hatten sich etwa 60 Personen angeammelt, die Partei gegen R. ergriffen, der R. noch immer an der Zange festhielt. R. glaubte sich durch die Drohrufe ausstoßende Menge angegriffen, zog seinen Säbel und bedrohte die Menge. Dann sagte er zu R.: „Wenn Sie jetzt nicht Ihren Namen nennen, spalte ich Ihnen den Schädel.“ Endlich fragte Rees die Menge (1), ob er seinen Namen nennen solle, worauf die Antwort „Ja“ erscholl. Nun nannte Rees seinen Namen und R. ließ ihn gehen. Die Drohung mit der Waffe gegen das Publikum, sagt das Urteil, war nicht rechtswidrig, wohl aber gegenüber der Weigerung des R., seinen Namen zu nennen. Die Namensangabe ist ein Geschäftnis, und ein solches darf nicht erzwungen werden. Zum Zweck der Namensfeststellung durfte R. den R. nur festnehmen. — Beide Angeklagte hatten Revision eingelegt. Der Reichsanwalt erklärte die des Schuhmanns für begründet. Das Urteilsergebnis sei bezüglich des R. wenig befriedigend. R. habe zunächst ohne jede Brutalität sein Amt ausgeübt. Durch R. sei er dann in Erregung versetzt worden, bis er den Säbel zog. In diesem Augenblicke habe R. sowohl der Menge als R. den Schädel auseinanderzuhauen gedroht. Es könnten nun Bedenken bestehen, ob R. sich bemüht gewesen sei, daß die angeführte Tat eine Amtsverletzung sein könne, und ob R. nicht in Notwehr handelte. R. habe möglicherweise die Namensnennung deshalb erzwingen wollen, um den Angriff der Menge gegen sich abzuwehren. Offenbar habe R. sich an dem Angriff der Menge beteiligt. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung beider Revisionen. Der Widerstand des Rees sei einwandfrei festgestellt, aber auch das Amtsvergehen des Ringstetter. Dieser konnte den R. nicht zwingen, seinen Namen zu nennen. Ob eine Rechtspflicht besteht, den Namen zu nennen, kann dahingestellt bleiben. Wer die Renennung seines Namens verweigert, kann lediglich festgehalten werden, bis die Verhandlungen über seine Persönlichkeit zu ihrem Ziele geführt haben. Dagegen darf ein Schuhmann ihn nicht zur Namensnennung dadurch zwingen, daß er ihm den Kopf spaltet. Wenn er das aber nicht tun darf, so darf er es auch nicht androhen. Dessen war sich der Angeklagte R. nach den Feststellungen auch bewußt.

Zeitungsverleihen und Straßenpolizeiverordnung.

Zu einer Versammlung der Weleschaff der „Königsgrube“ luden Zeitel ein, die Steffen in der Nähe der Aufstiegsstelle der Grube bei Schichtwechsel verzeile. Ein Polizeibeamter verlangte von S., er solle fortgehen, weil er den Verkehr behindere. S. wandte das aber gar nicht und ging nicht ohne weiteres fort. Er wurde deshalb wegen Uebertretung der Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 11. Juni 1908 angeklagt, wonach der zur Erhaltung der Sicherheit, Leichtigkeit und Ordnung des Verkehrs auf öffentlichen Wegen und Straßen ergehenden polizeilichen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist. Das Landgericht Essen als Berufungsinstanz verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Die vorgesehene Wehle habe allerdings die Beamten unterrichtet, daß sie auf Verhinderung der Polizeiverordnung solches Zeitverzeilen auf der öffentlichen Straße verhindern könnten, wenn dadurch der öffentliche Verkehr gestört werde. Im übrigen sei aber der Beamte selbständig vorgegangen. Er selber habe hier angenommen, daß der Verkehr gestört werde, wenn er den Angeklagten gewähren lasse, und deshalb habe er ihn wegweisen. Eine große Anzahl von Verletzten hätten in kurzer Frist nach dem Verlassen der Grube die Straße passiert, so daß der Verkehr habe gestört werden können. Der Angeklagte legte Revision ein und machte unter anderem geltend, daß von einer Störung des Verkehrs keine Rede sein könnte. Das Kammergericht wies aber die Revision ab und führte aus: Die Vorentscheidung lasse einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Es sei genügend festgestellt, daß der Beamte aus eigener Ermächtigung seine Anordnung zur Sicherung der Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße habe ergehen lassen. Der Angeklagte hätte deshalb die Anordnung befolgen müssen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 11 bis 12 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Zuschuß und eine Zahl aller Beiträge bezugnehmend. Briefliche Antwort wird nicht eristet. Etliche Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

- 1. Allerdings. 2. Gute praktische Arbeit kann ausreichen. Es wäre ein Gutachten der Handwerkskammer bezug der Prüfungsausschusses beizubringen. Jedenfalls besteht bei der Art des Handwerks wenig Anstand.
- 3. 1. Ja. 2. Nein. Ist die Zwangsverpflichtung nachher aufgehoben, so kann der Schuldner zur Abheilung des Offenbarungseides geladen werden.
- 4. A. R. 103. 1. Ja, wenn nicht das Statut dem entgegensteht. 2. Ja. 3. Wir halten die Fasse zur Deckung der gesamten Kosten für verpflichtet, da nach Ihrer Darstellung ein dringender Fall vorliegt.
- 5. W. R. 340. Wenn die wiederholte schwere Mißhandlungen glaubhaft gemacht werden können, würde das Landgericht auf Antrag hin voraussichtlich eine einstweilige Verfügung erlassen dahingehend, daß das Kind der Mutter zu verlassen ist.
- 6. Wittenau 150. Der zweite Pächter ist an den Vertrag nicht gebunden.
- 7. Kann Klammer verlangen, wenn Sie sich mit ihm nicht einigen.
- 8. A. R. 100. Die Landesversicherungsanstalt ist zur Zahlung der Hälfte verpflichtet. Die Anzahl der Angehörigen spielt keine Rolle.
- 9. A. R. 7. 1. Ein Urteil 46. Ja.
- 10. B. R. 24. 16. 1. Die Veranlagung ist zu Unrecht erfolgt. Nachdem aber anscheinend die dienöthige Beschlusseinstellung vorliegt, sind Sie zahlungspflichtig. Die Befreiung der Rente ist unzulässig.
- 11. A. R. 47. Im allgemeinen der Polizeipräsident, in einigen Fällen der Oberpräsident.
- 12. A. R. 91. Ja. Sie können noch revidieren.
- 13. Pflege 20. 1. Nein. Sie können noch klagen. 2. Das ist unzulässig. Im Grund eines Schuldtitels kann beim Gericht die Forderung der 28,85 Mark wöchentlich über die oben Lognforderung beantragt werden.
- 14. W. R. Rein.
- 15. A. R. Rein.

Witterungsbericht vom 30. Mai 1911.

Stationen	Barometer (Höhe in m)	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Morgens u. Abends)
Worms	767 DMD	1 wolken	14	Nordost	768 DMD 2 wolken 12
Darmstadt	766 ND	3 wolken	17	Petersburg	767 R 1 bedekt 14
Frankfurt	764 D	4 wolken	19	Süd	764 DMD 2 heiter 14
Frankfurt	759 ND	3 heiter	18	Oberm.	771 DMD 1 wolken 16
München	759 S	1 bedekt	15	Süd	760 R 3 wolken 16
Wien	761 DMD	1 wolken	16		

Wetterprognose für Mittwoch, den 31. Mai 1911. Zunächst vielwolbig, am Tage über bei ziemlich frischen nördlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung; später wieder ausflaren. Berliner Wetterbureau.

Wasserkrafts-Nachrichten

Wasserkraft	am 29. 5.	am 31. 5.
Reusel, Mühl	131 -2	Saale, Großauß 136 +32
Bregel, Imsterburg	35 -3	Saale, Großauß 136 +32
Reichel, Horn	212 -2	Saale, Großauß 136 +32
Ober, Rathor	240 -26	Spree, Spremberg 78 -2
Krosen	283 +29	Spree, Spremberg 78 -2
Braunsbach	225 +15	Spree, Spremberg 78 -2
Saale, Schumm	98 +3	Spree, Spremberg 78 -2
Saale, Landsberg	34 +3	Spree, Spremberg 78 -2
Reze, Rorbanum	5 -1	Spree, Spremberg 78 -2
Eibe, Vornberg	26 +12	Spree, Spremberg 78 -2
Preußen	114 -12	Spree, Spremberg 78 -2
Krosen	183 -13	Spree, Spremberg 78 -2
Krosen	183 -13	Spree, Spremberg 78 -2
Ragdeburg	160 -2	Spree, Spremberg 78 -2

h) + bedeutet Sturz, — Null, — *) Unterpendel.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Genger u. Co., Berlin SW.

Badet!

Das ist der Rohrst, der aus den Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder am 24. Mai etc. in Halberstadt heraustritt. Für viele Proletarier ist das allerdings leichter gefordert als ausgeführt. Hier muß die Gemeinde mit öffentlichen Bädern und Schulbädern vorgehen. Professor Dr. Jacob gab in großem Rahmen ein Bild von den trostlosen Zuständen, welche heute vielfach auf dem Lande hinsichtlich der Haut- und Körperpflege bestehen, herabsehend, wie notwendig hier Belehrung nötig ist, da die Bäuerinnen gar keine Vorstellung über die Wichtigkeit der Reinlichkeit und Hautpflege bei ihren Kindern haben. Der Säugling wird gewöhnlich nur einmal während seines ersten Lebensjahres gebadet, und zwar von der Hebamme nach der Geburt. Noch schlimmer wird es, wenn die Kinder das schulpflichtige Alter erreichen. Analog dem Mangel an Sauberkeit der Kinder ist es bei den Erwachsenen. Es sind viele Familien angefallen worden, welche namentlich während der kalten Wintermonate im Verlaufe einer ganzen Woche nicht einzig Mal weder die Unter- noch die Oberkleidung ablegten, sondern in ihrer Tageskleidung auch die Nacht auf ihren armseligen Schlafstätten zubrachten. Das bei dem Wohnungselend in solchen Häusern jeder Sinn für Reinlichkeit und Körperpflege fehlt, ist selbstverständlich. Ein sehr wesentlicher Grund gegen die Einführung neuer Gebräuche im allgemeinen, wie speziell auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, ist die große Armut vieler Landbewohner. Ebenso dürftig wie in den Wohnungen sieht es gewöhnlich in den Dorfschulen aus. Der Vortragende besprach sodann das ausführenden die Folgezustände, in erster Linie die zahlreichen Hautkrankheiten, welche der Mangel an Reinlichkeit und Körperpflege auf die Landbewohner und ihre Kinder ausübt. Die Erhebungen wurden in dem von 18 000 Menschen bewohnten Kreise Hümmling angestellt. Eine schwere Gefahr bezüglich der Entstehung der Tuberkulose bedeuten die schmutzigen Fingernägel, namentlich für die Kinder. Das Fehlen der Abtötung der Kinder durch lauwarme Körperwaschungen und Bäder führt sehr leicht zu Erkältungskrankheiten, die in engen Beziehungen zur Tuberkulose stehen. Unter den 6384 Kindern im Alter von 2-14 Jahren, welche Professor Jacob im Kreise Hümmling untersucht, hatten nicht weniger als 5338 Krüsenanschwellungen gezeigt. In 27 Dörfern wurden 2744 Kinder mit dem Viretverfahren auf Tuberkulose untersucht und unter den schulpflichtigen Kindern in 45,9 v. H. eine positive Reaktion gefunden, in manchen Dörfern sogar 70 v. H. der Kinder, welche bereits von Tuberkulose befallen waren. Wie die Kinder, so können auch die Erwachsenen die Entstehung zahlreicher Krankheiten auf den Mangel der Haut- und Körperpflege beziehen. Die häufigste Todesursache ist in zahlreichen ländlichen Kreisen die Lungenerkrankung; die Sterblichkeit an dieser Krankheit ist so groß, daß sie z. B. im Regierungsbezirk Coblenz mit 18,84 auf 10 000 der Bevölkerung gerechnet, der Tuberkulosesterblichkeit mit 18,97 fast gleichkommt. Der Vortragende bezeichnete vor allem als einen solchen eine geeignete und ausreichende Aufklärung der ländlichen Bevölkerung durch Vorträge, alljährlich mehrtägige Kurse für Lehrer und Lehrkräften, Ausnahme hygienischer Vorlesungen in den Lehrplan, Aufnahme kleiner Feste über Reinlichkeit und Körperpflege in die Schulbücher, Aufsätze und Diktate über dieses Thema usw. Die Kinder sind unweifelhaft die besten Apostel für die Verbreitung der Gesundheitslehre. Als sehr zweckmäßig empfehle ich, den Schulkindern ein Werkblatt zu geben, in welchem die nötigen Regeln der Reinlichkeit und Körperpflege enthalten sind, die von den Lehrern in gewissen Zeitabständen abgefragt werden müßten. Da nun in ähnlicher Weise wie die Haut- und Körperpflege auch die Zahnpflege auf dem Lande daniederliegt, so müßten in diesem Werkblatt auch einige Anweisungen zur praktischen Durchführung dieses wichtigen Zweiges der Hygiene aufgenommen werden. Stabsarzt Dr. Schemel sprach über die Bedeutung des Bades für die heranwachsende Jugend: Am richtigsten ist es, wenn die Hautpflege in frühester Jugend beginnt und den Kindern so durch die Gewohnheit in Fleisch und Blut übergeht und zu einem Bedürfnis wird, daß sie im Entbehrungsfall schmerzlich vermisst wird. Das beste Reinigungsmittel der Haut ist ein warmes Bad, Seife und eine gute Bürste, die nicht zu hart sein darf. Bei Säuglingen empfiehlt es sich, die Bäder nicht zu kühl zu machen, man mache sie etwa 36-38 Grad; diese Temperatur kann allmählich im Laufe der nächsten Jahre bis auf 34-32 Grad herabgesetzt werden. Vom dritten Lebensjahre an kann nach dem warmen Bade eine kurze kühle Douche oder kalte Abwaschung folgen. Kinder im ersten Lebensjahre sollen täglich gebadet werden, in den späteren Jahren 2-3mal wöchentlich. Erstrebenswert ist unter allen Umständen, was ja auch das Ziel der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder ist, daß das regelmäßige Baden der Kinder mit dem Beginn der Schuljahre nicht aufhöret, sondern diese weiter wöchentlich ein Reinigungsbad erhalten. Vor allem sei man bei der Anwendung von kalten Bädern mit ihrer Dauer vorsichtig. Man soll es nie zu dem sogenannten zweiten Frost kommen lassen, wo durch den anhaltenden Kältereiz die Haut ein eigentümliches, bläuliches, marmoriertes Aussehen bekommt. Die Beute müssen das Bad verlassen, so lange das zweite Reizstadium der Hautrötze und des Wärmeempfindens anhält. Der Wert kalter Bäder liegt ganz besonders darin, daß sie auf den Körper abtötend wirken und ihn gegen Erkältungen widerstandsfähig machen. Von allen kalten Prozeduren sind und bleiben das ideale Abhärtungsmittel für die Jugend die Schwimmbäder, weil sie die Wirkung des kalten Wassers mit der in gesundheitlicher Beziehung so vollkommenen Rustelung des Körpers durch das Schwimmen vereinen. Ein Luftbad ist wie das kalte Wasserbad gleichfalls ein Abhärtungsmittel, im allgemeinen nur ein weit milderes. Luftbäder können daher auch weit länger genommen werden als kalte Bäder. Am den Körper zu erwärmen, gehören zu jedem Luftbade Lungengeräte, ferner eine Douchevorrichtung zum Reinigen des Körpers. Die Sonnenbäder, deren Wirkungen als die eines Schwimmbades anzusehen sind, sollen ohne ärztlichen Rat nicht genommen werden.

Reichsbranchenkongressen der Glasarbeiter.

Der Generalversammlung der Glasarbeiter, die am Freitag beendet wurde, gingen Konferenzen der einzelnen Branchen voraus. In diesen wurden die Verhältnisse der einzelnen Berufe eingehend besprochen, und entsprechende Forderungen aufgestellt. Die wichtigste hier von wollen wir wiedergeben. Die Konferenz der Glaskleifer beschloß, mit allen Mitteln dahinzuwirken, die 8 Stunden Arbeitszeit zur Durchführung zu bringen. Bezüglich des Zwischenmeisterwesens wurde folgende Resolution angenommen: Eine der schädlichsten Einrichtungen in der Branche der Glaskleifer ist das Zwischenmeisterwesen und der mit ihm gewöhnlich verbundene Kost- und Logiszwang. Das Zwischenmeisterwesen ist ebenfalls ein zweifelhafte Ausbeutungssystem, indem die Hilfsarbeiter nicht nur bei der Lohnarbeit, sondern auch durch die oft recht traurigen Kost- und Logisverhältnisse überbeutet werden. Ferner verbürgt das Zwischenmeisterwesen unüberwindliche Gegensätze zwischen Meister und Gehilfen bei Lohnfragen, wodurch eine gesunde Entwicklung der Organisation zum Schaden für beide Teile verhindert wird. Durch mangelhafte Ernährung sowie durch Überanstrengung der jugendlichen Arbeitskräfte leidet die Gesundheit schon bei der Entwicklung derselben, und frühzeitiges Siedtum ist die Folge. Die Konferenz der Glaskleifer beauftragt deshalb den Vorstand, mit aller Entschiedenheit die Beseitigung des Kost- und

Logiszwanges beim Meister zu erstreben, und erblidt hierin den ersten Schritt zur Beseitigung des Zwischenmeisterwesens. Zur Lehrlingsfrage wurde diese Forderung aufgestellt: Die Einstellung der Lehrlinge darf nur in prozentuale Verhältnis von 1 bis 5 zu den in der Fabrik gelerntem Glaskleifern vollzogen werden. Für sorgsame Ausbildung ist von Seiten der beschäftigten Kollegen Sorge zu tragen, und sind dieselben vor jeder Ausbeutung zu schützen. Die hygienischen Forderungen wurden in dieser Resolution niedergelegt: In der Erwägung, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in den Glaskleifereien tieferartige sind, die Kranken- und Sterblichkeitsziffer eine sehr hohe ist, insbesondere die Volkstümlichkeit Tuberkulose stark unter genannten Arbeitern überhand nimmt, fordert die Konferenz energische Maßnahmen zur Verhütung genannter Uebel. Diese sollen in erster Linie darin bestehen, daß für ungenügende Ventilation der Betriebsräume, für tägliche Reinigung, für Verarbeitung von nur warmem Wasser, vor allem aber für mögliche Beschränkung der Arbeitszeit gejorgt werden müsse. Um diese Maßnahmen durchzuführen, soll die Organisation alle gesetzlich erlaubten Mittel unter Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten in Anwendung bringen. Die Konferenz der Flaschenmacher forderte auch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Da aber auch die Nachtarbeit ungemein schädlich für die Arbeiterkraft wirkt, so fordert die Konferenz gleichfalls, daß die Arbeit nicht vor morgens 5 Uhr beginnen darf und spätestens abends 11 Uhr beendet sein muß. Die dreischichtige Arbeitsweise vertritt die Konferenz und fordert die Beseitigung derselben, weil sie die überaus schädliche Nachtarbeit in sich schließt. Ferner wird die Abschaffung familiärer Nebenarbeiten, die unentgeltliche Gewährung aller Arbeitsgeräte und die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge verlangt. Zur Lohn- und Wohnungsfrage wurde diese Resolution angenommen: In der Erwägung, daß die Entlohnung der Arbeiter in den deutschen Flaschenfabriken für die angefertigten Flaschen eine sehr verschiedene ist und dieser Zustand für die Arbeiter eine sehr verheerende ist und dieser Zustand für die Arbeiter eine sehr verheerende ist und dieser Zustand für die Arbeiter eine sehr verheerende ist...

zwecks Schaffung eines einheitlichen Tarifes für alle Hütten in Verbindung zu sehen. Der Tarif wäre auf der Grundlage eines Minimalwertes von 60 Pf. pro Stunde für jeden Glasmacher aufzubauen. Weiter forderte die Konferenz die Trennung des Wohnungs- vom Arbeitsverhältnis, da sie der Überzeugung ist, daß durch das Fabrikwohnungsproblem die Arbeiter überbeutet werden. Das sind die wichtigsten Beschlüsse der Reichskonferenzen, die ein Pendant zu den Beschlüssen der Generalversammlung bilden.

Aus Industrie und Handel.

Brauer und Wirte.

Die Reichsfinanzreform hat eine erhebliche Verteuerung auch des Bieres im Gefolge gehabt. Die Gläser sind beträchtlich kleiner geworden. Der Konsument muß zweifello das Doppelte und Dreifache des Steuerzuschlages mehr bezahlen. Trotzdem klagen die Wirte über Verschlechterung des Geschäftes. Im allgemeinen dürften die Klagen nicht unberechtigt sein. Die Wirte spielen zu einem großen Teile eben nur den Steuerregulator für die Brauereien. Deren Ergebnisse waren schon im letzten Jahre teilweise besser als vor der Finanzreform. Und von der Zukunft erwarten sie noch größere Gewinnersätze. Solche Hoffnungen kommen in den Kurssteigerungen sichtbar zum Ausdruck. Das Kursniveau der Brauereistimmen ist im laufenden Jahre von Monat zu Monat gestiegen, wie sich aus der Bewegung des Durchschnittskurses der Aktien von 77 Brauereien ergibt, deren Aktien an deutschen Börsen gehandelt werden. Am Ende der ersten vier Monate des laufenden Jahres stellte sich dieser Durchschnittskurs wie folgt:

Table with 4 columns: Month (Januar, Februar, März, April) and values (171,80, 174,67, 176,43, 179,45).

Für sämtliche herkömmlichen Brauereien stellte sich die Kurssteigerung auf 7,85 Proz. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Steigerung nunmehr 13,43 Proz., denn Ende April 1910 stand der Durchschnittskurs auf 166,02. Unter den 77 Brauereien finden sich aber eine Reihe, bei denen der Kurs weit stärker als im Durchschnitt gewachsen ist. Von Brauereien, die in Westfalen domizilieren, nennen wir folgende mit besonders starken Kurssteigerungen im laufenden Jahre:

Table with 4 columns: Brauerei, Januar, April, Steigerung. Lists various breweries and their stock price changes.

Für die westfälischen Brauereien allein ergibt sich von Januar bis April 1911 eine Steigerung des Durchschnittskurses um 14,17, denn für sie stand der Kurs Ende Januar erst auf 169,81, dagegen Ende April auf 184,08. Für die Berliner Brauereien ergibt sich nur eine durchschnittliche Steigerung von Januar auf April um 9,26 Proz., indem der Durchschnittskurs Ende Januar auf 169,60, Ende April aber auf 173,86 stand. Die Berliner Brauereien, deren Aktien von Ende Januar bis Ende April um mehr als 10 Proz. stiegen, sind folgende:

Table with 4 columns: Brauerei, Januar, April, Steigerung. Lists Berlin breweries and their stock price changes.

Von der guten Konjunktur läßt das Braugewerbe die Wirte nicht profitieren. Vielmehr erkennen diese nun, wie verfehlt sie gehandelt, soweit sie versuchten, Arm in Arm mit den Brauereien den Konsumenten noch größere Kosten aufzuerlegen. Damit machten sie selbst sich zum Prellbock zwischen den Biertrinkern und dem Braukapital. Dieses ließ nachher den Verbündeten fallen, sorgte nur dafür, daß es selbst Heu in die Scheunen brachte. Waren die Wirte von Anfang an mit den Konsumenten gegen die Brauereien marschiert, dann brauchten sie nachher nicht über Wortbrüche der Brauereikönige zu klagen. Das Braukapital ist nun fein heraus: die Kurse steigen, den Aktionären läßt wieder Glanz und Glorie.

Der deutsche Oelruß.

In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Deutschen Tiefbohrergesellschaft, die in Zukunft Deutsche Erdölgesellschaft heißen wird, machte die Verwaltung die im Geschäftsbericht vermittelten näheren Angaben über die Ausdehnung des Unternehmens zum Deutschen Oelruß. Aus dem Erlös der neuen 5 Millionen Mark Aktien sollen die Rheinischen Benzinwerke, G. m. b. H., in Köln und die Hamburger Benzinwerke, G. m. b. H., in Hamburg, angekauft werden. Beide Gesellschaften verarbeiten ausländisches Rohbenzin zu Fertigfabrikaten. Die Deutsche Tiefbohrergesellschaft will ihre Erwerbungen noch ausbauen und denkt im besonderen daran, das Hamburger Werk für das außerdeutsche Geschäft herzurichten. In einzelnen sollen dann die Seeschiffe auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal, in dessen nächster Nähe die Werke liegen, beliefert werden. Ferner wurde in der Generalversammlung mitgeteilt, daß die Deutsche Tiefbohrergesellschaft sich an der Deutschen Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft mit 81 Millionen Mark von deren Aktienkapital von 16 Millionen Mark beteiligt. Sie besitzt also in dieser Gesellschaft die Majorität. Für die Hergabe der Aktien tritt die Deutsche Tiefbohrergesellschaft an die Deutsche Mineralölindustrie die Erdölbetriebe der Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerke und der Cello-Bierze-Aktiengesellschaft ab. Am diese Transaktion durchzuführen zu können, muß die Deutsche Tiefbohrergesellschaft noch die augenstehenden Aktien der beiden Unternehmen erwerben. Ueber das österreichische Geschäft, den anderen Teil der verwirklichten Transaktion, wurde mitgeteilt, daß in den Besitz der Deutschen Tiefbohrergesellschaft etwa 4 Millionen Mark Aktien der Austria-Gesellschaft und 3 Millionen Mark Aktien der Arcebinia-Gesellschaft übergeben. Dafür werden bezahlt 2,56 Millionen Mark Aktien der Deutschen Tiefbohrergesellschaft, 170 000 Mark Anteile der Deutschen Schachthausgesellschaft sowie Obligationen und Kurse von Hallwerken. Bei der Transaktion der Deutschen Tiefbohrergesellschaft ist zum erstenmal ein neuer finanzieller Modus zur Anwendung gebracht worden, um bei Fusionen die hohen Stempelkosten zu sparen, ein Modus, der dann sofort bei der Fusion der Pfälzischen Bank mit der Süddeutschen Bank wiederholt worden ist. Die 4 Millionen Mark Aktien der Deutschen Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft, die an die Deutsche Tiefbohrergesellschaft gegeben werden, werden nämlich nicht durch eine Kapitalerhöhung beschafft, sondern dadurch, daß die Aktionäre freiwillig von je vier Aktien eine zurückgeben.

Urteil gegen den Petroleumruß eitel Spiegelschere. New York, den 16. Mai 1911. Vor dem Oberbundesgerichte, der höchsten Instanz der Vereinigten Staaten erwirkte die Bundesregierung gestern ein ob-

fiegendes Urteil gegen die Standard Oil Co. of New Jersey und deren Tochtergesellschaften (amerikanischer Petroleumtrust). Es wurde die Auflösung des Trusts verfügt. Ist die „erfolgreiche“ Regierung zufrieden, so triumphieren die Unterlegenen mit Recht im Hinblick auf die Urteilsbegründung. Seit 14 Jahren bemühen sich die kapitalmächtigen Korporationen vergebens, vom Kongress (gesetzgebende Körperschaften der Vereinigten Staaten) eine Abänderung des nach Sherman benannten Anti-Trustgesetzes zu erwirken. Was das Parlament im Hinblick auf die Wähler nicht zu tun wagte, besorgte das Oberbundesgericht durch eine Auslegung des Shermangesetzes. Dasselbe bedroht jeden, der durch offenen Vertrag, geheime Verabredung oder Verschmelzung von Firmen zu einem Ring, die freie Konkurrenz im zwischenstaatlichen oder im Auslandsverkehr zu beschränken oder ein Monopol zu schaffen sucht, für jeden einzelnen Fall, mit Geldstrafe bis zu 5000 Dollar und mit Gefängnis bis zu einem Jahre. Außerdem ist die Auflösung des fehlbaren Trusts vorgesehen.

Daran, daß nicht nur die Standard Oil Co., sondern auch alle anderen Trusts die freie Konkurrenz innerhalb ihrer Branche auszuschalten und eine Monopolstellung zu erringen suchen, kann kein Zweifel bestehen.

Erlaßen wurde das Anti-Trustgesetz im Jahre 1890 auf das Drängen der mittleren und kleinen Geschäftsleute, die in dem Wahne lebten, die Gesetzgebung könne den Gang der ökonomischen Entwicklung dauernd aufhalten oder gar nach rückwärts führen. Zwei Jahrzehnte hindurch, so namentlich in einem 1893 gegen die Northern Securities Co. erlassenen Urteile des Oberbundesgerichts, wurden die Bestimmungen des Anti-Trustgesetzes in Uebereinstimmung mit ihrem Wortlaute und der Absicht des Gesetzgebers dahin ausgelegt, daß jeder Versuch zur Beschränkung der freien Konkurrenz und zur Schaffung eines Monopols verboten sei. Allerdings wußte man es trotzdem immer zu verhüten, daß einem Trust ernstliches Leid geschähe.

Gestern verließ das Oberbundesgericht den bisher begangenen Weg. Zwar verfügte es, daß der belagte Petroleumtrust innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten aufgelöst werden muß; aber zugleich sagte es in der Urteilsbegründung, daß nicht jede, sondern nur die durch Anwendung „unbilliger“ Mittel erzielte Beschränkung der freien Konkurrenz unter das Gesetz falle. Damit ist die Entscheidung der Frage, ob ein Trust zu Recht besteht oder nicht, dem freien Ermessen der Gerichte anheimgestellt. Und mit diesem haben unsere kapitalmächtigen Syndikate bis jetzt nur die angenehmsten Erfahrungen gemacht. Auf die Kunde von dem Wortlaute der Urteilsbegründung zeigten die Börsen denn auch eine festere Haltung; die Aktien der amerikanischen Riesenunternehmen, auch diejenigen der Standard Oil Co., gingen in die Höhe. Die leitenden Persönlichkeiten des Tabaktrusts, gegen welchem vor dem Oberbundesgericht gleichfalls ein Verfahren auf Auflösung schwebt, nahmen schmunzelnd von dem Erkenntnis gegen den Petroleumtrust Notiz. Der Standard Oil Co. selbst erwachsen aus dem Urteil wohl Scherereien, aber keine eigentlichen Nachteile. Sie ist eine sogenannte Holding Co., deren Tätigkeit sich darauf beschränkt, den kontrollierenden Anteil der Aktien von Petroleumraffinerien, Naturgasquellen, Petroleumrohrleitungen usw. zu erwerben, den Betrieb der Tochtergesellschaften einheitlich zu gestalten und durch alle, auch die verwerflichsten Mittel die „Outsiders“ (unabhängige Petroleumproduzenten) zu ruinieren. Nach dem jetzt ergangenen Urteil muß der aus der Standard Oil Co. of New Jersey und deren Tochtergesellschaften bestehende Petroleumtrust aufgelöst werden. Aber das Oberbundesgericht legte gleich lindernden Balsam auf die dem gierigsten aller Trusts geschlagene Wunde. Denn in der Urteilsbegründung heißt es, ein Verbot gegen das Shermangesetz könne nicht von vornherein angenommen werden, falls die Standard Oil Co. of New Jersey aufgelöst worden sei und Tochtergesellschaften derselben sich wiederum zusammenschließen.

Den Rat werden die Rockefeller, Flagler, Rogers usw. auch befolgen. Wenigstens meint Alfred D. Eddy, Chef-Jurist des Petroleumtrusts, heute: „Die Standard Oil Co. wird ihr Geschäft unbeeinträchtigt weiter betreiben; nur daß in der Organisation Veränderungen vorgenommen werden, um dem Gesetz und den ergangenen Urteilen Rechnung zu tragen.“

So hat die Standard Oil Co. in dem am 15. November 1908 angehängten Prozesse vor dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine Niederlage erlitten; aber der Petroleumtrust und die anderen Trusts haben einen Triumph zu verzeichnen. Durch eine höchstgerichtliche Entscheidung wurde dem Anti-Trustgesetz jegliche Bedeutung genommen.

Ermahnt man noch werden, daß das Urteil des Oberbundesgerichts in Uebereinstimmung steht mit einer Anregung, die in der im Januar 1910 vom Präsidenten Laft an den Kongress gerichteten Botschaft enthalten war. Diktirt wurde das Urteil von politischen Erwägungen. Der Petroleumtrust, dieses verhasste und räuberische aller Syndikate, wird aufgelöst: Beruhigungsmittel für das Volk. Aber soweit sie nicht „unbillige“ Mittel zur Beschränkung der freien Konkurrenz anwenden, liegt den Trusts nichts im Wege: Praktische Freundschaft für Trusts und Großkapital.

Verfassungen.

Die Jahreshalle Berlin des Tabakarbeiterverbandes hielt am Donnerstag im „Rosenhals Hof“ eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt wurde. Die Hauptklasse schließt in Einnahmen und Ausgaben mit der Bilanzsumme von 5880,10 M. ab. Die größten Ausgabenposten sind: für Arbeitslosenunterstützung 1045,30 M., für Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 1245,20 M., an die Hauptklasse gefandt 1300 Mark. Die Bilanzsumme der Lokalfasse ist 7908,23 M.; ihr Bestand ist im Laufe des Quartals von 6943,68 M. auf 7041,98 M. gestiegen. Nach der Berichterstattung wurde die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress vollzogen; gewählt wurde der Gauleiter Kiesel. Sodann beschäftigte die Versammlung ein Antrag, Berlin in der Zigarrenbranche für den Zugang von Arbeitskräften zu sperren und zwar wegen außerordentlich großer Arbeitslosigkeit. Der Antrag wurde jedoch nach kurzer Debatte zurückgezogen und die Versammlung erteilte der Ortsverwaltung Auftrag, im Tabakarbeiter einen Artikel über die traurige Lage in der Zigarrenindustrie Berlins zu veröffentlichen. Ferner fand unter Verschiedenem eine rege Debatte über die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie statt. Diese Angelegenheit soll in der nächsten Versammlung weiter zur Sprache gebracht werden.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Aus aller Welt.

Anwetterkatastrophe in Süddeutschland.

16 Menschen umkommen.

Ein schweres Unwetter, verbunden mit Wolkenbruch und Hagelsturz, richtete am Montag in Württemberg großen Schaden an.

In Grünsfeld wurde eine Mühle umgerissen. Der Besitzer sowie drei Personen ertranken. Nach Grünsfeld sind zwei Hilfskompagnien abgegangen. — Auch in Baden ist am Montag nachmittag durch schwere Gewitter großes Unheil angerichtet worden. Am heftigsten betroffen wurden die Gemeinden Sedenheim, Friedrichsfeld, Ebingen, Redarhausen und Paimar. Es hagelte $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Stunden. Die Obstbäume wurden entlaubt, die Feldfrüchte sind vollständig vernichtet; auch viel Geflügel ist erschlagen. Die Singvögel liegen zu Hunderten in Gärten und Feldern. Ein wolkenbruchartiger Regen schwenkte die Erde weg und drang in die Keller der Häuser ein. — In Paimar wurden sechs Häuser von der Flut weggerissen. Zwölf Personen, unter ihnen eine ganze Familie, sind ertrunken. Durch den Sturm wurden viele Dächer abgedeckt und viele Fensterscheiben zertrümmert. Jahn bis zwanzig Zentimeter hoch lagen Eisstücke in Größe von Laubeneiern und verwandelten die Gegend in eine Winterlandschaft. Eine Frau, die von Hagelkörnern auf den Kopf getroffen wurde, erlitt eine Gehirnerschütterung.

Vom Fernflug Paris-Rom-Turin.

Da Beaumont am Montagabend Nizza noch als erster erreichte, fällt ihm der erste Etappenpreis von 108 000 Fr. zu. Eine knappe Stunde später traf auch Garros in Nizza ein. Auch er hat also die 900 Kilometer binnen zwei Tagen zurückgelegt. Frey erreichte am Dienstag früh das Ziel der ersten Etappe.

Garros setzte dann am Montag früh seinen Flug fort, um gegen 8 Uhr in Genua zu landen. Von dort stieg er bald wieder auf, um gegen Mittag in Pisa einzutreffen, von wo aus er am Mittwoch nach Rom weiterzufliegen gedenkt. Garros hat die mehr als 1200 Kilometer bis Pisa, von denen er ja die beiden letzten Strecken zum großen Teile über dem offenen Meer zu fliegen gezwungen war, in drei aufeinanderfolgenden Tagen zurückgelegt, damit also einen neuen glänzenden Rekord im Ueberlandflug aufgestellt. Auch Frey setzte am Dienstag von Nizza aus seinen Flug fort, um gegen 6 Uhr nachmittags in Genua zu landen.

Beim Sachsenrundflug

wurde der Flug über die letzte Etappe wegen stürmischen Wetters auf Mittwoch verschoben. — Von Dresden aus ist der Harlanflieger Hoffmann auf dem Luftwege in Chemnitz eingetroffen. Er gebraucht zur Zurücklegung der 70 Kilometer nur 33 Minuten.

Der rollende Kubel?

Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, wurde am Dienstag auf Befehl des Senators Nedem eine Hausdurchsuchung in den Petersburger Fabrik- und Verwaltungsräumen der Firma Siemens u. Halske vorgenommen. Senator Nedem ist beauftragt mit der Untersuchung der Unterschleife beim Bau der sibirischen Eisenbahn.

Ein öffentlicher Ankläger als Angeklagter.

In Stolp in Pommern stand gestern vor dem Landgericht ein Gerichtskassellan vor den Schranken, weil er Unregelmäßigkeiten begangen haben soll. Schließlich wurde mitgeteilt, daß das Urteil gegen den Angeklagten ausgesetzt werden müsse, weil der frühere Amtsanwalt und jetzige Majoratsbesitzer Egidy den Angeklagten zu einer Ungeheuerlichkeit verleitet habe. Außerdem habe der Amtsanwalt sich noch andere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, u. a. habe er in Halle seine Eidspflicht verletzt. Aus diesem Grunde sei gegen Egidy ein Verfahren eingeleitet worden.

Die Schätze eines Nachfolgers Christi.

Wie die Blätter aus Messina melden, haben unbekannte Täter im erzbischöflichen Palaste einen Diebstahl begangen und kostbare kirchliche Gegenstände im Werte von einigen Millionen Lire entwendet, unter anderem einen goldenen, mit prächtigen Steinen geschmückten Mantel, der einen wirklichen Wert von 100 000 Lire besitzt, dessen historischer Wert aber auf 3 Millionen Lire geschätzt wird.

Ein böser Reinsfall.

Aus Pest wird dem „Wiener Fremdenblatt“ folgendes nette Geschichtchen erzählt: Bei der letzten Penjaberteilung wurde ein Schüler eines hiesigen Obergymnasiums in seinen Geographielehrkenntnissen sehr ungenügend beurteilt. Der Vater des Knaben suchte nun den betreffenden Lehrer auf und gab ihm die Versicherung, daß es um die Kenntnisse des Schülers nicht so schlecht stünde, da er ihn vor jeder Geographiestunde überprüfe. Der Professor sah den Herrn lächelnd an und meinte schließlich: „Was verstehen Sie von Geographie? Sie wissen ja nicht einmal, wo London liegt.“ Verschämt entfernte sich der Besucher, hinterließ aber im Vertrauen des Sprechzimmers eine Visitenkarte, auf der geschrieben stand: „Nobelin Adelseligth., o. d. Prof. der Pester Universität für Kosmographie und Geophysik, korrespondierendes Mitglied der Akademie, Mitglied der Geographischen Gesellschaft usw.“

Schlechte Kniebeuge.

In der „Westdeutschen Lehrer-Zeitung“, Zeitschrift zur Förderung der katholischen Schule und des Lehrerstandes, macht ein Mitarbeiter darauf aufmerksam, daß die Art und Weise, wie in den Kirchen des Westens die Kniebeuge vor dem Sakrament gemacht wird, geradezu eigenfremd und unangenehm“ berühe. Kinder sowohl wie Erwachsene machen, wenn sie am Altarsteintisch vorbeigehen, höchstens einen Knicks, wie man ihn vor Menschen mache, niemals aber eine Kniebeuge, wie er dem Göttlichen ziemt. Die Hauptschuld an diesem Uebel treffe die Lehrer, da sie erstens auf derartige Dinge gar nicht oder doch nur äußerst wenig achten und da sie es zweitens vielfach selber nicht besser machen. Und der Herr Lehrer richtet nun an seine Amtsgenossen folgende Mahnung:

Die Jeremien sind nicht nur äußere Zeichen, sie sind auch gleichzeitig Gottesverehrung und Gott wohlgefällig. Aber nun wir sie auch so, wie es sich gehört und wie es der göttlichen Autorität entspricht: mit Gedacht und Ehrerbietung. Nun wir dies äußerlich andächtig, dann ist auch leichter anzunehmen, daß es innerlich ge-

chießt, denn am äußeren Menschen erkennt man meistens den inneren, auch in religiöser Hinsicht. Machen wir selbst eine gute Kniebeuge und gehen wir so den Kindern mit gutem Beispiel voran. Halten wir aber auch die Kinder entschieden dazu an.

Die Schuld an der schlechten Kniebeuge liegt beim Zentrum. Da es stets bestrebt war, dem Religionsunterricht in der Volksschule einen möglichst breiten Raum zu sichern, leidet neben anderen notwendigen Lehrstoffen auch der Turnunterricht.

Kleine Notizen.

Folgenschwere Pulverexplosion. Im Hause eines Steinbruchmeisters in Lunel in Frankreich explodierte der im Keller aufbewahrte Pulvervorrat. Zwei Personen wurden getötet, das Haus wurde zerstört.

Zehn türkische Landleute ermordet. Wie ein Telegramm aus Salonik meldet, sind auf der Landstraße bei Florina zehn Landleute ermordet aufgefunden worden. Der Bevölkerung im Bezirk Florina hat sich infolgedessen große Erregung bemächtigt.

Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. In der Nähe von Mac Coo! (Nebraska) erfolgte ein Zusammenstoß zweier aus entgegengesetzter Richtung kommender Züge der Chicago Burlington and Quincy-Bahn. Dabei wurden neun Personen getötet.

Waldbrände in Japan. Ein riesiger Brand ist in den Waldungen der japanischen Insel Hokkaido ausgebrochen. Hunderte Städte sind vom Feuermeer umgeben. Auch Steinöhlengruben brennen. Dreihundert Quadratwerst sind verwüstet, mehrere Menschen umgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaß für Lehrende und Lernende. II. Teil. Von Franz Mehring. Preis 1,25 M. Beide Teile im Leinenband 2,50 M.

Der sieben zur Ausgabe gelangte II. Teil hat folgenden Inhalt: Zwischen zwei Revolutionen. — Eine Weltwende. — Neues Leben in Deutschland. — Revolutionäre Literatur. Deutscher Sozialismus und Proletariat. Weiling. — Unter dem romantischen Könige. — Marx und Engels. — Die deutsche Revolution und ihre Folgen. — Die Märzrevolution. — Die Gegenrevolution und ihr Sieg. — Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung. — Die fünfziger Jahre. — Der deutsche Sozialismus. — Lassalle. — Die Revolution von oben. — Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. — Die Anfänge der deutschen Krise. — Der Norddeutsche Bund. — Lassalleaner und Eisenacher. — Kaiser und Reich. — Die deutsche Sozialdemokratie. — Gründungszeit und Kulturkampf. — Die Einigung der Arbeiterpartei. — Nationaler Umkehr. — Das Sozialistengesetz. — Die milde Praxis. — Stenard's Sturz.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen. Geschichte der Revolutionen. Von H. Conrad. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft zum Preise von 20 Pf. Die Hefte 30 und 31 sind erschienen. Probehefte durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, (eben ein Führer, der in allen einschlägigen Fragen ein guter Ratgeber sein dürfte. Bei der Bemerkung der in Frage kommenden Gesetzgebung wird er manche Unklarheit beseitigen und dadurch gute Dienste leisten.

Der Inhalt ist folgender: Einleitung. — Evangelisches Kirchensteuerrecht. — Die Steuerpflicht. — Beginn und Endigung der Steuerpflicht. — Grundzüge der Steuerrechnung. — Steuerpflicht in gemischten Ehen. — Rechtsmittel gegen die Veranlagung. — Nachforderung von Kirchensteuern. — Verjährung. — Zwangsvollstreckung. — Anwendbarkeit der Gesetze. — Strafbestimmungen. — Katholisches Kirchensteuerrecht. — Der Austritt aus der Kirche. — Alphabetisches Sachregister.

Der billige Preis von 20 Pf. macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage.

Marktpreise von Berlin am 29. Mai 1911, nach Ermittlung des Römischen Volksgeldwunders. Markthallenpreise (Rheinland). 100 Kilogramm Weizen, weiß, vom Acker 30,00—50,00. Gersteböden, weiß 30,00—50,00. Unken 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,00. Kalle 1,40—3,00. Jander 1,40—3,80. Hechte 1,20 bis 2,80. Barsche 0,80—2,00. Schleie 1,20—3,40. Stiele 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 2,00—3,00.

Zum Pfingstkuchen

empfehle meine seit 15 Jahren als vorzüglich erprobten Mehle sowie sämtliche Zutaten zu billigsten Preisen.

Hermann Halff

Mehl-Handlung

Berlin — Rixdorf.

1. Geschäft Grüner Weg 36

2. „ Invalidenstr. 160

3. „ Koppenstr. 95

4. „ Hermannstr. 227

5. „ Berliner Str. 95

6. „ Hermannstr. 156.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Kleblings Wanderbuch

für die Mark Brandenburg

3 Teile, mit 58 Karten.

Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins Preis 1,50 M.

Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.

Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

Straubes Märchisches Wanderbuch

4 Teile, mit 76 Karten je 1.— M.

Silva, Märchischer Wander-Atlas

mit 16 Karten, Part. 1.— M. Atlas, mit 22 Karten geb. 1,50 M.

Lüders Wanderbücher

durch die Mark Brandenburg

I. Teil: Stettiner, Briegener, Dübahn.

II. Teil: Silesische, Götlicher, Dresdener Bahn.

6 Jahrg. je 1.— M.

Spezialarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

DIE NEUE MARKE.

JOSETTI ADMIRAL

BESTE 4-PFENNIG-CIGARETTE

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 55.)
Nachruf.
Am 24. d. M. verstarb in Thüringen unser Mitglied, der Schlosser
Kurt Thiele
Potsdamer Str. 112b.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits in Thüringen stattgefunden.
211/2 Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“
M. d. A. T. B.
Am 28. Mai starb nach langem, schwerem Leiden unser pflichtgetreuer Turngenosse
Emil Seitz
im Alter von 23 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolaikirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Albert Eich
am 28. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Reichsgerichtshofes am Markendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion 4. Gips- u. Zementbranche
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Einhalter
Paul Gaedecke
im Alter von 33 Jahren am 27. Mai gestorben ist. 138/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 31. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolaikirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Sektionsvorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Paul Hercht
am 28. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Reichsgerichtshofes am Markendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Durch die traurige Nachricht, daß am 26. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, nach langem, schwerem Leiden meine liebe Mutter und Schwiegermutter
Frau verm. Justine Prütz geb. Riethling
im 67. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Karl Prütz und Frau.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai, nachm. 5 Uhr, vom Krankenhaus Moabit, Pankstraße 62/63, aus nach dem neuen Paul-Friedhof, Wilmersdorf, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Johann Gaidzik
am 28. d. M. an einem Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolaikirchhofes in der Rüdigerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/1 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Allen Teilnehmern bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders
Willi Knauer
lagen wir unseren innigsten Dank.
Familie E. Knauer.

Turnverein „Fichte“.
Nachruf.
Im Alter von 15 Jahren verstarb unser Jugendbursche
Viktor Höhn.
10. Lehrlingsabteilung.
Wir verlieren in demselben einen regen und fleißigen Turner.
Ehre seinem Andenken!
202/3 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Gustav Mallon
sage ich allen Verwandten, Kollegen und Freunden, insbesondere dem 2. Wahlkreis, den Genossen des 153. Bezirks und dem Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.
Sophie Mallon und Kinder.

Dankfagung.
Sage meinen lieben Vätern, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Gastwirt Wilhelm Heinrich
den besten Dank.
Wwe. Marie Heinrich
nebst Kindern. 1164/2

37. Kommunalwahlbezirk

Öffentl. Kommunalwähler-Versammlung
Sente Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
in Senfelfs Harmonie, Invalidenstr. 1a.

Tages-Ordnung:
1. Die Stadtverordnetenwahl im 37. Kommunalwahlbezirk. Referent: Stadtverordneter Dr. Hermann Weyl. 227/18*
2. Aufstellung des Kandidaten. — 3. Diskussions.
Das Wahlkomitee. V. A.: W. Banmann, Bernauer Str. 9.

Steinarbeiter.
Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Mitglieder-Versammlung der Sektion I (Sandsteinarbeiter).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Ad. Ritter über: „Das Innungswesen und seine Bedeutung für die Arbeiter.“
2. Gemeindefachliches.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
171/20* **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dient am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70.
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose



Herkules
tragen.
„Unerreichte“ Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähten m. stark. Gaze.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 23
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis und franko
Nachdr. verboten.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69
(Aden).
Sobald erschienen:

Moabit
Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft.
Preis 20 Pfennig.

Die Moabiter Kravatte und deren Folgen werden fortgesetzt im Vordergrund des politischen Lebens. Diese populär geschriebene Darstellung der Ursachen, des Verlaufes und der Folgen dürfte daher einem allgemeinen Wunsch entsprechen. 245/12

Vor dem Feste grosser Andrang in den Nachmittagsstunden! Besuch möglichst Vormittags erbeten!
Jede Piece wird bis Pfingsten tadellos geändert! Zusendung prompt bis Sonnabend abend!

Westmann
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Für den Pfingstbedarf:

150 bld-schöne Leinen-Kostüme alle Größen sonstiger Preis bis M. 45.00	300 wunderbare Batistblusen alle Größen sonstiger Preis bis M. 12.00
200 fussireie Röcke engl. und Kammeren alle Größen sonstiger Preis bis M. 19.00	100 Seidenmäntel (reineid. Duchesse-Muselin) sonstiger Preis bis M. 42.00
150 Tüllmäntel a. Solde gefügt. (für stärkste Figur.) sonstiger Preis bis M. 15.00	200 Kammgarn-Kostüme blau u. grau (f. sehr starke Figur.) sonstiger Preis bis M. 52.00
150 weisse Cheviot- u. Bast-Kostüme	

M. 48.00 darunter Modelle bis M. 180.—



73 M. Glogau M. Glogau 73

1 pro Woche M. 1 pro Woche M.

M. Glogau
Alte Jakobstrasse 73 Dresdener Ecke

1 pro Woche M. 1 pro Woche M.

Verlangen Sie gratis Ihren Wertbon Beim Einkauf v. 30.— Bon: Wert 3.— Beim Einkauf v. 50.— Bon: Wert 5.— Beim Einkauf v. 80.— Bon: Wert 10.—	Auf Kredit Damenkostüme Blusen, Röcke Mäntel, Paletots Jupons, Wäsche Herren-Anzüge Knaben-Anzüge Ulster, Paletots elegante Neuheiten! Möbel
--	---

73 M. Glogau M. Glogau 73

Frack Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg
Tor. Eleg. Grad. Gehrod
1.50, Gofe 1.00, Weste 50 Pf.

Kufeke
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
-Kindernahrung
-Krankenkost

Auf der Hand
Nagt es, dass, wer auf der Höhe bleiben will, seiner Kundschaft auch besondere Vorteile bieten muss. Um jedermann die Möglichkeit zu geben, seinen Sommerbedarf zu decken, stellen wir die Abzahlungsbedingungen bis auf weiteres ganz besonders günstig. Wir empfehlen in grosser Auswahl —
auf bequeme Teilzahlung

Herren-Anzüge
1 Anzug 15 M. Anzahl 3.00
1 Anzug 21 M. Anzahl 4.00
1 Anzug 27 M. Anzahl 5.00
1 Anzug 34 M. Anzahl 6.00
1 Anzug 42 M. Anzahl 8.00

Paletots u. Ulster
1 Paletot 18 M. Anzahl 3.00
1 Paletot 24 M. Anzahl 4.00
1 Ulster 30 M. Anzahl 5.00
1 Ulster 36 M. Anzahl 6.00
1 Ulster 45 M. Anzahl 8.00

Damen-Konfektion
Paletot 15 M. Anzahl 3.00
Paletot 23 M. Anzahl 5.00
Kostüme 30 M. Anzahl 6.00
Kostüme 39 M. Anzahl 10.00

S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthaler Str. 54

Parteisekretär-Gesuch
Für den Wahlkreis Raumburg-Weissenfeld-Zeitz soll ein Parteisekretär angestellt werden. Die Einstellung erfolgt sofort nach Wahl, spätestens aber bis zum 1. Juni. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis spätestens 10. Juni einzusenden an H. Leopoldt, Zeitz, Boltzmannstr. 2a. 202/1

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
(E. G. Nr. 2. Hamburg.) Verw. Verwaltung Berlin.
Freitag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. — 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 253/6*
Der Vorstand.
V. A.: Richard Schröder, Berlin O., Lützner Str. 7, n. IV.

Verband der Bureauangestellten.
Bureau: Einlenstraße 8. — Telephon VII. 605.
Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
in den Musikerkälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m.
Tages-Ordnung:
1. Protest gegen die Angriffe des Grafen v. Westarp auf die Kassenangestellten. — 2. Kassenbericht. — 3. Wahl der Ortsbeamten. — 4. Stellungnahme zum Verbandstag. — 5. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. — 6. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag. — 7. Verbandsangelegenheiten.
Der Graf v. Westarp, M. d. R., ist zu der Versammlung brieflich eingeladen worden.
Das Erscheinen aller Verbandmitglieder ist dringend erforderlich.
45/7 **Die Ortsverwaltung.**

Carola-Kinderstiefel

Extra-Preise bis Pfingsten

Kinder-Schnürstiefel „Carola“

Vorzügliches Sohlen- u. Oberleder-Material • Chevreau, Boxcalf • Lackkappe, Derbyschnitt etc. • Auch in braun Ziegenleder • Elegant u. strapazierfähig • Einheitlicher Preis für alle Ausführungen.

25-26 4⁸⁰ 27-30 5⁸⁰ 31-35 6⁸⁰ 36-40 7⁸⁰

Braun (für den Sommer):

25-26 5⁸⁰ 27-30 6⁸⁰ 31-35 7⁸⁰ 36-40 8⁸⁰

Kinderstiefel „Carola extra“

Sohlen- und Oberleder-Material garantiert aus dem Kern geschnitten Zum Schnüren od. Knöpf. • Feinste Verarbeitung Chevreau, Boxcalf, auch mit Lackkappe, Derbyschnitt etc. • Sehr elegant und unverwundlich. • Einheitlicher Preis für alle Ausführungen.

25-26 6⁸⁰ 27-30 7⁸⁰ 31-35 8⁸⁰ 36-40 9⁸⁰

Braun (für den Sommer):

25-26 7⁸⁰ 27-30 8⁸⁰ 31-35 9⁸⁰ 36-40 10⁸⁰



Weitestgehende Garantie für jedes einzelne Paar.

Carl Stiller junior



Schutzmarke

W. Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Mädlerhaus)

W. Königgrätzer Str. 124-129
Hotel Fürstenhof

S. Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße

Theater und Vergnügungen



Mittwoch, den 31. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. *Wala. Cavalleria rusticana.*
Königl. Schauspielhaus. *König Richard III.*
Neues königl. Oper-Theater. *Polnische Wirtschaft.*
Deutsches. *Haust. 1. Teil.*
Anfang 8 Uhr.
Kammerkeller. *Samurin. Vesping. Glaube und Heimat. Komische Oper. Den Troubadour. Berliner. Hummelstübchen. Neues. Wein erlauchter Ahnherr. Neues Schauspielhaus. Eine Million.*
Kleines. *Der Selbsthändel. Weiden. Die lustigen Nibelungen. Lustspielhaus. Meyer. Trännen. Das Prinzen. Anfang 8 1/2 Uhr.*
Thalia. *Geschlossen.*
Schiller u. Wagner-Theater. *Der große Name.*
Schiller-Charlottenburg. *König Heinrich.*
Friedrich-Wilhelmstädtisches. *Maria und Magdalena.*
Kasernenluft.
Lustspielhaus. *Meyers.*
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. *Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.*
Vorher: *Die Verlobung im Bett.*
Donnerstag: *Kaiserin.*
Auf der Gartenbühne täglich 5 Uhr: *Theaterkonzert, Konzert, Spezialitäten.*
Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund. *Musik von Rudolf Keiser.*
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. *Anfang 8 Uhr. Rangien gestattet.*
Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
des großen Reprogramms.
9 1/2 Uhr: *Berlins Sensation: Am ein Weib.*
Großes amerikanisches Lustspiel. *Sensationsstück in sieben Akten. Nie gesehene Effekte.*
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als *Wische im Dosenrod.*
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Wagner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: *Der große Name.*
Donnerstag, abends 8 Uhr: *Im Klubsessel.*
Freitag, abends 8 Uhr: *Revolutionshochzeit.*
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: *König Heinrich.*
Donnerstag, abends 8 Uhr: *Revolutionshochzeit.*
Freitag, abends 8 Uhr: *Maria und Magdalena.*
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 31. Mai, 8 Uhr: *Kasernenluft.*
Morgen und folg. Tage: *Kasernenluft.*
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: *Meyers.*
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. *Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.*
Vorher: *Die Verlobung im Bett.*
Donnerstag: *Kaiserin.*
Auf der Gartenbühne täglich 5 Uhr: *Theaterkonzert, Konzert, Spezialitäten.*
Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund. *Musik von Rudolf Keiser.*
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. *Anfang 8 Uhr. Rangien gestattet.*
Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
des großen Reprogramms.
9 1/2 Uhr: *Berlins Sensation: Am ein Weib.*
Großes amerikanisches Lustspiel. *Sensationsstück in sieben Akten. Nie gesehene Effekte.*
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als *Wische im Dosenrod.*
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Luna-Park
Sonnabend, den 3. Juni:
Elite-Tag.
Feenhafte Parkbeleuchtung.
Eröffnung der Straße von **Cairo.**
85 Eingeborene aus dem Nillande.
Eröffnung der größten Lichtschau der Erde **Johnstons Untergang.**
4 Kapellen.
Hippodrom Lehmann.
Sensationelle Attraktionen.
Sonntag, den 4., und Montag, den 5. Juni:
Wiederholung aller Festlichkeiten.
Feenhafte Parkbeleuchtung. 4 Kapellen.
Eintrittspreis 50 Pf. Eintrittspreis 50 Pf.
Neue Welt.
Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Ganz neues Programm: *Ermakow, tatarische Kriegsspiele. Smeerlape mit seinen dressierten Schweinen. Maire, erster Tenor der Metropolitan-Oper New York. Teufelsrad, neueste Belustigung.*
Pangestfeiertage Frühkonzerte 5 Uhr. *Großes Promenaden-Konzert.*
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage: *Das Prinzen.*
Liebesphantasie in 3 Akten v. R. Wisk. *Anfang 8 1/2 Uhr.*

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
den abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterplätzen.
WINTERGARTEN
Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf bathers
eine Idylle am Meeresgestade.
De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan.
- Rauchen gestattet -
Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Heute geschlossen.
Wingert:
Eröffnung der Sommerpielzeit.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonnabend, den 3. Juni: *Deffentl. Generalprobe bei freiem Entree.*

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
1., 2. u. 3. Pfingstfeiertag:
Theater, Spezialitäten
Anfang: *Konzert 5 Uhr, Theater 6 Uhr.*
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Reserviert 75 Pf., Entree 50 Pf.
Casino-Theater
Göttinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 31. Mai:
„Zwei Wappen“.
Wiedereröffnung den 26. August mit der Original Berliner Fosse *„Der selbige Guldshindts“.*
Voigt-Theater
Gesandtenbrunn, Badstraße 58.
Keine Vorstellung.
Beginn der Sommeraktion:
Sonntag, den 4. Juni 1911
(1. Pfingstfeiertag).
Goldene Jugend
u. das große Spezialitätenprogramm.
Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena. Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett **Montreal**
Die Stadt auf Schlittschuhen.
100 Mitwirkende 100
Apachen-Tänze auf dem Eis.
Die Eis. ist v. 10 U. früh geöffnet.
Anerk. vorzügliche Restauration.
Blor- und Weinabteilung.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenpreise.
Königstadt-Kasino.
Polymartstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luissets. Otto Bayer.
Dunst Hengrich. Anita Ravara u. a.
Anfang 1 1/2 Uhr. Sonntag 1 1/2 Uhr.
Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: *Erntefest Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.*
Zeitbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schuh bietend.
Donnerstag: *Elftag.*

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: *Bummelstudenten.*
Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als *Wische im Dosenrod.*
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Lebend!
Hede Kosch
das Mädchen aus der Steinzeit!
Das Urbild der Menschwerdung, und die anderen Schmaattraktionen.
Ohne Extra-Entree!

Herrnfeld Theater
Heute letzte Vorstellung.
Das Scheidungs-Konzer.
Die Bar-Schwester.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Wiedereröffnung am 1. August a. c.
Folies Caprice.
Zum letzten Male:
III. Klasse.
Morgen Premiere
Parisiana-Ensemble.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Kammerspiele der Hunde.
Ota Gygi, Violinvirtuose.
Alt-Bonner Studenten und das große Mai-Programm!

PAUL HANKE'S Brotbäckereien

liefern das größte im Geschmack vorzüglichste Roggenbrot Bäckereien in allen Stadtteilen Berlin und Umgegend.

Die Firma hat die Forderungen der Gesellen bewilligt. Beglaubigt Karl Hotzschold.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen, Ortsverwaltung Berlin. Der Generalversammlung, die am Sonnabendabend in den „Arminhallen“ stattfand, lag der Bericht der Verwaltung für das erste Vierteljahr 1911 vor. Der Vorsitzende Schwittau, der einen Ueberblick über die reiche Tätigkeit des Vorstandes gab, beklagte sich zugleich, daß die Mitglieder es so oft veräußen, von wichtigen Vorgängen in den verschiedenen Betrieben der Verwaltung ihres Verbandes rechtzeitig Kenntnis zu geben. Dadurch werde die Arbeit des Vorstandes sehr erschwert. Wenn durch Betriebsversammlungen Lohnbewegungen eingeleitet werden, wenn wichtige Beschlüsse anderer Art zustande kommen, und die Maschinisten und Heizer sind daran beteiligt, so dürften sie niemals veräußen, sofort den Vorstand zu benachrichtigen. Den Besuch der Betriebsversammlungen dürften die Mitglieder ebenso-

wenig veräußen, denn sie haben sich nach den gefaßten Beschlüssen zu richten, und die Verwaltung müsse davon stets genaue Kenntnis haben.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des ersten Quartals d. J. 1759 gegenüber 1721 am Schluß des vergangenen Jahres. 128 Mitglieder wurden neu aufgenommen, 33 kamen aus anderen Verbänden, 10 traten zu anderen Verbänden über, 105 Mitglieder mußten gestrichen werden. Im Laufe des Quartals fanden statt: 5 Sitzungen der Verwaltung, 1 Generalversammlung, 2 Versammlungen mit Vorträgen, 2 Versammlungen für Brauereien, 2 für Warenhäuser, 41 Betriebsversammlungen, 8 Kartellsitzungen, 37 Verhandlungen und Konferenzen, 1 Sitzung des Einigungsamtes, 1 Vertrauensmännerversammlung; dazu kamen die Bezirksversammlungen und Sitzungen, sowie noch 2 Versammlungen für die Berliner Elektrizitätswerke. Sechs Lohnbewegungen hatte der Verband zu führen resp. war daran beteiligt, und es gelang, manche Wünsche in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne

zu erfüllen. Für 50 beteiligte Berufsgenossen (darunter 43 bei Vorfia) wurde eine Lohnerhöhung von 72,88 M. pro Woche erzielt. — Wegen Lohnunterschieden wurden 6 Klagesachen beim Gewerbegericht anhängig gemacht. Ueber den Ausgang dieser Klagen ist die Verwaltung von den betreffenden Kollegen nicht unterrichtet worden, was Schwittau wiederum scharf rügte. Er sprach zum Schluß seines Berichts über das Kartellverhältnis zu anderen Organisationen, was in vieler Beziehung nicht befriedigend sei.

Den Kassenbericht erstattete H. Holz. Der Einnahme von 12814,35 M. im ersten Vierteljahr 1911 steht eine Mehrausgabe von 135,80 M. gegenüber; somit ist eine Mehrausgabe von 135,80 M. vorhanden. Der Kassenbestand betrug am Ende des Quartals 14824,46 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Unterhaltung an 68 arbeitslose Mitglieder 1666,42 M., an 91 kranke Mitglieder 3019,01 M., an Gemahrgelte 77 M., in Sterbefällen 1030 M., für Rechtschutz 74,50 M.

Den Berichten folgte nur eine kurze Diskussion.

8 Sonder-Preise

Sommer-Joppen

- Grünlicher Baumwollstoff 90 Pf. hinten mit Zug, soweit Vornst. M.
- Dunkelgrauer Waschstoff hinten mit Quert oder Zug M. 2.25
- Praktischer grauer Loden mit oder ohne Quert M. 3.00
- Blaugrauer Waschstoff Kespergewebe mit Quert M. 2.90

Lüster-Jacketts

- Schwarzer Lüster, soweit Vornst. M. 1.85
- Schwarzer Panama-Lüster, solide Qualität M. 3.00
- Grau gemusterter Lüster, gestreift und kariert M. 4.50
- Cremlüster für Strand und Sommerfrische (Einsg für Bastelide) M. 7.50

- Moderne Strohhüte neueste Form. M. 1.50
- Panama-Hüte fertig garniert, hochfein M. 6.00
- Wasch-Westen neueste Dessins . . . M. 1.95



Bast-Anzüge, Tennis-Anzüge, Weiße Anzüge, Westen-Gürtel, Staubmäntel, Reisemäntel, Leichte Ullster, Dünne Regenmäntel Sommermützen, Stoffhüte, Sporthemden, Bunte Oberhemden etc.

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

- Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
- Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 42 (Letzte Moden) kostenfrei.

**? Waren Sie ?
schon**

Jemals vor einem Möbel-Einkauf zur Besichtigung der schönen Ausstellungen

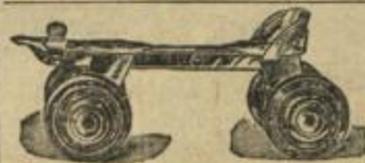
**? bei
Otto Piehl ?**

Brunnenstr. 120

Dort

finden Sie, was Sie suchen:

1. Reelle Bedienung.
2. Solide Waren.
3. Billigste Preise.
4. Grosse Auswahl.
5. Teilzahlung ohne Preisaufschlag.



„Tipp-Topp-Rollschuhe“

aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin

Bülow-Str. 66

im Hause von Mix & Genest hinter der Luther-Kirche

— sind die besten der Welt! — Verkauf werktäglich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. — Reparaturen billig und sachgemäß. — Mit Kugellager schon von 5,- Mark an bis 20,- Mark.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert Wäschefabrik Leib- und Bettwäsche, Kleiderstoffe an reelle Leute. Offerten unter T. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts“.



Nur noch 4 Tage!

ZUR

Besorgung Ihrer Pfingst-Garderobe

bei



Königstrasse 33

C. & A. Brenninkmeyer

am Alexanderplatz

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit

Lubascher & Spandau... Weinmeister-Str. 141

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk... Arbeiter-Bekleidung

F. Falk... Hamburger Laden, Charl. Wallst. 49

Bäckereien, Konditor... Blottner's Großbäckerei

Arnold Gauster's Brotfabrik... Max F. Acker, Ramlersstr. 26

Engel's Landbrot... Wilh. Engel

Clecher, Gebäck... Feronia

Gaedicke's Bäckerei... Oskar Nagke's Brotbäckerei

Herberg, Paul, Amsterd.-Str. 29... Carl Kappler

Kaempff, Bäckerei, Köpenick... Landbrot-Großbäckerei

Rich. Liebenow... Mache, Carl

Wende, A., Seydelstraße 15... Beerdig.-Anst. Sargm.

Bunzel, R., Rixdorf... Kronen-Grossmann

Reinhold, G., Gubenerstr. 28... Mache, Carl

Wagner, P., Rixdorf... J. F. Assmann

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Gustav Mähle, Rindowstr. 2... Paul Müller, Danzigerstr. 21

Bäckerei Nordstern... Peter's Großbäckerei

Conrad Richter... Otto Sciffat

Schütt, G., Berlin O. NO... P. Springer

Ulbrich... C. Voigt, Weissenhof

Heinrich Witter... Badeanstalten

Bad Frankfurt... Bürger-Bad

Canitz-Bad... Central-Bad

Erstes Lothmann-Bad... Bad Frankfurt

Bad Frankfurt... Kuranstalt M. Schutz

Köhne's Samariter-Bad... Bad Nord-Ost

Bad Ostend... Passage-Bad

Römer-Bad... Schiller-Bad

Silesia-Bad... Viktoria-Bad

Bad-Einrichtungen... J. Zaruba & Comp.

Hahntrapp 2, Gr. Bursch 19-21... R. Banke

Lang, A., Brunnenstr. 167... Meyer, P., Rixdorf

Wende, A., Seydelstraße 15... Beerdig.-Anst. Sargm.

Bunzel, R., Rixdorf... Kronen-Grossmann

Reinhold, G., Gubenerstr. 28... Mache, Carl

Wagner, P., Rixdorf... J. F. Assmann

Wagner, P., Rixdorf... J. F. Assmann

Wagner, P., Rixdorf... J. F. Assmann

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Büttner, A., Danzigerstr. 96... Neudorf, O. P.

Berufskleidung... Schuch, M.

Wilh. Scholem... Bierbrauereien, Biorh.

W. Adelung & A. Hoffmann... Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei... Berliner Bock-Brauerei

Berl. Weissbier A. Landré... Weiblich C. Landré Act.-Ges.

Brauerei Königstadt... Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli... Brauerei Weissensee

Caramel-Weissbier... Groterjans

C. Habels Brauerei... C. Habels Brauerei

Goldbier... Cigarettenhandlungen

Alb. Kasulke... Kleinf. Wilh.

Max Arnsdorff... Carl Brunnitzel

Confectionshaus Wedding... Holz & Ascher

Pappelbaum... A. Selowsky

Wagner, P., Rixdorf... Wagner, P., Rixdorf

Westmann... Wolff, A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben... Adler-Drogerie

Nährmittel-Gesellschaft... Michaelis & Co.

Butter, Eier, Käse... J. F. Assmann

Arenz & Poper... Butterhandlung

Butterhandlung... Ackermann

Fritz Bartz... F. Hagen 22

F. Hagen 22... August Holz

Oskar Beck... Buntrock, W.

A. Däweritz... Carl Franke

F. Hagen 22... August Holz

W. Riesner... Schroter, R.

Uhlly & Wolfram... Vereinigte Meiereien

Georg Wunder... Cacao, Chocolate

Cylix, G... Die Fabrikate der Sarotti

Brenneke, C... G. Brucklacher

Gerlicke & Wolfram... Rob. Heinze

C. Miller... Jacob, Otto

Carl Jung... Jungbluth

Carl Karstadt... Knieshae

Kurt Kracke... Gust. Lenz

P. Moldenhauer... Franz Müller

Georg Reiner... Max Richter

J.C. Schütz Nachf... Hehr, Schupke

Georg Stasnowski... Rob. Stindt Nachf.

Paul Tieg, Chaussee 45... Troike, Th.

Wesoh, Charlitz... Franz Wollmer

Fahrräd., Nähmasch... Baum, Emil

Brennabor... Boelling, E.

Alex Dan... Fahrrad-Leihhaus

Eduard Grunwald... Oskar Gritsch

Georg Heiter... Oskar Gritsch

Franz Fischer... Oskar Beck

Buntrock, W... A. Däweritz

F. Hagen 22... August Holz

W. Riesner... Schroter, R.

Uhlly & Wolfram... Vereinigte Meiereien

Georg Wunder... Cacao, Chocolate

Cylix, G... Die Fabrikate der Sarotti

Brenneke, C... G. Brucklacher

Gerlicke & Wolfram... Rob. Heinze

C. Miller... Jacob, Otto

Carl Jung... Jungbluth

Carl Karstadt... Knieshae

Kurt Kracke... Gust. Lenz

P. Moldenhauer... Franz Müller

Georg Reiner... Max Richter

J.C. Schütz Nachf... Hehr, Schupke

Georg Stasnowski... Rob. Stindt Nachf.

Paul Tieg, Chaussee 45... Troike, Th.

Wesoh, Charlitz... Franz Wollmer

Fahrräd., Nähmasch... Baum, Emil

Brennabor... Boelling, E.

Alex Dan... Fahrrad-Leihhaus

Eduard Grunwald... Oskar Gritsch

Georg Heiter... Oskar Gritsch

Unterstehende Geschäfte

Färberien, Wäscherei... Ohne Chlor

Dampfwascherei... Dampfwascherei

Dampfwascherei... Dampfwascherei

Fischer, R... Gebr. Erbguth

O. Naefe... Taubert, J.

Fischhandlungen... C. Ahlers & Co.

C. Dittmann... Chr. Kroog

Winkler & Barthold... Fleischer u. Wurstw.

Wilhelm Behr... August Blenert

August Blenert... August Blenert

Lebensmittel-Großhandlung

Ernst Höne... Albert Jähner

P. Kemnitz... Jul. Kempe

Jul. Kempe... Oskar Klähn

Oskar Klähn... August Koch

August Koch... Linke's Fleischzentrale

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht

Herm. Leucht... Wilhelm Liebherr

Wilhelm Liebherr... H. Matzker

H. Matzker... Otto Menzel

Otto Menzel... Markter, P.

Markter, P... Gottfr. Meussling

Gottfr. Meussling... Adolf Nagel

Adolf Nagel... Karl Petrich

Karl Petrich... Jul. Pyttlik

Jul. Pyttlik... Peter Rechel

Peter Rechel... Oscar Röhr

Oscar Röhr... Wilhelm Röder

Wilhelm Röder... Walter Rudolph

Walter Rudolph... E. Schauer

E. Schauer... Max Schubert

Max Schubert... Albert Schucht

Albert Schucht... W. Tauche

W. Tauche... Fr. Thiel

Fr. Thiel... Anton Fehlau

George, Adolph, Redstr. 65. Carl Giesen, Oranienstr. 165a. Ernst Graber, Brunnenstr. 78.

Rampmaler, F., Skalitzerstr. 23. Karl Reichel, Hermannsplatz 7. RiedelNebf., Reinickendorf-St. 74.

Wutke, Karl, Treckowstr. 7. Veröcherungen, "Deutschland" Berlin. Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherer, Straße 3.

Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 36. Warenhaus M. Hirsch, Spandau. Weine, Liköre u. Fruchtsäfte. Hugo Beling, 50 Filialen in allen Stadtteilen.

Welle, W., Hermannstr. 100. Wein-Vertriebsgeschäft v. Malottki. Waschmittel, Verlangen Sie "Edelweiß" Krone aller Waschmittel.

Jonas, Hermann, Künstr.-Pl. 11. Juncker, H., Rixdorf. Kaufh. Kätzki, Ri. Kais. Friedr.-St. 243.

Raehmer, C., Andreastr. 69. Hermann Meyer, Schötenstr. 21. A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.

Sicherheits-Zündhölzer. anerkannt bestes deutsches Fabrikat. Schutzmarke Union Augsburg. G.F. Müller, Berlin SW. 68, Markgrafent. 91, Telefon IV 10302.

Dr. Thompson's Seifenpulver. (Marke Schwan) Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität. Unschädlich im Gebrauch. Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

Der Saft der Früchte. Ist zur Herstellung eines Erfrischungsgetränkes der wertvollste Stoff. Durch Auspressen zu umständlich und kostspielig.

Ohne jede Anzahlung. Pianos. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Mieter! Wer gesund, modern und billig wohnen will, der bestimme die Wohnungen an der Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen.

Pfingstwein „Santa Lucia“ Kraft-Rotwein Fl. 1⁵⁰ und 2⁰⁰. Nachahmungen, bitte, zurückweisen. Küfflich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften.

20. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 20. Mai 1911, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

88 497 530 607 790 97 868 87 904 45 95029 143 375 58 454 85 415 705 61 71 875 [500] 96039 190 318 479 529 601 14 25 161 [500] 928 97159 479 749 804 48 932 69 98033 39 148 64 80 208 96 307 44 535 [500] 611 939 36 99071 219 35 18 371.

20. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 20. Mai 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

90130 232 430 45 592 608 796 905 925 82 [5000] 69 70 91006 348 824 54 782 96 94 92004 18 81 [5000] 109 322 436 72 550 43 685 718 25 950 93007 30 181 297 [1000] 803 71 815 [500] 106 77 94008 32 154 238 65 301 [5000] 608 723 617 79 95094 97 217 214 39 305 488 521 856 96 [500] 378 96181 [5000] 320 89 418 692 [500] 916 97004 288 343 49 447 96 98000 4 [5000] 61 218 358 90 492 300 6 816 44 74 99075 109 43 315 77 418 513 84 721 831 34.

Hausfrauen! Arbeiter! Mitbürger!

Helft den Arbeitern in den Bäckereien in ihrem gerechten, ihnen aufgezwungenen Kampfe um eine bescheidene Existenz, um ein eigenes Heim, um eine Familie, indem ihr nur Brot und Backware aus Bäckereien bezieht, wo die berechtigten Forderungen der Bäckergehilfen bewilligt sind. — Weidet auch die Milchgeschäfte und Wiederverkäufer, wo außer Plakat nicht anhängt, und kauft nur von den Landbrotbäckern und Frühstücksanträgern, die im Besitz unserer Legitimationspapiere sind.

Bewilligt haben folgende Bäckereien:

Table listing various bakeries and their addresses across Berlin, organized in columns. Each entry includes a street name and number, and the name of the bakery or its representative.

Balladenstr. 84, A. Ringel.
106, Nordhorn.
Baustr. 38, M. Wendt.
42, H. Albrecht.
46, H. Kummel.
68/69, Danke.
74, Hartmann.
83, Klug.
87, H. Danke.
91, B. Schwahn.
Doppel-Allee 7, Lülf.
15, F. Götz.
21, Schäfer.
24, C. Gajler.
50, Kog.
54, H. Müller.
62, F. Danke.
65, Adam.
Pfeiferstr. 12, Heiler.
15, Dahmann.
Pfeiferstr. 17, A. Peter.
Pfeiferstr. 1, E. Lange.
Pfeiferstr. 92, H. Blume.
Pfeiferstr. 7, G. Tennigkeit.
38, D. Kränzel.
Pfeiferstr. 138, A. Richter.
Pfeiferstr. 8, D. Berg.
10, V. Kimmel.
10, Kolobgen.
20, F. Lang.
Pfeiferstr. 5, H. Mertens.
Pfeiferstr. 4, H. Müller.
13, Reinhardt.
Pfeiferstr. 6, F. Danke.
Pfeiferstr. 2, Schönbach.
10, W. Dehm.
32, F. Beder.
38, G. Sauerberg.
47, A. Schneider.
55, Strobel.
66, Peter.
Pfeiferstr. 2, H. Lebedon.
9, H. Hoffmann.
Pfeiferstr. 2, D. Heinrich.
32, Danke.
Pfeiferstr. 42, Delon.
53, B. Dohse.
86, W. Rumber.
177, H. Weith.
182, G. Burger.
203, Herrmann.
250, Breitkopf.
250, H. Hartlepp.
Pfeiferstr. 43, H. Danke.
Pfeiferstr. 8, H. Darditz.
25, Gummer.
42, G. Gänßer.
Pfeiferstr. 10, F. Danke.
13, Radenhorst.
34, Schwanke.
61, G. Lang.
85, Konsumgenossenschaft.
Pfeiferstr. 12, D. Danke.
65, Nordhorn.
Pfeiferstr. 31, Grinda.
Pfeiferstr. 8, H. Reusch.
21, Sorge.
28, F. Danz.
38, Gabelmann.
Pfeiferstr. 14, Peter.
18, Rothe.
21, H. Danke.
24, H. Binkler.
37, Sobel.
48, B. Stange.
49, F. Danke.
52/53, Gott. Tom.
Pfeiferstr. 1, Rau.
Dachstr. 108, Woltner.
Raabstr. 12, Woltner.
Raustr. 24, G. Herberg.
31, T. Dahlenburg.
34, H. Dohm.
36, H. Boeler.
37, D. Danke.
38, Peter.
Raustr. 17, Richter.
Raustr. 17, D. Danke.
36, Peter.
38, H. Rohlf.
41, H. Herbe.
55, Dohm.
Reichenberger Str. 40, Wende.
51, Woltner.
58, Köhler.
64, Weyer.
71, H. Woltner.
72a, Böling.
78, Woltner.
82, B. Doren.
91, Bertold.
95a, H. Woltner.
101, G. Wagner.
111, G. Trog.
114, Woltner.
121, Nordhorn.
126, H. Hoff.
145, H. Klauß.
150, D. Danke.
158, Weyer.
161, G. Schulz.
168, G. Schmiedel.
Reichenberger Str. 1, D. Danke.
35, F. Danke.
50, F. Danke.
77, H. Karst.
87, H. Bloch.
95, H. Dohm.
102, H. Dohm.
112, Goldacker.
118, Rappeler.
Reichenberger Str. 14, Reich.
Reichenberger Str. 21, H. Schulz.
26, H. Lorenz.
35, Dohm.
Reichenberger Str. 2, R. Richter.
7, G. Woltner.
11, Sobel.
Reichenberger Str. 19, D. Müller.
34, König.
Reichenberger Str. 21, Reuter.
57b, H. Dohm.
79, Danke.
92, Peter.
100, G. Woltner.
104, Danke.
Reichenberger Str. 114, Lange.
Reichenberger Str. 1, H. Schulz.
2, H. Engel.
33, Schönbach.
Reichenberger Str. 3, Peter.
5, D. Sommer.
8, D. Danke.
20, Richter.
25, H. Woltner.
40, H. Dohm.
45, F. Dohm.
54, Dohm.
Reichenberger Str. 2, D. Danke.
15, H. Danke.
31, H. Reib.
35, Konsumgenossenschaft.
40, D. Dohm.
46, Krüger.
51, Dohm.
Reichenberger Str. 2, R. Richter.
29, Dohm.

Ruppiner Str. 8, Emil Heiler.
12, D. Danke.
26, Sobel.
Ruppiner Str. 2, W. Dohm.
20, Dohm.
22, Danke.
62, H. Woltner.
67, Weyer.
Ruppiner Str. 3, Müller.
7, F. Woltner.
10, Sobel.
16, H. Woltner.
23, Dohm.
23, Dohm.
Samariterstr. 2, F. Woltner.
11, D. Woltner.
21, Dohm.
21, Dohm.
28, Dohm.
28, Dohm.
Samariterstr. 22, Schönbach.
Samariterstr. 2, F. Woltner.
12, Dohm.
Samariterstr. 19, D. Danke.
Schönbachstr. 4, H. Woltner.
8, Peter.
9, Konsumgenossenschaft.
16, Köhler.
18, Woltner.
28, Woltner.
44, H. Engel.
Schönbachstr. 19, Tennert.
Schönbachstr. 24, Reichenberger.
Schönbachstr. 2, D. Danke.
Schönbachstr. 1, G. Dohm.
5, Rung.
8, Woltner.
15, Woltner.
Schönbachstr. 63, D. Danke.
70a, Goldacker.
81, W. Schmidt.
101, D. Danke.
131, Dohm.
150, Woltner.
168a, Kluge.
160, Dohm.
164, Dohm.
177c, Goldacker.
Alte 33, Woltner.
39/40, F. Danke.
Schönbachstr. 5, H. Woltner.
Schönbachstr. 2, Dohm.
Schönbachstr. 4, Müller.
17, Peter.
27, H. Woltner.
Schönbachstr. 14, F. Danke.
16, Dohm.
27, Herberg.
Schönbachstr. 9, F. Woltner.
Schönbachstr. 4, Peter.
19, Peter.
39, Stellen.
49, H. Dohm.
50, Woltner.
53, F. Woltner.
Schönbachstr. 23, Riedel.
Schönbachstr. 6, H. Dohm.
28, Franz Woltner.
35, Schmidt.
51, H. Woltner.
67, Dohm.
102, Woltner.
110, Woltner.
Schönbachstr. 4, D. Woltner.
Schönbachstr. 48, B. Woltner.
52, H. Woltner.
240, D. Woltner.
254, D. Danke.
Schönbachstr. 9, Dohm.
11a, F. Danke.
16, Woltner.
19, Rappeler.
Schönbachstr. 19, Hoffmann.
Seestr. 69, H. Woltner.
Seestr. 17, Dohm.
Siedingstr. 76, Dohm.
Siedingstr. 7, G. Woltner.
17, Dohm.
Siedingstr. 14, Woltner.
Simon-Dach-Str. 1, Ringer.
5, H. Woltner.
7, H. Ringer.
18, Woltner.
28, H. Woltner.
Siedingstr. 41, Dohm.
Siedingstr. 18, Woltner.
63/64, G. Dohm.
95, Dohm.
98, H. Dohm.
100, August Köhler.
120, Woltner.
124, F. Woltner.
Siedingstr. 19, Emanuel Richter.
30, Rappeler.
32, Schulz.
69, Riedel.
69, D. Woltner.
72/74, D. Woltner.
76, F. Danke.
99, Kränzel.
103, Konsumgenossenschaft.
Siedingstr. 13, Woltner.
Siedingstr. 16, Woltner.
Siedingstr. 1, D. Woltner.
8, F. Woltner.
15, F. Woltner.
Siedingstr. 1b, D. Danke.
Siedingstr. 10, H. Woltner.
Siedingstr. 30, Dohm.
Siedingstr. 4/5, Weyer.
33, F. Woltner.
Siedingstr. 2, F. Danke.
12a, Dohm.
21, Peter.
57, Riedel.
63, Riedel.
69/70, H. Woltner.
78, Carl u. Woltner.
Siedingstr. 60, F. Danke.
50, Lorenz.
Siedingstr. 73, F. Danke.
Siedingstr. 23, Woltner.
42, Woltner.
66, Dohm.
Siedingstr. 5, Konsumgenossenschaft.
5, Gott u. Woltner.
15, F. Danke.
Stephanstr. 7, H. Woltner.
35, F. Woltner.
40, Sobel.
Siedingstr. 7, F. Danke.
21, Woltner.
26, Woltner.
54, Woltner.
56, F. Woltner.
Siedingstr. 8, H. Woltner.
22, D. Woltner.
26, F. Danke.
35, Woltner.
41, F. Danke.
47, Woltner.
Siedingstr. 17a, Woltner.
29, Dohm.

Stralauer Allee 32a, Gustin.
Stralauer Str. 3, H. Woltner.
26, H. Köhler.
28, H. Köhler.
Stralauer Str. 13, Woltner.
133, Woltner.
35, Woltner.
Stralauer Str. 2, Danke.
8, Peter.
15, Woltner.
35, Dohm.
Stralauer Str. 1, G. Woltner.
5, Woltner.
28, Woltner.
33, Schönbach.
Stralauer Str. 4, Riedel.
15, v. Woltner.
21, Schulz.
64, G. Woltner.
Stralauer Str. 30, Woltner.
33, H. Woltner.
48, Sobel.
Studienstr. 2, Woltner.
Siedingstr. 2, Konsumgenossenschaft.
33, H. Engel.
54, Woltner.
58, Woltner.
66, H. Woltner.
74, F. Danke.
80, Woltner.
82, Woltner.
93, F. Woltner.
106, Woltner.
114, F. Danke.
119, Woltner.
Tegeler Str. 11, D. Woltner.
23, H. Woltner.
32, F. Woltner.
Thaerstr. 18, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
64, Woltner.
Thaerstr. 6, Dohm.
62, F. Danke.
Thaerstr. 5, Riedel.
Thaerstr. 9, Sobel.
16, Hoffmann.
Tegeler Str. 12, F. Woltner.
19, D. Danke.
24, Dohm.
26, Woltner.
34, Woltner.
68, Woltner.
77, Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, Konsumgenossenschaft.
8, D. Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, F. Woltner.
Tegeler Str. 9, Dohm.
13, Woltner.
14, Woltner.
17, Woltner.
22, Woltner.
23, Danke.
29a, Konsumgenossenschaft.
Tegeler Str. 14, G. Woltner.
30, Woltner.
35, Schmidt.
51, H. Woltner.
67, Dohm.
102, Woltner.
110, Woltner.
Schönbachstr. 4, D. Woltner.
Schönbachstr. 48, B. Woltner.
52, H. Woltner.
240, D. Woltner.
254, D. Danke.
Schönbachstr. 9, Dohm.
11a, F. Danke.
16, Woltner.
19, Rappeler.
Schönbachstr. 19, Hoffmann.
Seestr. 69, H. Woltner.
Seestr. 17, Dohm.
Siedingstr. 76, Dohm.
Siedingstr. 7, G. Woltner.
17, Dohm.
Siedingstr. 14, Woltner.
Simon-Dach-Str. 1, Ringer.
5, H. Woltner.
7, H. Ringer.
18, Woltner.
28, H. Woltner.
Siedingstr. 41, Dohm.
Siedingstr. 18, Woltner.
63/64, G. Dohm.
95, Dohm.
98, H. Dohm.
100, August Köhler.
120, Woltner.
124, F. Woltner.
Siedingstr. 19, Emanuel Richter.
30, Rappeler.
32, Schulz.
69, Riedel.
69, D. Woltner.
72/74, D. Woltner.
76, F. Danke.
99, Kränzel.
103, Konsumgenossenschaft.
Siedingstr. 13, Woltner.
Siedingstr. 16, Woltner.
Siedingstr. 1, D. Woltner.
8, F. Woltner.
15, F. Woltner.
Siedingstr. 1b, D. Danke.
Siedingstr. 10, H. Woltner.
Siedingstr. 30, Dohm.
Siedingstr. 4/5, Weyer.
33, F. Woltner.
Siedingstr. 2, F. Danke.
12a, Dohm.
21, Peter.
57, Riedel.
63, Riedel.
69/70, H. Woltner.
78, Carl u. Woltner.
Siedingstr. 60, F. Danke.
50, Lorenz.
Siedingstr. 73, F. Danke.
Siedingstr. 23, Woltner.
42, Woltner.
66, Dohm.
Siedingstr. 5, Konsumgenossenschaft.
5, Gott u. Woltner.
15, F. Danke.
Stephanstr. 7, H. Woltner.
35, F. Woltner.
40, Sobel.
Siedingstr. 7, F. Danke.
21, Woltner.
26, Woltner.
54, Woltner.
56, F. Woltner.
Siedingstr. 8, H. Woltner.
22, D. Woltner.
26, F. Danke.
35, Woltner.
41, F. Danke.
47, Woltner.
Siedingstr. 17a, Woltner.
29, Dohm.

Stralauer Allee 32a, Gustin.
Stralauer Str. 3, H. Woltner.
26, H. Köhler.
28, H. Köhler.
Stralauer Str. 13, Woltner.
133, Woltner.
35, Woltner.
Stralauer Str. 2, Danke.
8, Peter.
15, Woltner.
35, Dohm.
Stralauer Str. 1, G. Woltner.
5, Woltner.
28, Woltner.
33, Schönbach.
Stralauer Str. 4, Riedel.
15, v. Woltner.
21, Schulz.
64, G. Woltner.
Stralauer Str. 30, Woltner.
33, H. Woltner.
48, Sobel.
Studienstr. 2, Woltner.
Siedingstr. 2, Konsumgenossenschaft.
33, H. Engel.
54, Woltner.
58, Woltner.
66, H. Woltner.
74, F. Danke.
80, Woltner.
82, Woltner.
93, F. Woltner.
106, Woltner.
114, F. Danke.
119, Woltner.
Tegeler Str. 11, D. Woltner.
23, H. Woltner.
32, F. Woltner.
Thaerstr. 18, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
64, Woltner.
Thaerstr. 6, Dohm.
62, F. Danke.
Thaerstr. 5, Riedel.
Thaerstr. 9, Sobel.
16, Hoffmann.
Tegeler Str. 12, F. Woltner.
19, D. Danke.
24, Dohm.
26, Woltner.
34, Woltner.
68, Woltner.
77, Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, Konsumgenossenschaft.
8, D. Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, F. Woltner.
Tegeler Str. 9, Dohm.
13, Woltner.
14, Woltner.
17, Woltner.
22, Woltner.
23, Danke.
29a, Konsumgenossenschaft.
Tegeler Str. 14, G. Woltner.
30, Woltner.
35, Schmidt.
51, H. Woltner.
67, Dohm.
102, Woltner.
110, Woltner.
Schönbachstr. 4, D. Woltner.
Schönbachstr. 48, B. Woltner.
52, H. Woltner.
240, D. Woltner.
254, D. Danke.
Schönbachstr. 9, Dohm.
11a, F. Danke.
16, Woltner.
19, Rappeler.
Schönbachstr. 19, Hoffmann.
Seestr. 69, H. Woltner.
Seestr. 17, Dohm.
Siedingstr. 76, Dohm.
Siedingstr. 7, G. Woltner.
17, Dohm.
Siedingstr. 14, Woltner.
Simon-Dach-Str. 1, Ringer.
5, H. Woltner.
7, H. Ringer.
18, Woltner.
28, H. Woltner.
Siedingstr. 41, Dohm.
Siedingstr. 18, Woltner.
63/64, G. Dohm.
95, Dohm.
98, H. Dohm.
100, August Köhler.
120, Woltner.
124, F. Woltner.
Siedingstr. 19, Emanuel Richter.
30, Rappeler.
32, Schulz.
69, Riedel.
69, D. Woltner.
72/74, D. Woltner.
76, F. Danke.
99, Kränzel.
103, Konsumgenossenschaft.
Siedingstr. 13, Woltner.
Siedingstr. 16, Woltner.
Siedingstr. 1, D. Woltner.
8, F. Woltner.
15, F. Woltner.
Siedingstr. 1b, D. Danke.
Siedingstr. 10, H. Woltner.
Siedingstr. 30, Dohm.
Siedingstr. 4/5, Weyer.
33, F. Woltner.
Siedingstr. 2, F. Danke.
12a, Dohm.
21, Peter.
57, Riedel.
63, Riedel.
69/70, H. Woltner.
78, Carl u. Woltner.
Siedingstr. 60, F. Danke.
50, Lorenz.
Siedingstr. 73, F. Danke.
Siedingstr. 23, Woltner.
42, Woltner.
66, Dohm.
Siedingstr. 5, Konsumgenossenschaft.
5, Gott u. Woltner.
15, F. Danke.
Stephanstr. 7, H. Woltner.
35, F. Woltner.
40, Sobel.
Siedingstr. 7, F. Danke.
21, Woltner.
26, Woltner.
54, Woltner.
56, F. Woltner.
Siedingstr. 8, H. Woltner.
22, D. Woltner.
26, F. Danke.
35, Woltner.
41, F. Danke.
47, Woltner.
Siedingstr. 17a, Woltner.
29, Dohm.

Stralauer Allee 32a, Gustin.
Stralauer Str. 3, H. Woltner.
26, H. Köhler.
28, H. Köhler.
Stralauer Str. 13, Woltner.
133, Woltner.
35, Woltner.
Stralauer Str. 2, Danke.
8, Peter.
15, Woltner.
35, Dohm.
Stralauer Str. 1, G. Woltner.
5, Woltner.
28, Woltner.
33, Schönbach.
Stralauer Str. 4, Riedel.
15, v. Woltner.
21, Schulz.
64, G. Woltner.
Stralauer Str. 30, Woltner.
33, H. Woltner.
48, Sobel.
Studienstr. 2, Woltner.
Siedingstr. 2, Konsumgenossenschaft.
33, H. Engel.
54, Woltner.
58, Woltner.
66, H. Woltner.
74, F. Danke.
80, Woltner.
82, Woltner.
93, F. Woltner.
106, Woltner.
114, F. Danke.
119, Woltner.
Tegeler Str. 11, D. Woltner.
23, H. Woltner.
32, F. Woltner.
Thaerstr. 18, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
64, Woltner.
Thaerstr. 6, Dohm.
62, F. Danke.
Thaerstr. 5, Riedel.
Thaerstr. 9, Sobel.
16, Hoffmann.
Tegeler Str. 12, F. Woltner.
19, D. Danke.
24, Dohm.
26, Woltner.
34, Woltner.
68, Woltner.
77, Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, Konsumgenossenschaft.
8, D. Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, F. Woltner.
Tegeler Str. 9, Dohm.
13, Woltner.
14, Woltner.
17, Woltner.
22, Woltner.
23, Danke.
29a, Konsumgenossenschaft.
Tegeler Str. 14, G. Woltner.
30, Woltner.
35, Schmidt.
51, H. Woltner.
67, Dohm.
102, Woltner.
110, Woltner.
Schönbachstr. 4, D. Woltner.
Schönbachstr. 48, B. Woltner.
52, H. Woltner.
240, D. Woltner.
254, D. Danke.
Schönbachstr. 9, Dohm.
11a, F. Danke.
16, Woltner.
19, Rappeler.
Schönbachstr. 19, Hoffmann.
Seestr. 69, H. Woltner.
Seestr. 17, Dohm.
Siedingstr. 76, Dohm.
Siedingstr. 7, G. Woltner.
17, Dohm.
Siedingstr. 14, Woltner.
Simon-Dach-Str. 1, Ringer.
5, H. Woltner.
7, H. Ringer.
18, Woltner.
28, H. Woltner.
Siedingstr. 41, Dohm.
Siedingstr. 18, Woltner.
63/64, G. Dohm.
95, Dohm.
98, H. Dohm.
100, August Köhler.
120, Woltner.
124, F. Woltner.
Siedingstr. 19, Emanuel Richter.
30, Rappeler.
32, Schulz.
69, Riedel.
69, D. Woltner.
72/74, D. Woltner.
76, F. Danke.
99, Kränzel.
103, Konsumgenossenschaft.
Siedingstr. 13, Woltner.
Siedingstr. 16, Woltner.
Siedingstr. 1, D. Woltner.
8, F. Woltner.
15, F. Woltner.
Siedingstr. 1b, D. Danke.
Siedingstr. 10, H. Woltner.
Siedingstr. 30, Dohm.
Siedingstr. 4/5, Weyer.
33, F. Woltner.
Siedingstr. 2, F. Danke.
12a, Dohm.
21, Peter.
57, Riedel.
63, Riedel.
69/70, H. Woltner.
78, Carl u. Woltner.
Siedingstr. 60, F. Danke.
50, Lorenz.
Siedingstr. 73, F. Danke.
Siedingstr. 23, Woltner.
42, Woltner.
66, Dohm.
Siedingstr. 5, Konsumgenossenschaft.
5, Gott u. Woltner.
15, F. Danke.
Stephanstr. 7, H. Woltner.
35, F. Woltner.
40, Sobel.
Siedingstr. 7, F. Danke.
21, Woltner.
26, Woltner.
54, Woltner.
56, F. Woltner.
Siedingstr. 8, H. Woltner.
22, D. Woltner.
26, F. Danke.
35, Woltner.
41, F. Danke.
47, Woltner.
Siedingstr. 17a, Woltner.
29, Dohm.

Stralauer Allee 32a, Gustin.
Stralauer Str. 3, H. Woltner.
26, H. Köhler.
28, H. Köhler.
Stralauer Str. 13, Woltner.
133, Woltner.
35, Woltner.
Stralauer Str. 2, Danke.
8, Peter.
15, Woltner.
35, Dohm.
Stralauer Str. 1, G. Woltner.
5, Woltner.
28, Woltner.
33, Schönbach.
Stralauer Str. 4, Riedel.
15, v. Woltner.
21, Schulz.
64, G. Woltner.
Stralauer Str. 30, Woltner.
33, H. Woltner.
48, Sobel.
Studienstr. 2, Woltner.
Siedingstr. 2, Konsumgenossenschaft.
33, H. Engel.
54, Woltner.
58, Woltner.
66, H. Woltner.
74, F. Danke.
80, Woltner.
82, Woltner.
93, F. Woltner.
106, Woltner.
114, F. Danke.
119, Woltner.
Tegeler Str. 11, D. Woltner.
23, H. Woltner.
32, F. Woltner.
Thaerstr. 18, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
21, Woltner.
64, Woltner.
Thaerstr. 6, Dohm.
62, F. Danke.
Thaerstr. 5, Riedel.
Thaerstr. 9, Sobel.
16, Hoffmann.
Tegeler Str. 12, F. Woltner.
19, D. Danke.
24, Dohm.
26, Woltner.
34, Woltner.
68, Woltner.
77, Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, Konsumgenossenschaft.
8, D. Woltner.
81, Woltner.
Tegeler Str. 4, F. Woltner.
Tegeler Str. 9, Dohm.
13, Woltner.
14, Woltner.
17, Woltner.
22, Woltner.
23, Danke.
29a, Konsumgenossenschaft.
Tegeler Str. 14, G. Woltner.
30, Woltner.
35, Schmidt.
51, H. Woltner.
67, Dohm.
102, Woltner.
110, Woltner.
Schönbachstr. 4, D. Woltner.
Schönbachstr. 48, B. Woltner.
52, H. Woltner.
240, D. Woltner.
254, D. Danke.
Schönbachstr. 9, Dohm.
11a, F. Danke.
16, Woltner.
19, Rappeler.
Schönbachstr. 19, Hoffmann.
Seestr. 69, H. Woltner.
Seestr. 17, Dohm.
Siedingstr. 76, Dohm.
Siedingstr. 7, G. Woltner.
17, Dohm.
Siedingstr. 14, Woltner.
Simon-Dach-Str. 1, Ringer.
5, H. Woltner.
7, H. Ringer.
18, Woltner.
28, H. Woltner.
Siedingstr. 41, Dohm.
Siedingstr. 18, Woltner.
63/64, G. Dohm.
95, Dohm.
98, H. Dohm.
100, August Köhler.
120, Woltner.
124, F. Woltner.
Siedingstr. 19, Emanuel Richter.
30, Rappeler.
32, Schulz.
69, Riedel.
69, D. Woltner.
72/74, D. Woltner.
76, F. Danke.
99, Kränzel.
103, Konsumgenossenschaft.
Siedingstr. 13, Woltner.
Siedingstr. 16, Woltner.
Siedingstr. 1, D. Woltner.
8, F. Woltner.
15, F. Woltner.
Siedingstr. 1b, D. Danke.
Siedingstr. 10, H. Woltner.
Siedingstr. 30, Dohm.
Siedingstr. 4/5, Weyer.
33, F. Woltner.
Siedingstr. 2, F. Danke.
12a, Dohm.
21, Peter.
57, Riedel.
63, Riedel.
69/70, H. Woltner.
78, Carl u. Woltner.
Siedingstr. 60, F. Danke.
50, Lorenz.
Siedingstr. 73, F. Danke.
Siedingstr. 23, Woltner.
42, Woltner.
66, Dohm.
Siedingstr. 5, Konsumgenossenschaft.
5, Gott u. Woltner.
15, F. Danke.
Stephanstr. 7, H. Woltner.
35, F. Woltner.
40, Sobel.
Siedingstr. 7, F. Danke.
21, Woltner.
26, Woltner.
54, Woltner.
56, F. Woltner.
Siedingstr. 8, H. Woltner.
22, D. Woltner.
26, F. Danke.
35, Woltner.
41, F. Danke.
47, Woltner.
Siedingstr. 17a, Woltner.
29, Dohm.



Unsere 3 Schlager

ges. gesch.

erregen durch Preiswürdigkeit und Eleganz
berechtigtes **Aufsehen.**

Ein einmaliger Kauf macht
Sie zum ständigen Kunden.

„Schuh-Sport“

Flaum

Neu eröffnet:
Oranienstr. 51

Filiale im Osten Andreasstraße 48.

MARKE
PROPAGO 6⁷⁵
Elegante Formen!

MARKE
SALAMBO 8⁷⁵
Vom Guten das Beste!

MARKE
SALAMBO LUXUS 10⁷⁵
Vornehme Rahmenarbeit!

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2-fachgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Haderer Markt 4, Bahndorfstraße 10. (Fest der „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Herrengarderobe ohne Geld bei keiner Anzahlung in reicher Auswahl. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppentstraße 4 (Schleier der Bahndorf).

Vorwärtler erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farblich haltig, sportlich.

Schlafdecken, Schülerplaid 1,15.
Steppdecken, Simillide 3,75.

Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz; Rosenfelderstraße 54. 2505R*

Zu freien Stunden, Wochenchrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schmeichelhaften Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Nichtsteppiche, ganz schwere Qualität: Stuhlgänge, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnstimmengänge, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongänge, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Vortieren, Plüsch und Filz, Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.

Erbsen-Storen, ein großer Kasten mit Volant, volle Breite und Länge 4,75. 2571R*

Steppdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. Vorwärtskäufer 5 Prozent.

Grundbesitzer der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Bde. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Weiß! Weiß! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Königsberger Tor“, Lindenstraße 203/4, die Restbestände kaufen. Anzahlung von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Betten, Wäsche, Gardinen, Vortieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, von letzten Auktionen zurückgekauft, sowie neue Waren. Alles sportlich. Anzahlung werden verließen. Sonntags geöffnet.

Vorwärts sowie zurückgekauft Herrenanzüge und Paletots, teilweise aus besten Stoffen 15-40 Mark. Abonnementhaus, Nägerstraße 11.

Zurückgekauft Seinfleider 5-12 Mark. Bekleidung von Gesellschaftsanzügen jeder Art. Abonnementhaus Nägerstraße 11. Bitte genau Hausnummer beachten! 2424R*

Drehrollen Leiche, Bahmannstraße 2. Spezialabteil geräuschloser Luftdruckrollen, Handbetrieb, Kraftbetrieb. Gebraucht 75,- an. (Teilhahnung.) 2428R*

Milchmehlmühle Bahmannstraße 2.

Leihhaus „Brunnen“ und Verkaufsgeschäft, alles sportlich; Betten, Stuhl mit 2 Kissen 10,-. Brunnenstraße 118, Ecke Ullrichstraße. 2328R*

Ohne Anzahlung, Woche 50, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Postkarten, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Vortieren, Uhren, Gaststrome, Weber-Brennlauestraße 25. Besuch eventuell Postkarte. 2518R*

Anzüge, Paletots, Hosenverkauf, Stauenerregend. Bettenverkauf, Plüschvortieren, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Schmuckwaren, Uhrenverkauf, Kunstwerke, Diverse, Leihhaus Große Frankfurterstraße 17.

Teppiche (farblich haltig), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Sofa, Kofferteile sportlicher Art. Leihhaus Brunn, Haderer Markt 4, Bahndorfstraße 10. (Fest der „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet. 2428R*

Küchenschrank 7, Pfandleihhaus, sportlicher Verkauf von Schmuckwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Gardinen, Vortieren, Betten, Anzüge, verschiedene. 2967R*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des städtischen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Heubricher. Zweite verbesserte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Herrnanzüge 6, Pfandleihhaus, Leihhaus sportlicher Warenverkauf. Niedermittelstehende Einkaufspreise. Neueste Auswahl besonders preiswerter Jackettanzüge, Sommeranzüge, Sommerpaletots, Herrenanzüge, Vorwärtler. Stauenerregend. Bettdecken, Bettbezüge, Leihhaus, Kunstwerke, Leihhaus, verschiedene. 2967R*

Restaurations zu verkaufen. Umzug monatlich 50/2 Danks, 10/2 Geheider, 150 Liter. Auf Wunsch große Brauereierkelle. In ertragen Schöneberg, Belgierstraße 22, Brüder-Laden. Vermittler verbeten. +113

Totalauflösung, Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Stoffen, Geschäftsaufgabe halber sportlich. Deutsches Verlagshaus, Nägerstraße 63, I. 2049R*

Große Diabanden 4,35, Karmani, doppelseitig, 7,50, Prima Plüsch 23,50, Dinosaurierwände, reichgestickt, 3,75. Inventar-Extrakt. Teppichhaus Emil Ledwore, Dranienstr. 158.

Inventar-Extrakt sportlicher Artikel gratis. Teppichhaus Emil Ledwore, Dranienstr. 158. 1994R*

Wortspiel 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenanzügen, Kostümen, Kleibern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 30 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Kunstwerke, Seilen, enorm billig. Wortspiel 58a. 2587R*

Monatanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrochene von 12,00, Frack von 2,50, sowie für lorpulente Figuren. Keine Garderobe zu Hause? billigen Preisen, aus Pfandleihen verkaufte Sachen kauft man am billigsten bei Kretschmann, Lindenstraße 14.

Landhausvilla umhändelbar billig, 7600 Mark, kurz in Teichendorf, Mark, 5 Meilen von Berlin.

Geschäftsverkäufe.
Buchbinderei mit Maschinen, seit 1889, wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Rixdorf, Donaustraße 112.

Restaurations zu verkaufen. Umzug monatlich 50/2 Danks, 10/2 Geheider, 150 Liter. Auf Wunsch große Brauereierkelle. In ertragen Schöneberg, Belgierstraße 22, Brüder-Laden. Vermittler verbeten. +113

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Sahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Rixdorfstr. 14.
O. H. Haderer, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppentstraße 83. H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. S. Joch. Jannaschstr. 12. A. Neul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. A. Trapp, Steinfurter Str. 10. Karl Wars, Hagen Str. 123. Karl Weihe, Rajawetzstr. 49.
S. Vogel, Vorwärtsstr. 37. A. Tieg, Invalidentstr. 124.
S. Dequand, Nudelplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzweidestr. 8. Weert, Ochtowstr. 29.
SW. G. Berner, Gneisenaustr. 72. Tachn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Berner, Prinzenstr. 31. G. Gutschmidt, Rixdorfstr. 12.
SO. Paul Böhm, Langer Weg 14/15. P. Horch, Engländer 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Hofmannstr. 9.
Baumschulenweg, S. Hornig, Varienbalestr. 13, I.
Borsigwalde, Paul Rieck, Rixdorfstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Zaarberg, Seelenheimer Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedländer 10.
Johannisthal, Weide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst, Richard Rüter, Rixdorfstr. 9, II.
Köpenick, Emil Wähler, Rixdorfstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Otto Seifert, Kronprinzstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide, Max Brückner, Brüder Str. 14 II.
Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedländer 7.
Ober-Schöneweide, Alfred Vaber, Wilhelmstr. 17 II.
Pankow, Otto Rühmann, Rixdorfstr. 30.
Reinickendorf, V. Garth, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf, W. Deirich, Redarstr. 2. Conrad, Fernmannstr. 60.
C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg, H. Hoyer, Alt-Hagen 56.
Schöneberg, Wilhelm Baumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau, Köppen, Dreierstr. 64.
Steglitz, O. Berner, Schloßstr. 119.
Tempelhof, Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
Treptow, Robert Gramenz, Rixdorfstr. 412, Laden.
Weißensee, Hubmann, Sedanstr. 106. Schiller, König-Georg-Str. 39a.
Wilmerdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 28, Hof partext.

Zigarettengeschäft, nachweisbar guter Umlauf, wegen Krankheit sofort zu verkaufen, Petersburgerstr. 40.

Obstgeschäft, aufgehoben, schöne Lage, Fruchtständer billig für 700,00 sofort zu verkaufen Dranienburgerstraße 58. Doelke. 2059R

Möbel.
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppentstraße 4, Schleier der Bahndorf. 1951R

Möbel-Verkehr, Brunnenstraße 7, am Köpenicker Tor, Wohnungsbedingungen auf Kredit und gegen bar. Nischen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren. Boden-, Wand- oder dielenförmige Raten nach Ueber-einkunft. Lieferen auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Anzeigens erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Gelegenheit: Büffel 85,-, Lemmeau 28,00, Kleiderkabinett mit Duschboden, Etage, echt mahagoni furniert 40,00, Stube und Küche 198,00. Möbel-Vitrol, Graefestraße 34. Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Plüschsofa, rot, labellos. Herbst, Kottbingerstraße 47. 813R

Metallbetten, zwei, modern, sportlich verlässlich. Joffenerstraße 10, Gutgeschäft. 767R

Einzelmöbel und ganze Einrichtungen jeder Art; auch gebrauchte, beliehen gewesen, sportlich, Neueste Auswahl, 5 Etagen. Möbelspeicher Neue Rönigstr. 5/6, Rixdorfstraße. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 24330*

Diele Woche verkaufe ich alle auf Lager vorhandenen Möbel sportlich. Man besuche sich, zum Vierzehnten Möbel jeder Art nur bei Rameking einzukaufen, Kastanienallee 66, Ecke Weinbergsweg. 2007R

Rehfeld, Badstraße 49 (Gehundenbrunnen), liefert ein Zimmer und Küche für 165,-, auch außerhalb.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert Englische Bettstellen, Matratze für 32,-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert gebrauchte Bettstellen, Matratze für 12,-, 15,-, 18,-, 21,-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert Nischenbetten für 27,-, gebrauchte 12,-, 15,-, 18,-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert komplette Schlafzimmer, hell für 200,-. 2531R*

Rehfeld, Badstraße 49, liefert nagelneue Plüsch-Sofas für 45,-.

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz. Blumenstraße 36b. 2108R*

Geschäftsdreirad, außerordentlich 50,00 an Holz, Blumenstraße 36b.

Warenfahrräder, neue und gut erhaltene, sportlich, Heine, Brückstraße 6. 2848R*

Herrenfahrrad, Preiswert, elegantes, billig. Witte Friedenberg, Schneidestraße 17. 2695R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, schönes, modernes, 35,-. Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Dachs, Berlin. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Die Gräser blühen.

Wald wird nun der Frühling wieder scheiden und dem Sommer Platz machen. Obstbäume, Flieder und Goldregen haben ihre Blütezeit bereits hinter sich.

Besonders in den frühen Morgenstunden, wenn die Sonne noch nicht gar allzu hoch am Himmel steht, kommen die Farben am frischesten zur Geltung, dann wölft ein feines Düften, wie ein Hauch von Vanille und Mandel, über den Gräsern, neben denen Blume an Blume atmet.

Die gerüffelte Polizei.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Erlaß an die Baupolizeibehörden gerichtet, in welchem den Behörden der Vorwurf gemacht wird, daß es die Polizeiorgane an der nötigen Energie haben fehlen lassen.

Die ministerielle Anordnung wirkt auf das Verhalten der Polizeibehörden gegen die Bauunternehmer ein recht grelles Schlaglicht. Bei dem Eifer, den diese Behörden den Bestrebungen der Arbeiter gegenüber entgegenstellen, ist es schließlich kein Wunder, wenn für die Beachtung wichtiger baupolizeilicher Vorschriften wenig oder gar keine Zeit übrig bleibt und daß man fünfse gerade sein läßt.

Eine Automobil-Omnibusverbindung zwischen Schöneberg und dem Wetherer Platz richtet die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft am 1. Juni ein. Sie kommt dadurch zustande, daß die Linie 8 Martin-Luther-Strasse-Alexanderplatz von hier durch die Alexander- und Brenzlauer Strasse, die Brenzlauer Allee und die Treseowstrasse bis zum Wetherer Platz verlängert wird.

Zehnpennigbriefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika werden im Laufe des Monats Juni von Deutschland im ganzen neunmal befördert. Am 1. Juni nimmt der Dampfer „Cincinnati“ von Ruxhoben solche Briefe nach New York.

Die Post am Pfingsten. Die Sonntagdrücke bei der Post wird bekanntlich für die großen Feste, da mehrere freie Tage zusammenstreffen, etwas gemindert, indem außerordentliche Bestellungen vorgesehen werden.

Zwar nicht viel, aber ein ganz klein wenig mehr als nichts! Das ist das Resultat, das die Anträge der Reinigungsarbeiter des städtischen Viehhofes in der letzten Kuratoriumssitzung hatten.

zusehen. Für die Arbeiter im Schweineerzieher Erhöhung der Alfordlöhne um 10 Proz. und für alle Arbeiter, die mit Dingerladen beschäftigt werden, Lieferung der Stiefel. Der Direktor selbst gab zu, daß es sich um ganz billige Stiefel mit Holzsohlen handelt, welche jetzt schon den mit Laden von Schweineerzieher beschäftigten Arbeitern geliefert werden.

Von der Festlegung der Kolonne auf 22 Mann wurde abgesehen, dagegen von dem Direktor die Zusicherung gegeben, daß darauf geachtet werden soll, daß auch in Zukunft der einzelne Arbeiter nicht unter 20-31 M. die Woche verdient.

Schließlich wurde noch auf Verzicht des sozialdemokratischen Mitgliedes des Kuratoriums beschlossen, das berechtigete Verlangen der Kanalarbeiter wegen Schaffung besserer Aufenthaltsräume dadurch zu erfüllen, daß denselben in dem neuen Anbau ein Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt wird, in dem die Kleider in einem Nebenraum getrocknet werden können.

Absperrung zur Parade. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Aus Anlaß der am 1. Juni d. J., vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 8 Uhr bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Velle-Allianzstraße und die Lichterfelder Straße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Austrücken der Truppen bis nach deren Einmarsch in die Stadt nicht befahren werden.

Die Umwandlung der Sportpolizeigesellschaft m. b. H. in eine Aktiengesellschaft bildete den Gegenstand einer Gläubigerversammlung, zu der der aus der Haft entlassene Direktor Jacques Kofin für gestern abend eingeladen hatte. An der Versammlung, die gleichsam die gründende Versammlung sein sollte, nahmen die größten Gläubiger der Gesellschaft teil.

Die Hunde auf der Eisenbahn. Die Eisenbahndirektion Berlin schreibt und: Wir lesen in Nr. 120 Ihres Blattes unter der Überschrift: „Kauflordzwang auf der Eisenbahn“ eine Mitteilung, daß die Eisenbahnverwaltung „plötzlich“ eine neue Bestimmung eingeführt habe, wonach die in die Abteile der Personenzüge mitgenommenen Hunde einen Kauflord tragen müssen.

Gegenüber dieser Forderung müssen wir daran festhalten, daß Beamte des Bahnhof Frankfurter Allee mit Bezugnahme auf eine Verfügung der Eisenbahndirektion die Wintnahme von Hunden in das Eisenbahnabteil davon abhängig gemacht haben, daß die Hunde mit einem Kauflord versehen sein müssen, obwohl einige Tage zuvor der Wintnahme manulorloser Hunde keine Schwierigkeiten gemacht wurden.

Der Selbstmord einer Krankenschwester wird von der Neuen Broomnade gemeldet. Eine 25 Jahre alte Schwester Helene Schwarz bemalte sich kürzlich bei der Oberin einer Veranlassung im Westen der Stadt um Selbsttötung. Nach einigen Tagen kehrte sie zurück, erzählte, daß sie auf die Stellung verzichte, weil sie zu ihrer kranken Schwester nach Oranienburg gehen müsse, und ließ sich die Papiere wieder herausgeben.

Der Kassierer des Travellerklubs, Leon Fraure, ist Montagabend, als er im Gymnasion eine Reise nach Paris antreten wollte, verhaftet worden. Fraure wird beschuldigt, Spielgelder des Travellerklubs unterschlagen zu haben. Dieser Klub war kürzlich mit einem großen Banquet in vornehmen Räumen in der Wollteichstraße eröffnet worden und sollte den Zweck haben, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Freunden aller Nationen zu erleichtern und einen Treffpunkt für Deutsche und Ausländer zu schaffen.

Für das mir anlässlich der Eröffnungsfeier des Travellerklubs gesandte Begrüßungstelegramm spreche ich den Mitgliedern

meinen kaiserlichen Dank aus. Möge der Klub seinen Zweck in vollem Maße erfüllen.

Mit diesem kaiserlichen Telegramm glaubten die Gründer sich gebüht.

Besuch von der Kriminalpolizei erhielt gestern der Klub „Harmonie“ in seinen acht schönen Räumen in der Potsdamer Straße 136/37. Dieser Klub ist hervorgegangen aus dem Klub von 1908, der früher in der Mohrstraße tagte und einen regen Verkehr hatte, sich aber auf die Dauer nicht mehr heimisch fühlte, weil sich die Charlottenburger Polizei zu viel um ihn kümmerte.

Ein Kind verbrannt. Ein bedauerliches Unglück, bei dem die vier Jahre alte Margarete Löwenkamp aus der Herestraße 10/11 den Tod fand, hat sich gestern ereignet. Frau Löwenkamp verließ gestern vormittag die Wohnung, um Einkäufe zu machen, während die Kleine allein zurückblieb.

Unfall eines Lehrlings. Im Restaurant zum Gadebeter, Brückenstraße 1a, ereignete sich gestern vormittag ein schwerer Unfall. Es sollte eine 8 Quadratmeter große Spiegelscheibe, die defekt war, erneuert werden. Als die Angestellten der Glasfabrik damit beschäftigt waren, die Scheibe aus dem Metallrahmen zu nehmen, zerbrach dieselbe mit furchtbarem Krachen — mehrere Personen dabei erheblich verletzt.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde gestern mittag eine Frau in der Salziger Straße. Der Wagenführer Wloganz aus der Schleissendstr. 30 brachte die Verunglückte gleich nach der Hülswache am Gdrliger Bahnhof, hier starb sie aber nach ganz kurzer Zeit unter den Händen der Ärzte, die mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen feststellten.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist gestern morgen ein Bootsmann, der an der Leipziger Brücke im Rixdorfer Südkanal beim Kohlenaufladen half. Infolge eines Fehltritts fiel er zwischen Rahn und Bollwerk ins Wasser und ertrank. Die Leiche wurde geborgen und nach dem Schauhause gebracht.

Drei Personen beim Baden ertrunken. Das Baden an verbotener Stelle hat auch in diesem Jahre bereits wieder eine Reihe von Menschenleben gefordert. Heute liegen nicht weniger als drei Fälle vor, in denen des Schwimmens unkundige Personen beim Baden ertrunken sind. So fand in der Oberpreß bei Nieder-Schöneweide der 29 jährige Fabrikarbeiter Hermann Klaus aus der Weinmeisterstraße den Tod durch Ertrinken.

Die Keger-Niesin Abonah, die sich im nächsten Monat den Berlinern im Pottage-Panoptikum vorstellen wird, hat den Ruhm, die größte Frau zu sein, die je gelebt hat. Sie ist der einzige Mensch, der dem Niesin Rodowon an Größe würdig zur Seite gestellt werden kann.

Gestern hatten wir Gelegenheit, die Niesendame in Konferenzzimmer unserer Redaktion in Augenschein zu nehmen, und müssen gestehen, daß diese Vertreterin des ganzen Geschlechts in ihrer Größe etwas unheimlich wirkt.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht kam in der Maschinenpumpten-Reinigungsanstalt von Reibdanz u. Co., Greifswalder Straße 212/213, vermutlich durch Selbstentzündung von Pufflappen, Feuer aus. Dort standen nach Mitternacht auf dem Hofe aufgespeicherte Pufflappen und Freite in Flammen.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 22,00 M. als Kranzbeschriftung von den Kolleginnen und Kollegen der General-Compagnie u. Co. 4,05 M. Sammlung von den Arbeitern der Firma Gehauer. 2,00 M. Kranzbeschriftung vom Bezirk 499, 8,05 M. Ueberlassung einer Sammlung der Bauhilfsvereine Scherbel u. Weissenste. 4,65 M. als Kranzbeschriftung des Gen. Vorwamms von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Rudolf Krüger. 10,00 M. von den Arbeitern der Berlin-Kandaharischen Maschinenfabrik. 10,00 M. vom Sozialdem. Vereinsklub „Reinhold Heine“. 60,00 M. Ueberlassung aus der Verlosse von den Arbeitern der Firma Ludwig Spitz u. Co. 3,90 M. Kranzbeschriftung von den Kollegen der Firma S. Kaufmann. 10,00 M. aus der geprengrten „Boulevard-Rasse“ der Schlosser von Kaymann. 10,00 M. Kranzbeschriftung von den Arbeitern der Firma S. Regler. 15,45 M. 8,40 M. Kranzbeschriftung von den Arbeitern der Firma S. Regler. 10,00 M. von Dr. Max Goldschmidt. 3,00 M. VI. Kreis. 62,53 M. durch Plat. 17,10 M. Ueberlassung der Scherjette der Wk. Sittner bei der Deutschen Wollen- und Munitionsfabrik. 11,80 M. Kranzbeschriftung von den Betriebsarbeitern der Brauerei Engelhardt. 2,65 M. VI. Kreis. 2,65 M. VI. Kreis.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eingang in die Tagesordnung frug Genosse Obst an, warum den im Krankenhaus beschäftigten Handwerker der tarifliche Lohn nicht gezahlt werde, obwohl bereits im März ein dementsprechender Beschluß gefaßt wurde. Stadtrat Leidig erwiderte, daß die Angelegenheit dem Magistrat unterbreitet worden sei. Dieser habe einen Unterausschuß eingesetzt, der diese und andere Arbeiterfragen generell soll. — Der Vorsitzende, Graf Matuschka, gab bekannt, daß von den städtischen Arbeitern eine Resolution eingegangen sei, in der verlangt wird, daß den heutigen Verhältnissen angepaßte Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligt werden. Diese Resolution wird einer zu diesem Zweck zu bildenden Deputation überwiegen.

Der Magistrat brachte zur Kenntnis, daß die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde im Pumpwerk fortfällt, da die fehlenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Arbeiter waren durch Einstellen von Hilfskräften nicht auszuführen, weil das Personal mit den Einrichtungen vertraut und eingearbeitet sein muß. — Genosse Versteiner fragt an, was für ein Ergebnis die Umfrage gezeitigt hätte, die vor einiger Zeit beschlossen wurde. Es bestehe in der Verwaltung des Pumpwerks über den neunstündigen Arbeitstag eine ganz falsche Auffassung. Die Arbeiter werden nicht 54 Stunden, sondern 63 Stunden beschäftigt, so daß in Wirklichkeit die Betroffenen den elfstündigen Arbeitstag haben. Stadtrat Stauch teilt mit, daß an 44 Städte Anfragen ergangen seien. Bis jetzt seien erst einige Antworten eingetroffen. Die Arbeitszeit im Pumpwerk läßt sich nicht anders regeln, wenn nicht bedeutende Schäden entstehen sollten.

Der Magistrat hatte beschlossen: „Bei der Anstellung von Beamten und Bediensteten sollen in der Regel Bewerber, die mit einem Bruchleiden behaftet sind, nicht in Frage kommen.“ Die sozialdemokratische Fraktion beantragte: „Der Magistrat wird ersucht, seinen Beschluß vom 3. April d. J. in Sachen der Anstellungen dahin zu deklarieren, daß bei Beschäftigungen, die mit keinen stärkeren körperlichen Anstrengungen verbunden sind, Bruchleiden im allgemeinen keinen Grund zur Nichtanstellung bilden sollen.“

Vom Fraktionsredner wurde darauf hingewiesen, daß der Magistratsbeschluß eine Härte bedeute. Man dürfe auch nicht gleich verallgemeinern, denn wo sollten diese unglücklichen Leute hin, wenn selbst die Gemeinde so streng verfähre?

Stadtrat Kabanow: Der Magistratsantrag genügt vollständig. Da immer von Fall zu Fall entschieden werden muß. Leute mit schweren Bruchleiden sollen in der Regel nicht angestellt werden, ebenso wie man Leute mit Tuberkulose in der Regel auch nicht als ständige anstellt.

Nachdem die Liberalen noch gegen den Antrag gesprochen, wird derselbe gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Bei der Wahl eines unbeforderten Stadtrats erhielt von 41 abgegebenen Stimmen Schulrat Kob 27 Stimmen, 12 Stimmzettel waren unbeschrieben. Der frühere Schulrat Kob ist somit zum unbeforderten Magistratsrat gewählt.

Für die Unterbringung der Ernte auf dem Rieselfelde ist eine zweite Scheune erforderlich. Von den eingegangenen Offerten ist die der Firma Peger in Hamburg mit 6225 M. die billigste. Ferner soll für eventuelle Mehrfundamente eine Kauschalfumme bis zur Höhe von 500 M. mehrbewilligt werden. Die Abstimmung ergab, daß die Vorlage angenommen, die 500 M. jedoch abgelehnt wurden. Hierauf erklärte der Vorsitzende Graf Matuschka, daß eine zweite Befragung sich nötig mache. Die Liberalen beantragten sofort, die 500 M. wieder einzusetzen. Da sich jetzt die Liberalen alle eingefunden hatten, so ergab die Abstimmung nunmehr Annahme der gesamten Magistratsvorlage. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Der Jahresabschluss der städtischen Kassen war erfreulicher, als allgemein angenommen wurde. An der Arbeitslosenversicherung wurden 13 200 M. erspart. Die Straßenreinigung brachte einen Ueberschuß von 33 000 M. Die Umsatzsteuer brachte 200 000 M. und die Wertzuwachssteuer einen Reingewinn von 818 000 M., mit der Reichswertzuwachssteuer sind 1 900 000 M. eingegangen. Bei den Vollanstalten der höheren Schulen ist das Schulgeld um über 7000 Mark zurückgegangen. An Rahlungen für nicht rechtzeitiges Einzahlen der Steuern mußten 75 000 Stück hinausgeschickt werden. Aus dem Ueberschußfonds sind insgesamt nur 95 000 M. entnommen worden. — Für den Neubau des Automobilschuppens in der Rahlstraße wurden für den Ausführungsentwurf 43 550 M. bewilligt.

Die liberale Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Zur Regelung der Arbeiterfragen wird eine Deputation von 8 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern eingesetzt.“

Stadtr. Jöbel (lib. Frakt.) hält eine Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter erforderlich. Damit dies auch gründlich geschieht, müssen Grundlagen beschafft werden, wie es in anderen Städten aussieht. Die in der Versammlung der städtischen Arbeiter gemachten Angaben und Zahlen müssen geprüft werden.

Genosse Kützer ist mit der Einsetzung der Deputation einverstanden. Man solle aber durch fortwährende Umfragen die Sache nicht vergessen. Bei dem jetzigen Streikabgang in Arbeiterfragen sei Eile notwendig.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht, eine gemischte soziale Deputation zu schaffen, die aus Vertretern des Magistrats, der Stadtverordneten und städtischen Arbeitern besteht.“

Der Antrag wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und alsdann begründet werden. Der Dringlichkeitsantrag der Liberalen wurde angenommen.

Ein schwerer Bauunfall trug sich am Montagnachmittag in der Eißhofstraße in Schöneberg zu. Der 23jährige Arbeiter Emil Borowski, Koloniestraße wohnhaft, war als Maurer beim Bau des neuen Kammergerichts beschäftigt. Als er die Leiter des Gerüsts bestieg, wurde er in der Höhe der dritten Etage von einem Schwindelfall befallen und stürzte rücklings in die Tiefe. Man schaffte den Bestimmunglosen nach der Unfallstation in der Vorbergstraße, wo festgestellt wurde, daß der Arbeiter einen Bruch der linken Hand, Unterarmbruch, innere Verletzungen und Gehirnerschütterung davongetragen hatte. In hoffnungslosem Zustande wurde er nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Charlottenburg.

Eine neue Kirche ist gestern am Lützow eingeweiht worden. Über unsere Frommen reden trotz alledem fortgesetzt vom kirchlichen Ruin.

Lichtenberg.

Ein ungetreuer Angestellter der Stadt Lichtenberg hatte sich gestern vor dem Amtsgericht Lichtenberg wegen Unterschlagung zu verantworten. Angeklagt war der frühere Bureaugehilfe Alexander Kest, der bis September vorigen Jahres in Lichtenberg bei den Werken der Stadt als kaufmännischer Hilfsarbeiter im Bureau beschäftigt worden war. Er wurde beschuldigt, in der Zeit von Februar bis Ende September 1910 Invalidenmarken im Betrage von 1089 Mark unterschlagen zu haben. Kest hatte an jedem Sonnabend aus den Lohnlisten für etwa 200 Arbeiter den Betrag der zu lebenden Marken festzustellen und danach wurde ihm die durch einen Bureauboten gelassenen Marken eingehändigt. Mehrfach hat der Vork, weil Kest nicht rechtzeitig mit der Zusammenstellung fertig geworden war, ihm statt Marken den Geldbetrag eingehändigt, für den dann Kest selber die Marken besorgen mußte. Als Kest seine Stellung gekündigt hatte und am 30. September 1910 ausreisen sollte, hatte er die Marken in seiner Wohnung verwahrt. Sein Nachfolger forderte sie ihm ab, und nun stellte sich heraus, daß Kest in zahlreichen Fällen unterlassen hatte, Marken zu liefern.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte Kest, daß er mit Arbeiten überbürdet gewesen sei, so daß er nicht pünktlich habe

liefern können. Unterschlagen hat er nicht, das müsse ihm doch erst nachgewiesen werden. Wo denn dann die Marken geblieben seien, fragte der Vorsitzende. Der Angeklagte antwortete, die mühten im Bureau zurückgeblieben sein und dort noch irgendwo liegen. Dieses Märchen gewann durch die Weisaufnahme nicht an Glaubwürdigkeit. Die Vernehmung der Zeugen der Anklagebehörde, des Oberassistenten Rosinski, des Bureauassistenten Böllner, des Bureaudieners Engel, des Bureauassistenten Götter, ließen erkennen, daß dem Angeklagten sein Treiben recht leicht gemacht worden war. Sehr eingehend und umständlich wurde vor Gericht der Geschäftsgang erörtert, der bei der Markenbeschaffung und Markenabgabe üblich war. Aber keiner konnte recht sagen, worin eigentlich die Kontrolle über Kest bestanden hätte. Der Vorsitzende stellte mit Verwunderung fest, daß im ganzen an 3000 Marken nicht geklebt worden waren, ohne daß bis dahin einer das bemerkt hätte. Bei 200 Arbeitern sind 3000 Marken ein Quantum, das für 15 Wochen ausreicht. Da wollte der Angeklagte sich damit herausreden, daß ihm, weil er oft sein Pult nicht verschlossen habe, die Marken entwendet sein könnten! Das Ergebnis der Weisaufnahme wurde von dem Amtsanwalt dahin zusammengefaßt, daß dem Angeklagten sein Treiben durch die Leichtgläubigkeit der Kontrollstelle sehr erleichtert worden sei, so daß er für lange sich sicher vor der Gefahr einer Entdeckung fühlen konnte. Sein Pult habe er wohl offen gelassen, damit ihm vielleicht einer die paar Marken wegnähme, die er zu diesem Zweck darin liegen ließ. Aber es habe ihm niemand diesen Gefallen getan, der es ihm ermöglicht hätte, sich als bestohlen aufzuspielen und alles von sich abzuwälzen. Weil Kest nicht geständig sei, beantrage der Amtsanwalt 8 Monate Gefängnis. Auch jetzt noch versicherte der Angeklagte, nicht für 5 Pfennig Marken habe er sich angeeignet. Vorsitzender: Denken Sie denn, daß hier in diesem Zimmer irgend jemand ist, der Sie für nichtschuldig hält? Angeklagter: Ja, ich denke, daß jeder rechtlich denkende Mensch das annehmen wird. Amtsanwalt: Diese Phrase zeigt eine derartige niedrige Gesinnung, daß ich deshalb noch zwei Jahre Ehrverlust beantrage.

Das Gericht sprach den Angeklagten schuldig. Es ging bei der Strafzumessung noch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und verurteilte Kest zu 9 Monaten Gefängnis. Die Ehrenrechte wurden ihm nicht aberkannt.

Mariendorf.

Eine Benzinexplosion ereignete sich gestern nachmittag im Hause des Klempnermeisters Haupt in der Chausseestraße. Die Wucht der Explosion war so stark, daß zahlreiche Fensterscheiben barsten. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um das Feuer zu löschen. Der Gefelle, der bei dem Meister beschäftigt ist, wurde so erheblich verletzt, daß er nach dem „Marienheim“ gebracht werden mußte.

Rixdorf.

Ein Diebstahl hat die hiesige Kriminalpolizei ausgehoben. In dem Schuhwarengeschäft von Jacobowski, Hermannstr. 48, wurde seit einiger Zeit die Beobachtung gemacht, daß fortwährend Stiefel verschwand. Auch wurden dort Einbrüche verübt, wobei den Tätern erhebliche Beute zufließt. Seit vierzehn Tagen machte der Geschäftsinhaber eine recht eigenartige Entdeckung. Er sah alle Tage Personen auf der Straße herumgehen, die Stiefel aus seinem Lager trugen, obgleich dieselben nicht bei ihm gekauft worden waren. Besonders fiel ihm dies bei einer Reihe von Hausbesuchern und Nachbarn auf. Alle Augenblicke erinnerten diese mit neuen Stiefeln aus seinem Lager auf der Straße. J. machte die Kriminalpolizei hierauf aufmerksam, und diese stellte nun umfangreiche Ermittlungen an. Es wurden eine Reihe von Personen verhaftet, die systematisch umfangreiche Diebstähle in dem genannten Schuhwarengeschäft sowie in der Wutterwarenhandlung von Schulz, Hermannstr. 48, in der Wädderei von Jänichen, Hermannstr. 47, und in dem Eisenwarengeschäft von Jeller in dem gleichen Hause verübt haben. Der Hausdiener der Firma Jacobowski war einer der Hauptbeteiligte. Es ist dies der sechsundzwanzigjährige Karl Basso, B. lieferte an den Portier Silowski, Hermannstr. 48, ganze Vorräte von Schuhwaren. Was dem S. von B. nicht geliefert wurde, das verschaffte er sich durch Einbrüche. Ferner beteiligten sich an den Einbrüchen und Diebereien ein Ehepaar Glade, der Hausdiener Schirmer und der Buchhalter Rosenzweig. Außerdem kommen als Mittäter noch eine Reihe von Personen in Betracht, die die Polizei zu ermitteln sucht. Die genannten Teilhaber wurden alle verhaftet. In den Behauptungen der Verhafteten wurden noch erhebliche Vorräte an gestohlenen Gütern vorgefunden und beschlagnahmt. Auch den Fehlern, die die Beute „verschärften“, ist man auf der Spur. Die gestohlenen Waren wurden zumeist nach Berlin verkauft.

Pankow.

Endlich ist der Bericht des Schularztes Dr. Schäfer herausgekommen. Ein solcher von Dr. Hollstein liegt nicht vor. Der Bericht umfaßt die Zeit von 1907 bis 1910 und betrifft die 2. und 4. Gemeindegemeinde in der Brunow- und Schmidtsstraße. In Betracht kommen 1908 etwa 2300, 1909 2621 und 1910 2702 Anaben und Mädchen. Der Bericht weist auf die Anstellung von Schulärztinnen hin. 95 Prozent unserer Kinder leiden an Zahnkrankheiten. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Gesundheitszustand der Kinder gewinnt immer mehr Bedeutung. Ganz besonders sei durch fröhliche Zähne das Eindringen von Krankheitsstoffen, namentlich von Tuberkelbazillen in den Organismus möglich. Der Beginn der Bekämpfung der enormen Ausbreitung von Zahnkrankheiten müsse zweckmäßigerweise in die Schule verlegt werden. In hygienischer Beziehung recht bedenklich sei, so wird betont, die Art der Verzehrung der Kinder in der Schule mit Trinkwasser. Es wird auf die Trinkbecher hingewiesen, wie diese von einem Mund zu dem andern wandern und damit der Uebertragung einer Krankheit auf einen anderen Tür und Tor öffnen. Als Abhilfe dagegen kämen Anlagen in Betracht, wie sie in Amerika gebräuchlich sind: sogenannte Trinkspringbrunnen, die mehrere dünne Wasserstrahlen in den Mund der Kinder spritzen und bei denen die Öffnungen der Hähne so verdeckt sind, daß das Anlegen des Mundes an sie vollkommen ausgeschlossen ist. Die derartige Aufstellung solcher Springbrunnen wurde für das neue Schulhaus in der Görtschstraße vorbehalten.

Hingewiesen wird weiter auf die Abortanlagen, die zuweilen zu einem Moment Anlaß geben, da durch Stagnation der Flüssigkeiten sich zeitweise üble Gerüche bemerkbar machen. Die schulärztliche Tätigkeit erstreckte sich vornehmlich erstens auf die Untersuchung der neu eingetretenen Schulkinder; zweitens auf die Untersuchung der von den Herren Direktoren zugewiesenen, irgend welcher Krankheit verdächtigen Kinder; drittens die Untersuchung der abgehenden Kinder mit Rücksicht auf die Tauglichkeit zu den gewählten Berufen. Untersucht wurden zu Opfern und Michaelis etwa 100 Kinder. Unter diesen befanden sich 16 Prozent schwächliche, bei 4 Prozent war das Gehör beeinträchtigt, bei 7 Prozent das Gesicht, 8 Prozent zeigten Mandelanschwellungen, 5 Prozent Bucherungen im Rosenzahnraum, 40 Prozent Drüsenanschwellungen, 18 Prozent Anomalien im Bau des Brustkorbes, meist als Folge englischer Krankheiten, 4 Prozent Herzfehler, 6 Prozent Leisten- und Nabelbrüche, 3 Prozent Verbiegung der Wirbelsäule. Der Tuberkulosefürsorge wurden 8 Prozent der Kinder überwiesen.

Aus dem Ergebnis der von den Direktoren überwiesenen Kindern, also während der Schulzeit, geben wir folgende Zahlen. Im letzten Berichtsjahre wurden befreit wegen allgemeiner Schwäche vom Schulbesuch 13, vom Turnen 9 Kinder; wegen Tuberkulose und Skrofulose 17 und 3 Kinder; Krankeheiten des Verdauungssystems 5

und 2 Kinder; der Atmungsorgane 1 und 8 Kinder; Blinddarmerkrankungen 3 und 15 Kinder.

Die Gesundheitsverhältnisse der die Schule verlassenden Anaben zeitigte 1910 folgendes Ergebnis: 18 Prozent als schwächlich, 67,5 Prozent als mittelstark und 14,5 Prozent als kräftig.

Ein besonderer ausführlicher Abschnitt ist den Hilfschulen gewidmet. Es wurde zunächst Oktober 1907 aus den Kindern der 1., 2. und 4. Gemeindegemeinde eine unterste Stufe eingerichtet. Die Wahl fiel auf diejenigen Anaben und Mädchen, die nach zweijährigem Besuche der Normalschule sich dem Lehrstoff der untersten Klasse nicht in dem Grade aneignen fähig waren, daß ihre Befreiung in Aussicht genommen werden konnte. Es waren im ganzen 23 Kinder. Durch den Ausbau der Hilfschule durch Aufheben einer mittleren und einer Oberstufe wurde die Zahl der Hilfschulen 1908 auf 34, 1909 auf 44 und 1910 auf 58 Schüler erhöht, 31 Anaben und 27 Mädchen, das sind 1,5 Prozent der Normalschüler. Der Bericht sagt, nachdem er die häuslichen Verhältnisse der Kinder untersucht hat: „Es liegt somit auch bei uns die überall hervor-tretende Tatsache vor, daß die Inassen der Hilfschulen zum überwiegend größten Teil den untersten Volksschichten entstammen, daß somit die schlechte soziale Lage des Elternhauses eine der wesentlichsten Ursachen für die Beeinträchtigung der normalen Entwicklung der Kinder dar-zustellen scheint. Als ein weiteres Moment ist die zum Teil überaus große Kinderzahl anzusehen. Unter anderem sind in 5 Familien je 7 Kinder, in 4 Familien 9 Kinder, in 7 Familien 6 Kinder, in 3 Familien 8 Kinder, in 2 Familien 10 Kinder, in je einer Familie 11, 12, 13, 14 und 15 Kinder. Allerdings leben hiervon nicht alle; die Sterblichkeit ist im Gegenteil außerordentlich groß, nämlich 32,5 Prozent, also jedes dritte Kind ist ein Todes-laubdab.“

Der gesundheitliche Zustand der 58 Kinder ist bei dem Gros als schwächlich zu bezeichnen nur 6 sind mittelkräftig. Vom 1. April 1911 ab sind 3 Schulärzte angestellt: Dr. Schäfer, Dr. Fischer und Dr. Rohardt neben dem Augenarzt Dr. Rendel und den Zahn-ärzten Dr. Jander, Dr. Wulfert und Vogelsdorf.

Klein-Westen.

Ein Raub der Klammern wurde Montag mittag die Scheune nebst Stallung des Besitzers Wilt. Staruple. Auch das Nachbargrundstück wurde von dem Feuer ergriffen. Es wird vermutet, daß der Brand durch den Keinen Schornstein der Schneidemühle aus-gedrochen ist, an welchem sich kein Funkenfänger befinden soll.

Waltersdorf-Schulzendorf.

Eine Volksversammlung unter freiem Himmel fand am Sonn-tag auf dem Grundstück des Genossen Weber in Waltersdorf statt. Bekanntlich steht uns in beiden Orten kein Lokal zur Verfügung. Genosse J. u. B. referierte über: Die Sünden der schwarzen-blauen Reichstagsmehrheit und die bevorstehende Reichstagswahl. Der Referent verstand es während seines 1½ stündigen Vortrages die Aufmerksamkeit der Versammlung bis zum Schluß zu fesseln. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Auch in dieser zweiten hier unter freiem Himmel stattge-fundenen Versammlung trat wieder die alte Tatsache in Er-scheinung, daß ein erheblicher Teil der Landbevölkerung wohl seine menschenunwürdige soziale Lage empfindet, den Genossen, die Flug-blätter verbreiten, aufs freundlichste entgegenkommt, zu derartigen Veranstaltungen aber nur mit vieler Mühe heranzuziehen ist. Schuld daran trägt einzig und allein der im stillen betätigte Terro-rismus der Grundbesitzer, Großbauern und sonstiger Nachhaber im Dorfe. Es muß die Aufgabe unserer Genossen sein, diese scheinbare Resignation in eine fruchtlose Betätigung bei der bevorstehenden Reichstagswahl umzuwandeln. Trotz dieser Umstände war die Versammlung von circa 120 Personen, darunter viele Landarbeiter, besucht. Wenn aber auch nur bei einzelnen die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden fielen, und die Zustimmung derselben läßt daran nicht zweifeln, so hat die Versammlung ihren Zweck voll und ganz erfüllt. —

Malchow bei Weißensee.

Zum ersten Male war es unseren Genossen gelungen, in dem so nahe bei Berlin liegenden Dorfe Malchow eine öffentliche Ver-sammlung abzuhalten. Der Gastwirt Wangerowski hatte der Arbeiterschaft trotz behördlicher Schilane sein etwa 250 Per-sonen fassendes Versammlungslokal zur Verfügung gestellt. Da dieser Raum bei weitem nicht ausreichte, um die Versammlungs-besucher — meist Landarbeiter aus Malchow und den umliegenden Dörfern — zu fassen, verlegte der Vorsitzende die Versammlung in den Hof. Hier hatten etwa 600 Besucher Platz gefunden. Nach-dem der „Männerchor Weißensee“ die Versammlung durch ein stimmungsvolles Lied eingeleitet hatte, hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Büchner ein eingehendes Referat über die politische Situation. Die Versammelten stimmten nach dem mit Beifall an-gehörten Vortrag einstimmig einer Resolution zu, in welcher sie in dem jetzigen Reichstag und seinem geistgeherrischen Wirken nur noch eine Vergeßlichkeit der unteren Volksschichten erblickten. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß einzig und allein nur die sozialdemo-kratischen Vertreter im Reichstag die Interessen des Volkes wahr-nehmen. Zum Schluß verpflichten sich die Versammelten durch uner-müdbliche Agitation die gewerkschaftliche und politische Organi-sation zu fördern. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Am Schluß der Versammlung konnten eine Reihe Aufnahmen für den Wahlverein gemacht werden.

Nowawes.

Freilegung des Eisenbahngeländes. Nachdem bereits vor längerer Zeit mit den Vorarbeiten begonnen worden ist, hofft man in einigen Wochen mit der Anschließung auf der Nordseite beginnen zu können. Für dieses Jahr ist die Fertigstellung der Unterführungen im Zuge der Plantagen- und der Anhaltsstraße in Aussicht genommen. Wegen Verrückung der nördlichen Kampe der Vergstraße wird sich für längere Zeit eine Sperrung der Bismarckstraße notwendig machen, so daß dann die Fuhrwerke ihren Weg nach Potsdam nur durch die Wabelberger Straße nehmen können. Fußgänger können jedoch die Bismarckstraße auch weiterhin passieren. Der provisorische Bahnhof soll zwischen der Anhalt- und Plantagenstraße errichtet werden, während der neue Bahnhof seine jetzige Lage im wesent-lichen beibehält, nur soll am Kreuzpunkt der Post- und Wäckerstraße ein neuer Zugang geschaffen werden, womit ein langgestreckter Bunk der Einwohner in Erwägung gehen dürfte. Die Gesamtbauzeit soll auf drei Jahre veranschlagt sein. — Hatte die hiesige Arbeiterschaft zu erhalten, so sieht sie sich bereits jetzt, nachdem mit dem Bau-taum begonnen wurde, schwer enttäuscht. Die Firma Gustav Biedel, Rosbitz-Berlin, der die Bauausführung vom Bistum übertragen wurde, kümmert sich absolut nicht um die örtlichen Ver-hältnisse, denn sonst könnte sie es nicht wagen, ihren Arbeitern bei einständiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 33 Pf. zu bieten. Dazu soll noch der anfänglich gewährte Zuschlag für Nacharbeit in letzter Zeit verweigert worden sein, trotzdem die Firma wissen muß, daß die Nacharbeiter wegen des starken Zugverkehrs oft zwei bis drei Stunden ohne jede Entschädigung auf den Arbeitsbeginn warten müssen. Ein derartiger Lohn entspricht in keiner Weise den örtlichen Lebensbedingungen und bleibt weit hinter den hier üblichen Erdbauernlöhnen zurück. Leider hat die Gemeinde, die zu dem Bahnbau 100 000 M. beitragen muß, keinerlei Einfluß auf die Ge-staltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der dabei beschäftigten Arbeiter.